

Triumph des juristischen Willens 4

Gnade statt Recht für Wehrmachtsdeserteure

VON PETER PIRKER

Antisemitismus ohne AntisemitInnen 6

VON HERIBERT SCHIEDEL

Psychopathologie des Friedens 8

Der deutsche Pazifismus gegen die USA

VON THOMAS UWER UND THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN

40 Jahre Arbeitsmigration 13

Eine Ausstellungsbesprechung

VON KATRIN AUER

„Wir sind hier, weil ihr dort wart's!“ 15

Die Ausstellung *Gastarbajteri* und der migrantische Widerstand

VON LUBOMIR BRATIČ

Antirassistischer Antisemitismus 18

Judenhass im moralisch einwandfreien Gewand

VON ALEX GRUBER

Outsourcing der Menschenverwaltung 23

Privatisierung in der Flüchtlingsbetreuung

VON IRENE MESSINGER

Grenzsicherungspolitik 26

Illegale Migration nach Spanien

VON MONIKA EIGMÜLLER

Kritik des Opfers 28

Jüdischer Messianismus und materialistisches Denken

VON GERHARD SCHEIT

Adornos Kommunismus 34

VON FABIAN KETTNER

Kritik des Stalinismus - Kritik der Stalinismuskritik 35

VON STEPHAN GRIGAT

System Error 41

Niklas Luhmanns Systemtheorie

VON CHRISTOPH HESSE

Im Schatten 43

Sowjetische Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus

VON LAURIE COHEN

Brecht und Piscator 45

Eine Ausstellung in Wien

VON EVA KRIVANEC

Feministische Differenzen 47

VON THOMAS SCHMIDINGER

Das Context XXI-Abo

Preise

Österreich Sozialabo	22,- Euro
Österreich Normalabo	33,- Euro
Ausland Sozialabo	30,- Euro
Ausland Normalabo	38,- Euro
Übersee	44,- Euro

Probeabo (nur in Österreich): Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich zugesandt.

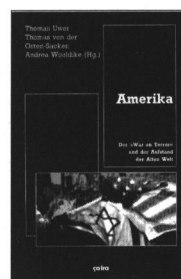
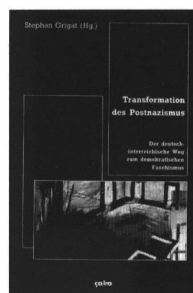
Probeheft (auf der ganzen Welt): Sie erhalten eine bereits erschienene Ausgabe kostenlos und unverbindlich zugesandt.

Coninfo-Mailingliste: Informationen über Radiosendungen, Veranstaltungen, Publikationen etc. Subskription über die Redaktion.

Das Abo-Geschenk

Neuabonnenten und -abonnentinnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der nachstehenden Abogeschenke. Rasch bestellen und Geschenkwunsch angeben!

- Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken/Andrea Woeldike (Hg.): **Amerika.** Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt. 320 Seiten
- Stephan Grigat (Hg.): **Transformation des Postnazismus.** Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus. 180 Seiten
- Mary Kreutzer/Thomas Schmidinger: **Niederlagen des Friedens.** Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador. 162 Seiten
- Immanuel Wallerstein: **Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus.** 430 Seiten
- Wolf Haas: **Komm, süßer Tod.** 223 Seiten
- 5 alte Nummern von **Context XXI** nach Wahl
- Diverse: **etwas besseres als europa** (CD)
- **Komm, Süßer Tod.** Soundtrack – Filmdialoge (CD)



Das Kleingedruckte

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich oder per Email bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahres und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar und jeweils zum Jahresende kündbar.

Die Abo-Bestellung

bitte schriftlich, per FAX oder per Email an:

Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien

Fax: ++43-1/532 74 16, redaktion@contextxxi.at

Liebe Leserin, lieber Leser!

CONTEXT XXI erscheint in einer Republik, in der die Existenz von Antisemitismus am liebsten geleugnet wird, und deren Botschaften, wie in Beirut, Veranstaltungen mit Rednern von der Judenmördertruppe *Hisbollah* unterstützen, während jenen Menschen, welche der Vernichtungsmaschinerie der Nazis den Gehorsam verweigerten, nach wie vor die adäquate Anerkennung versagt bleibt. Neben der Denunziation dieser Zustände bieten wir Ihnen auch im vorliegenden Heft wieder einige ausführlichere theoretische Überlegungen, die sich, sei es in der Auseinandersetzung mit dem jüdischen Messianismus, sei es in der Kritik am Stalinismus, der Überwindung eben jener Zustände in der kapitalen, staatlich organisierten und postnationalsozialistischen Welt verpflichtet fühlen.

Auf unserer Homepage finden Sie eine Stellungnahme der *Arbeitsgemeinschaft Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung* zur Kündigung ihrer Herausgeberschaft von **Context XXI**, welche die Not-

wendigkeit der Trennung auch aus Sicht der Redaktion nochmals deutlich vor Augen führt. Ebenfalls auf unserer Homepage finden Sie eine Entgegnung auf eben jene Stellungnahme von Hannah Fröhlich für die **Context XXI**-Redaktion. Das Thema Krieg und Frieden wird sich auch ohne die Herausgeberschaft der *Arge* weiterhin in **Context XXI** finden, so auch in dieser Ausgabe mit Ausführungen zu einer Psychopathologie des Friedens.

Wir haben die Ausstellung *Gastarbajteri*, die noch bis zum 11. April im *Wien-Museum* zu sehen ist, als Anlass genommen, Ihnen einen kleinen Schwerpunkt zu Migration, Rassismus und Antirassismus zu präsentieren. Den Leserinnen und Lesern von **Context XXI** bieten wir eine Führung durch *Gastarbajteri* mit unserem Redakteur Thomas Schmidinger an. Ort und Zeit finden Sie auf Seite 13. Unser Schwerpunkt setzt sich aber nicht nur mit der Ausstellung auseinander, sondern auch mit der in den letzten Monaten mehrfach in die Schlagzeilen geratenen Firma *European Homecare*, die das

Menschenverwaltungsager in Traiskirchen betreut. Neben der exemplarischen Beschreibung des europäischen Migrationsregimes in Spanien finden Sie auch eine theoretische Auseinandersetzung mit jenen Ausprägungen des Antirassismus, die mit einer Kritik an der rassifizierenden Kollektivierung von Individuen nichts mehr gemein hat, sondern im Beharren auf schützenswerten kollektiven Identitäten stets beim Angriff auf den Lieblingsfeind der moralischen Weltgemeinschaft landet: Israel.

Sehr gefreut hat uns die Aufmerksamkeit, welche die **Context XXI**-Sondernummer zu *Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus* gefunden hat, die als Begleitheft zu dem gleichnamigen, von LICRA-Österreich in Kooperation mit zahlreichen weiteren Institutionen veranstaltetem Symposium als Heft 6-7/2003 erschienen ist und nach wie vor bei der Redaktion bestellt werden kann. Vom *Online-Standard* über den *Bund* bis zu diversen feministischen Internetseiten haben sowohl das Heft als auch die Veranstaltungen des Sympo-

siums positive bis begeisterte Reaktionen hervorgerufen. Dem starken Interesse an dem Thema hoffen wir auch in diesem Heft mit dem Beitrag über sowjetische Widerstandskämpferinnen entsprechen zu können.

Die Abbildungen in diesem Heft stammen von den Ausstellungen *Gastarbajteri* und *Brecht & Piscator*, aus dem Band *„Blutigrot und silbrig hell...“ Bild, Symbolik und Agitation der frühen Arbeiterbewegung*, erschienen im Böhlau-Verlag und aus der Broschüre *Roter Oktober. 70 Jahre Russische Revolution*. Die Titelgraphik stammt in diesem Heft erstmals nicht von *diE nOt*, sondern von *no*signal*.

Ich darf mich an dieser Stelle von Ihnen, geschätzte Leserin und geschätzter Leser, wieder einmal als koordinierender Redakteur und Redaktionsmitglied verabschieden. Ab der nächsten Ausgabe wird Katrin Auer die Funktion der koordinierenden Redakteurin übernehmen.

STEPHAN GRIGAT,
MÄRZ 2004

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: redaktion@contextxxi.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) **Redaktion:** Katrin Auer, Hannah Fröhlich, Manfred Gmeiner, Judith Götz, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Alex Gruber (Layout), Heide Hammer (Radio), Günter Hefler, Markus Kemmerling, Mary Kreutzer, Eva

Krivanec, Wolfgang Lamsa, Stella Puig-Waldmüller (Internet), Herbert Schiedel, Alexander Schürmann-Emanuel (geschäftsführender Redakteur), Thomas Schmidinger, Jutta Sommerbauer, Markus Zingerle (Radio) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Ljubomir Bratić, Laurie Cohen, Monika Eigmüller, Christoph Hesse, Fabian Kettner, Irene Messinger, Thomas von der Osten-Sacken, Peter Pirker, Gerhard Scheit, Thomas Uwer **Titelgraphik:** *no*signal* **Hersteller:** Resch druck & grafik, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ: 11.000, IBAN: AT32 1100 0052 1072 8100, BIC: BKAUATWW) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://www.contextXXI.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint im Juni.

Triumph des juristischen Willens

Gnade statt Recht für Wehrmachtsdeserteure

Der Nationalrat hat sich 1999 überraschend für die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure ausgesprochen. Vier Jahre später entschließt sich das Justizministerium zur Fahnenflucht auf höchstem Niveau. Eine Zwischenbilanz.

VON PETER PIRKER*

Zuletzt war es ein Feilschen um juristische Textsorten. Halbsätze aus irgendwelchen Verordnungen wurden ins Treffen geführt gegen diesen und jenen Paragraphen. Ein kaum auf Deserteure und Kriegsdienstverweigerer angewendetes Gesetz der provisorischen Bundesregierung aus dem Jahre 1945, das Aufhebungs- und Einstellungsgesetz für Strafverfahren- und verurteilungen der NS-Justiz, unterlag schließlich gegen ein gänzlich in Vergessenheit geratenes Gesetz aus dem Jahre 1946, die sogenannte Befreiungsmnestie. Fazit des Justizministeriums: Der Nationalrat bezog sich bei seinem Beschluss von 1999 auf das falsche Gesetz, die Verurteilungen durch die NS-Militärgerichtsbarkeit sind mit der – erst kürzlich wiederentdeckten – Befreiungsmnestie aus dem Jahre 1946 längst aufgehoben. Bemerkte hatte das damals freilich niemand. Justizminister Böhmendorfer hat den Justizausschuss im Herbst über diese kolossale Entdeckung informiert und damit ist – so das Ministerium in einem Schreiben an den Deserteur Richard Wadani – die parlamentarische Behandlung der Sache vorläufig abgeschlossen.

Die Wehrmachts-Juristen wussten folgerichtig zu urteilen. In einer Volksgemeinschaft, die sich als Ganzes der Barbarei verschrieben hatte, lagen Todesurteile gegen Deserteure in der Natur der Sache. Wer nichts gegen De-

portationen und Massenmord einzuwenden hat, wird die Exekution aus politischen Gründen (der Sinn der Urteile war, die aus der Volksgemeinschaft und ihrer Armee Flüchtenden auszumerzen) nur schlüssig finden. Man kann annehmen, dass sie die Zehntausenden Exekutionen mit gutem Gewissen angeordnet haben. Zu ihren Taten konnten die meisten von ihnen jedenfalls auch nach 1945 unbeschadet stehen.

Den Juristen im Justizministerium ist sechzig Jahre später in ihrem plötzlich an den Tag gelegten juristischen Eifer eine gewisse Unbehaglichkeit anzumerken. Gewiss, dem Gesetzgeber sei es mit der Befreiungsmnestie nicht um ein Zeichen der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure gegangen, schreibt einer von ihnen an Wadani, aber mehr sei unter den gegebenen politischen Umständen nicht zu haben, meint ein anderer am Rande eines entsprechenden Symposiums im Parlament.

Was ist von der Republik zu haben, vier Jahre nachdem sich der Nationalrat überraschend dazu durchgerungen hat, die Ehre der Opfer der NS-Militärjustiz in aller Öffentlichkeit einmal wiederherzustellen? Was ist der Staat 2004 jenen bereit zu geben, die der Armee des nationalsozialistischen Regimes, vereidigt auf den Führer höchstpersönlich, die Gefolgschaft aufgekündigt haben? Was werden jene Deserteure und

Wehrkraftersetzer hören, welche die erbarmungslose Verfolgung aller militärischen, polizeilichen, juristischen und zivilen Gliederungen des nationalsozialistischen Apparates und der Volksgemeinschaft überlebt haben? Dass sie zu Recht in den Lagern waren, wie es der amtierende Sozialminister einmal nahe gelegt hat? Was werden die Angehörigen geköpfter Kriegsdienstverweigerer und erschossener Deserteure erfahren? Dass Desertieren aus der Wehrmacht wirklich nicht schick und o.k. war, wie der freiheitliche Abgeordnete Bauer meinte. Was wird die Öffentlichkeit erfahren? „Wir wollen die Desertion moralisch nicht höher stellen, als die Ableistung der Dienstpflicht, der sich die meisten Soldaten gestellt haben, weil sie es für ihre Pflicht hielten, für ihr Vaterland zu kämpfen“, wie der ÖVP-Abgeordnete Kukacka zum Besten gab? Nichts von all dem – das wurde schon oft genug gesagt und es sitzt. Die Deserteure werden stattdessen vermutlich einen milden Brief des freiheitlichen Justizministers erhalten mit dem Hinweis, dass sie schon 1946 amnestiert, also begnadigt worden sind. Sie haben sozusagen noch einmal Glück gehabt. Es ist Gnade vor Recht ergangen.

Optimisten ließ der Nationalratsbeschluss von 1999 glauben, die Republik werde sich tatsächlich einmal offen zu ihrer eigenen Grundlage bekennen, nämlich der mi-

*) Peter Pirker, Politologe und freier Journalist in Wien, arbeitet an der kommentierten Herausgabe eines Berichtes des britischen Offiziers Patrick Martin-Smith über die Versuche von Agenten des britischen Geheimdienstes SOE 1944 in die Ostmark einzudringen.

litärischen Niederlage der Nazi-Armee und damit zu jenen, die sie offensichtlich verachtet, bekämpft oder zumindest geschwächt haben. Dieser treuselige Glauben scheint einmal mehr enttäuscht zu werden. Es war offensichtlich falsch, darauf zu setzen, dass ein Staat, der gewisse Züge des Nationalsozialismus noch Jahrzehnte nach dem Untergang des Dritten Reiches nicht abstreifen und deshalb kein gutes Wort über Deserteure verlieren konnte, sich zur Rehabilitierung der Tapferen hinreißen lässt. Der Nationalrat ist wohl fähig, die Schandtaten des Nationalsozialismus alljährlich rituell zu bedauern, die Opfer zu bemitleiden und in jüngster Zeit auch mitbarer Münze teilweise zu entschädigen, nicht aber, aufrichtig und konkret jenen zu danken, die in einem Herzen der Bestie, den militärischen Formationen mit fast 1,3 Millionen Österreichern, den Spieß umgedreht, die Maschinerie sabotiert, mit dem Feind kollaboriert, die Wehrmacht verraten oder einfach verlassen haben, um ihr ganz persönliches Wohlergehen über jenes der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zu stellen.

Es ist wohl letzteres Motiv, das eine pauschale Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure per einfachem Gesetzesbeschluss bisher verhindert hat. Es habe eben Deserteure gegeben, heißt es immer, wenn auf diese simple und klare Möglichkeit hingewiesen wird, die der Wehrmacht und ihrem Angriffskrieg aus ganz eigennützigen Gründen ade gesagt haben – ohne politisches, religiöses oder sonst wie ehrenwertes Motiv. Sie haben nur gegen Adolf Hitlers oberste Regel für die Volksgenossen verstoßen, und das wird ihnen bis heute übel ge-

nommen: „Wir wollen nichts sein für uns, sondern nur für unser Volk. Wir wollen nichts erringen für uns, sondern alles nur für Deutschland, denn wir sind vergänglich, aber Deutschland muss ewig leben.“ Die Weigerung des Nationalrates, die Wehrmachtsdeserteure per Gesetz unmissverständlich, pauschal und ohne wenn und aber zu rehabilitieren und damit offen zu signalisieren, dass sie richtig gehandelt haben, zeigt, wie gut Adolf Hitlers Losung in der postnazistischen Gesellschaft angekommen ist.

Fortsetzung der Verfolgung mit anderen Mitteln

Mit der Wiederentdeckung des Amnestiegesetzes ist den Juristen ein geradezu idealtypisch postnazistischer Coup gelungen. Sie paßt zu der vorherrschenden Tendenz, die Rehabilitierung der Deserteure nicht als zu leistenden Rechtsakt zu sehen, der ein Stück republikanische Normalität herstellen würde, sondern als Gnadenakt, den man den alten Männern vor ihrem Tod noch möglicherweise gewillt ist, zuzugestehen. Diese „Lösung“ des Problems ist bezeichnend für die irre Selbstgefälligkeit einer Republik, die sich von Anfang an als unschuldig Opfer der Nationalsozialisten dargestellt, ja gefeiert hat und zugleich nicht mit den Nationalsozialisten brechen konnte, weil sie in einer kurzen Phase der Abrechnung gewahr wurde, wie viele von ihnen in Mitten der Gesellschaft hausten. Die darauf einsetzende Versöhnung musste dazu führen, dass als Heimkehrer jene bezeichnet wurden, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurden und nicht jene, die den Lagern der Vernichtungsmaschinerie entkommen waren

oder aus dem Exil kamen; dass Kriegsoffer nicht jene waren, die von der Militärmaschine des Dritten Reiches im Angriffs- und Vernichtungskrieg getötet worden sind, sondern durch den Befreiungskrieg der Alliierten starben; dass Helden nicht jene genannt wurden, die unter der Übermacht der Volksgemeinschaft sich gegen den Nationalsozialismus stellten und ihm die Gefolgschaft versagten, sondern jene, die bis zum letzten Atemzug für die Barbarei weiterzukämpfen gewillt waren.

Wer also im Nachkriegsösterreich als Deserteur bekannt war, musste sich auf eine Fortsetzung der Verfolgung mit anderen Mitteln einstellen. Die Niedertracht, dass von den nationalsozialistischen Militärbehörden Verfolgte und in Konzentrationslager deportierte Bürger der zweiten Republik bis heute nicht mit Pensionsersatzzeiten für die Monate und Jahre ihres Leidens rechnen können, ist ein Mosaikstein nationalsozialistischer Kontinuität. Ein anderer ist die überdurchschnittlich hohe Ablehnung von Anträgen auf Opferfürsorge nach Verfolgung wegen militärischer Delikte. Ein weiterer ist die fortwährende Beschimpfung als Verräter, was allen, die den Verrat als gute Tat gegen den Nationalsozialismus beurteilen können, als Verhöhnung vorkommen muss.

Geehrt werden jährlich die Soldaten der Wehrmacht, begnadigt also nun die Deserteure. Wen wundert es, dass sich etliche von ihnen mit Grausen abwenden, wenn sie mit den aktuellen Entwicklungen in der Causa konfrontiert werden. Wer will sich dauernd rechtfertigen müssen – zumal gegenüber jenen, die mit Blindheit ge-

schlagen sind. Es blieb dem ÖVP-Abgeordneten Fasslabend vorbehalten, das erzwungene Schweigen der Deserteure schulterzuckend als Opportunität zu bezeichnen. Die Frage nach dem Zustand einer Gesellschaft, in der das Schweigen über eine Desertion aus der Hitler-Wehrmacht überhaupt als Opportunität noch gelten kann, ist diesem Denken ganz verstellt.

Die Juristerei, die Böhmendorfers Beamte sich nicht schämen durchzuführen, kommt einem gehörigen demokratischen Infantilismus gleich. Was 1946 schlecht, unbeabsichtigt und unbemerkt gemacht und sodann vergessen wurde, wird 2004 nicht besser gemacht, absichtlich hochgehalten und als bemerkenswerter Fund bezeichnet. Das Vorgehen des Justizministeriums verleugnet die Tatsache, dass die demokratische Republik nur entstehen konnte, weil die Nazi-Wehrmacht von den Alliierten niedergekämpft wurde – unter wenn auch zahlenmäßig geringer Beteiligung von Überläufern, Deserteuren und Fahnenflüchtigen. Ihnen ist gegen die Mehrheit Recht zu geben. Wer das verweigert, betreibt selbst Fahnenflucht auf höchstem Niveau.

Die Identifikation mit der Deutschen Wehrmacht scheint ungebrochen. Anders kann der nun schon Jahre dauernde Eiertanz um die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure nicht gedeutet werden. Jenseits von halbherzigen Bekenntnissen zur Verantwortung für die Nazi-Gräueltaten steht die Republik offenbar mit beiden Beinen im Marschgewand des Dritten Reiches. Darüber hat uns das Justizministerium und der Nationalrat im Jahr 2003 neuerlich aufgeklärt.

Antisemitismus ohne AntisemitInnen

Das Neue am „neuen“ Antisemitismus sind neben dem Fehlen von deklarierten AntisemitInnen die Reaktionen auf ihn. Die Verleugnung des Phänomens macht es noch bedrohlicher.

VON HERIBERT SCHIEDEL

Ariel Muzicant, Präsident der *Israelitischen Kultusgemeinde* in Wien, ging Anfang Februar angesichts des in Europa immer offener zutage tretenden Antisemitismus an die gleichgültige Öffentlichkeit: „Wie lange müssen wir uns noch gefallen lassen, dass unsere Kinder auf dem Schulhof bespuckt werden und hinter Stacheldraht lernen müssen?“ Muzicant wies auf den „täglichen Stress“ hin, dem Juden und Jüdinnen in Österreich ausgesetzt sind und sprach von einer brisanten Mischung von alten Nazis, Globalisierungsgegnern, linken Intellektuellen und Skinheads, die den „neuen“ Antisemitismus tragen. Die heftigen Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten und zeigten unfreiwillig, wie groß die Bedrohung tatsächlich ist.

Die konservative Tageszeitung *Die Presse* titelte am 3. Februar mit „Ariel Muzicant attackiert die EU und Österreich“ und wusste von „schwere(n) Angriffe(n) gegen Prodi, die EU und Österreich“ zu berichten. Damit war die alte rhetorische Figur des (jüdischen) Nestbeschmutzers in Stellung gebracht. Ob Waldheim oder Haider, stets wurde aus der Kritik an antisemitischen Äußerungen ein Angriff auf Österreich, seine BürgerInnen zu Opfern. Dass AntisemitInnen sich

von Juden und Jüdinnen verfolgt fühlen, ist eine der subjektiven Wahrheiten ihres Wahns. Dass aber alle zur Verteidigung der österreichischen Heimat vor jüdischen Angriffen zusammenrücken sollen, zeigt den Ernst der Lage an.

Verfolgende Unschuld

Am 13. Februar antwortete Günther J. Wolf im *Anzeiger für den Bezirk Bludenz* auf die „unqualifizierten Aussagen eines sogenannten Würdenträgers und Kulturrepräsentanten, der immerhin österreichischer Staatsbürger ist“. Der eigentlich banale Hinweis auf die österreichische Staatsbürgerschaft Muzicants hat in Wahrheit System. Er zielt vor dem Hintergrund des jüdischen Angriffs aufs Gemeinwohl auf den Verdacht der nationalen Illoyalität der Juden und Jüdinnen, jener (ohnehin nur abstrakten) StaatsbürgerInnen bis auf Widerruf. Schon 1970 stellte die Österreichische Volkspartei dem sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Bruno Kreisky den „echten Österreicher“ Klaus gegenüber. Und Jörg Haider meinte (in der ZiB 2 am 16. 3. 2001), dass Muzicant „kein guter Österreicher“ sei.

Vor dem Hintergrund seiner eigenen Aufwallung fragt sich Wolf, ob „Herr Muzicant (...) Öl in ein

schwelendes Feuer gießen (wollte)“ und „ob er nicht mit seinem unqualifizierten Rundumschlägen hier mit der brennenden Lunte am Pulverfass herumspielt.“ Weil es AntisemitInnen sind, die Juden und Jüdinnen für den Hass, der ihnen entgegenschlägt, verantwortlich machen, ist nun die obligate Distanzierung fällig: „Um hier nicht eines wie immer gearteten Antisemitismus verdächtigt zu werden: Das was in unseren Breiten den Juden unter dem Nazi-Regime angetan wurde, war und bleibt ein himmelschreiender Frevel und ein Verbrechen an der Menschheit.“ Aber bei der Frage, was getan werden muss, „dass so etwas nie mehr geschieht“, ist Wolf schon wieder beim Verhalten der Opfer angelangt: „Dazu müssen sich alle Menschen – sowohl die Juden als auch die Völker der Erde fragen, warum es ausgerechnet der Antisemitismus ist, der in der Geschichte immer wieder neu aufflammt und neue Nahrung erhält.“ Tatsächlich zeichnet es den Antisemitismus aus, dass ihm die Verfolgungsgeschichte selbst zur Legitimation neuer Verfolgung dient. Irgendwas muss ja dran sein, wenn die „Völker der Erde“ immer wieder Pogrome veranstalten: „Nun – es ist eine Tragik: Das Thema Antisemi-



**Wenn nichts mehr hilft
GAJ WIEN**

Grünalternative Jugend Wien
www.gajwien.at
www.gajwien.at/suspect

tismus beschäftigt die Welt seit Beginn der ersten und zweiten Zeitrechnung. Warum wohl?“ Die Antwort denken sich die LeserInnen selbst dazu.

„... so genannte antisemitische Vorfälle“

Unter dem Titel „Antisemitismus-Vorwürfe gegen Österreich sind haltlos“ antwortete das ÖVP-Organ *Neues Volksblatt* am 17. Februar auf die jüdische Nestbeschmutzung. Während etwa das *Forum gegen Antisemitismus* für 2003 von einer mehr als 30prozentigen Steigerung der antisemitischen Vorfälle spricht, hält man sich hier an das *Bundesamt für Verfassungsschutz* und die *Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* (EUMC), die beide die „Behauptungen jüdischer Vertreter, wonach die Zahl antisemitischer Zwischenfälle in Österreich zugenommen haben“, nicht bestätigen wollten. Die Berufung auf diese Entlastungszeugen kommt nicht von ungefähr: Das EUMC hat seine Bereitschaft zur Wahrnehmung von Antisemitismus jüngst etwa mit seiner Unterdrückung der Ergebnisse einer Studie des *Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung* unter Beweis gestellt. Und die heimischen Verfassungsschützer stützen sich in ihren Aussagen auf Anzeigen. Der hartnäckigen, weil entlastenden Legende, dass Antisemitismus auch jenseits seiner nationalsozialistischen Artikulationsformen in Österreich strafbar ist, hängt auch Manfred Maurer im *Neuen Volksblatt* an: „Antisemitische Äußerungen sind freilich auch strafbar und wären somit im Fall einer

Anzeige in der Bilanz des Verfassungsschutzes. Dort aber ist nur eine Rückläufigkeit antisemitischer Vorfälle evident.“ Nun gäbe es zwar neben dem NS-Verbotsgesetz das Verbot der Verhetzung (§283 StGB), jedoch wird es nur in den seltensten Fällen judiziert. Der Grund dafür liegt neben der verwachsenen Formulierung im StGB in der weit verbreiteten Unfähigkeit, Antisemitismus auch jenseits vom offenen Aufruf zum Pogrom zu identifizieren. Die Tatsache, dass hierzulande (fast) keine AntisemitInnen sich vor Gericht verantworten müssen, wird zum Beleg dafür, dass es gar keine gibt. In seiner Erfolgsmeldung belegt Maurer auch gleich, dass diese Unfähigkeit, Antisemitismus zu erkennen, einem bösen Unwillen entspringt: „Österreich wird also nicht das große Thema der Antisemitismuskonferenz (in Brüssel, Anm. H. S.) sein können. Vielmehr wird es zunächst um eine klare Definition gehen müssen. Denn nicht alles, das antisemitisch genannt wird, ist rassistischer Judenhass. Viele, wenn nicht die meisten so genannten antisemitischen Vorfälle haben etwas zu tun mit der aktuellen israelischen Politik. Nein, die (Un)Taten Scharons rechtfertigen keine Verbrechen. Aber man wird darüber reden müssen.“ Ist der Antisemitismus einmal auf den rassistischen Judenhass reduziert, dann wird man wohl auch über den blutrünstigen Kindermörder Sharon, der die nur sogenannten antisemitischen Vorfälle provoziert, reden dürfen. Und das, ohne dass man gleich als AntisemitIn erscheint.

ASIA der Geschwister-Scholl-Universität München

Spiel ohne Grenzen

Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung

ASIA der Geschwister-Scholl-Universität München
SPIEL OHNE GRENZEN. Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung (Erscheint im März 2004)
ca. 280 Seiten 15 € ISBN: 3-935843-39-9

Der langerwartete Kongressreader:

Texte von Phase2 Leipzig, Thomas Ebermann, Andrea Woeldike, Udo Wolter, Roger Behrens, Peter Bierl, Rainer Trampert, Gruppe Demontage, Stephan Grigat u.a.



www.verbrecherei.de

VERBRECHER VERLAG

Tjark Kunstreich NACH DEM WESTEN
160 Seiten 13 € ISBN: 3-935843-32-1

Nicht nur der Osten ist zu Ende gegangen, sondern auch der Westen. Aufsätze zu 9/11, der Friedensbewegung, Ronald M. Schernikau u.a.

Tjark Kunstreich

Nach dem Westen

Psychopathologie des Friedens

Der deutsche Pazifismus gegen die USA

„Nachdem alle Geschichtsphilosophien sich im letzten Jahrhundert verraten haben, ist nur der Glaube an die emotionale Macht der Geschichte übrig geblieben.“

Editorial von *Ästhetik & Kommunikation: Geschichtsgefühl*, Winter 2003

„Wir haben uns auf den Weg gemacht, auf unseren deutschen Weg, und wir haben viel geschafft, aber wir haben noch nicht alles erreicht.“

Gerhard Schröder, Wahlkampfauftritt 2002

VON THOMAS UWER UND THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN*

*) Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken arbeiten für die Hilfsorganisation Wadi e.V. (www.wadi.net). Gemeinsam mit Andrea Woeldike sind sie die Herausgeber des im Ça ira-Verlag erschienenen Sammelbandes *Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt*.

Georg Simmel sah im Krieg eine „existenzielle Eigentlichkeit“, Max Scheler sprach von der „Existenzialisierung der Nation“.¹ Als 1914 der 1. Weltkrieg ausbrach, wurde er mit einem Jubel begrüßt, der seinesgleichen in der Geschichte suchte: „Überwältigt von stürmischer Begeisterung“ sank damals der Kunstmaler Adolf Hitler in „die Knie“ und dankte „dem Himmel aus übervollem Herzen“, für die „Erlösung“, die Erfüllung einer „sittlichen Sehnsucht“.² Wie der junge Hitler empfanden in Deutschland Millionen „diese Tage als ein unvergleichliches Gemeinschaftsgefühl“. Der Krieg wurde frenetisch begrüßt als „Modernisierer, (...) Umwälzer, (...) Revolution und Inspiration“.³ Es waren keineswegs die Kriegsziele, die von Anfang an unklar waren, als vielmehr das Ereignis Krieg selbst, das die Massen auf die Straßen Berlins und anderer Großstädte trieb. Der Kriegsausbruch wurde begrüßt als ein tiefempfundenes spirituelles Erlebnis, das die Phase bigotter Partei- und Interessenspolitik im Inneren und die als verlogen empfundene Diplomatie im Äußeren machtvoll beendete. „Ohne den Krieg würde die Welt in Materialismus versumpfen“,⁴ hatte Heinrich Graf Moltke schon Ende des 19. Jahrhunderts verkündet und in den intellektuellen und politischen Eliten Deutschlands herrschte das Gefühl vor, langsam aber unaufhaltsam von einem listigen und unsichtbaren Feinde besiegt zu

werden. Dieser hieß Materialismus, seine Waffen waren Liberalismus, Sozialdemokratie und Judentum, mit denen er die innere Verfasstheit Deutschlands bedrohte, ganz so, wie englischer Freihandel und französische Republik den Deutschen von Außen zu Leibe rückten. So sollte Kaiser Wilhelms angestrebter „Platz an der Sonne“ nicht alleine die deutsche koloniale Einflussphäre in wärmere Gefilde verschieben, sondern im Sinne einer ganz spezifisch „deutschen Mission“ dem rationalen, kalten und interessegeleiteten Materialismus Gefühl, Vision, Innerlichkeit und authentische Werte entgegensetzen. Nichts anderes empfand der expressionistische Maler Franz Marc, als er stellvertretend für seine Generation schrieb, „dieser Großkrieg ist ein europäischer Bürgerkrieg, ein Krieg gegen den inneren, unsichtbaren Feind des europäischen Geistes.“⁵ Etwas ganz ähnliches meinte auch Hitler, der sich vom Kriegserlebnis erhoffte, dass nicht nur „Deutschlands Feinde im Äußeren zerschmettert werden, sondern auch unserer innerer Internationalismus zerbricht. Das wäre mehr wert als aller Ländergewinn.“⁶

So bestand das Eigentümliche am Kriegserlebnis von 1914 darin, dass es allen alles bot. Künstler erwarteten ein großes inneres Erlebnis, Studenten den Ausbruch aus spießbürgerlicher Sekurität, Politiker ein Ende der Klassenkonflikte und die Völkischen die Schaffung ei-

nes Neuen Reiches. Kein Phantasma, das nicht formuliert wurde, kein Wunsch, der sich nicht durch den Krieg bestätigt sah. Linke und Rechte, Konservative und Alldeutsche, preußisches Militär und bayrische Bohème trafen sich in ihrer Sehnsucht nach der Verwirklichung lang gehegter Träume und Visionen, die allesamt von einer derart übergeordneten Größe waren, dass sie sich als reale politische Kriegsziele nicht eigneten. Sucht man in der Literatur der Zeit nach formulierten Kriegszielen, so wird man schnell feststellen, dass Deutschland nicht weniger als Alles wollte: Den „Platz an der Sonne“ als Vision eines prosperierenden Weltreiches, ein deutsch dominiertes Europa, mehr Lebensraum im Osten, Gerechtigkeit und vor allen Dingen Einheit. Mit Ausbruch des Krieges schienen alle inneren Gegensätze und unvereinbaren Interessen versöhnt in dem Gefühl von Einheit, Aufgabe und Sieg; „die deutsche Einheit, knapp fünfzig Jahre zuvor erreicht, schien jetzt verwirklicht.“⁷ Während letztere durch den Krieg selbst hergestellt worden war, bewegten sich die weiteren Ziele auf einem derart hohen Abstraktionsniveau, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung über die Möglichkeiten sie zu erreichen gänzlich unmöglich schien. Noch als sich Deutschland bereits mitten im Krieg befand waren keinerlei konkrete Kriegsziele formuliert worden, im Gegenteil: Die Reichsregie-

rung entschied, „jede öffentliche Diskussion über deutsche Kriegsziele im Detail“ zu verbieten.⁸ Gleichzeitig gelang es ihr nicht, die tatsächlich existierenden wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie zu synthetisieren und in eine Kriegsführung umzusetzen, die nicht jeden an einer Stelle erzielten Gewinn wieder durch die verheerenden Verluste woanders zunichte machte. „Das stolze Reich gleich einer Kutsche mit Pferdebespannung gleichzeitig vorn und hinten.“⁹ Statt klarer Interessen und Ziele verfügte man lediglich über „eine Strategie und eine Vision“,¹⁰ der Krieg als einigende Kraft durfte nicht von „materialistischen“ Interessen profanisieren werden, sondern musste ein heiliges, spirituelles Erlebnis bleiben: „Die Musen schweigen, es gilt den aufgezwungenen Kampf um deutsche Kultur, die die Barbaren vom Osten bedrohen, um deutsche Werte, die der Feind im Westen uns neidet. So entbrennt aufs neue der Furor Teutonicus. Die Begeisterung der Befreiungskämpfe lodert auf, der heilige Krieg bricht aus.“¹¹

Furor Teutonicus

So undeutlich die Werte und Ziele blieben, so sehr sah man sie bedroht und nahm damit die mögliche Niederlage zugleich vorweg. Der Furor Teutonicus war zwar Erlösung, zugleich aber auch „aufgezwungen“, ein „Befreiungskampf“ gegen die existentielle Bedrohung von Außen und Selbstzweck zugleich, „das rückhaltlose Einsetzen des ganzen Menschen, das nicht dingt, nicht wägt, nicht schwankt, sondern durchhält bis zuletzt, und mag der Erdball darüber in

Trümmern fallen.“¹² Unter anderem daraus resultierte auch jene unheimliche Kompromisslosigkeit, die nur Sieg oder heroischen Untergang kannte, eine Programmatik, die der deutsche Generalstab getreu in die Tat umsetzte. Als General Ludendorff noch bei den letzten Offensiven 1918 gefragt wurde, was geschehe, sollten diese scheitern, antwortete er lapidar: „Dann muß Deutschland eben untergehen.“¹³ Denn Deutschland war nicht in den Krieg gezogen, um konkrete Ziele zu erreichen oder Probleme zu lösen – der Krieg selbst sollte vielmehr alle Probleme lösen. So war das Verhältnis der Deutschen zum Krieg ein durch und durch existentielles im Sinne Simmels und nicht jenes instrumentelle, das es Franzosen, Briten und später Amerikanern ermöglichte, ihre Interessen mit den sozialen und politischen Ziele zu verknüpfen, für die sie kämpften und nach der sie ihre Propaganda ausrichteten. Nichts wurde vehementer abgelehnt als die Idee, man führe Krieg um bestimmter Ziele willen. Der deutsche „heilige Krieg“ war sich selbst Zweck genug, kämpfte er doch gegen jene unehrlichen Krämer und Händler, die den Furor Teutonicus als dysfunktional ablehnten und Krieg nur um „bestimmter Interessen willen“ führten, wobei Kosten und Nutzen genau abgewägt wurden. In der Selbstwahrnehmung waren die Deutschen ein „heldisches Kriegervolk“, dem der Krieg „als die größte sittliche Macht erscheint, deren sich die Vorsehung bedient, um die Menschen auf Erden vor Verlotterung und Fäulnis zu bewahren. (...) Händler und Held: sie bilden die bei-

den großen Gegensätze, bilden gleichsam die beiden Pole menschlicher Orientierungen auf Erden.“¹⁴ Während der Händler lediglich auf sein Kalkül bedacht ist, zeichnen Treue, Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe die Qualitäten des Helden aus. „In Ehre zu fallen ist für einen Streiter solcher Art kein Schrecknis“, heißt es daran anknüpfend in einem Nazitext über das biblische Gleichnis von David und Goliath. Unehrenhaft und schlimmer als der Tod ist das Kalkül, das sich über die Ehre des Krieges hinwegsetzt, indem es einfach nur gewinnen will: „Den starken Philister aus sicherer Entfernung meuchlings mit der Schleuder fällen.“¹⁵ So steht der Händler dem Kriege wie dem Leben gegenüber, denn er verfolgt materielle Ziele, die das „heilige“ Geschehen des Krieges und des Lebens

¹ zit. nach Herfried Münkler/Wilfried Storch: *SiegFrieden. Politik mit einem deutschen Mythos*. Frankfurt a. M. 1988, S. 78

² Adolf Hitler: *Mein Kampf*. München 1933, S. 173

³ Peter Englund: *Menschheit am Nullpunkt. Aus dem Abgrund des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 2001, S. 21

⁴ zit. nach Detlef Bald: *Zum Kriegsbild der militärischen Führung im Kaiserreich*. In: Jost Dülffer/Karl Holl: *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland*. Göttingen 1986, S. 150

⁵ zit. nach Modris Eksteins: *Tanz über Gräbern. Die Geburt der Moderne und der Erste Weltkrieg*. Reinbek bei Hamburg 1990, S. 148

⁶ zit. nach Joachim C. Fest: *Hitler*. Frankfurt a. M. - Berlin 1992, S. 106

⁷ ebd., S. 99

⁸ Imanuel Geis: *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*. München 1978, S. 86

⁹ ebd., S. 79

¹⁰ Eksteins, a. a. O., S. 142 f.

¹¹ zit. nach ebd., S. 147

¹² zit. nach: Winfried Baumgart (Hg.): *Die Julikrise und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges*. Darmstadt 1983, S. 193

¹³ zit. nach Fest, a. a. O., S. 113

¹⁴ Werner Sombart: *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen*. München - Leipzig 1915, S. 91

¹⁵ Ludwig Ferdinand Claus: *Semiten der Wüste unter sich. Miterlebnisse eines Rassenforschers*. Berlin 1937, S. 57

dem Diktat des „eitlen Güterkrams“ unterwerfen. So waren es ganz folgerichtig auch nicht die Überheblichkeit und Inkompetenz der Heeresführung, die den Deutschen die (ersehnte und) absehbare Niederlage bereiteten, sondern der Verrat in der Heimat.

Ressentiment und Interesse

Vieles erinnerte im deutschen Friedensfrühling 2003 an das Augusterlebnis von einst: Nicht nur die maßlose Überheblichkeit, mit der sich die politische Führung entgegen der Ratschläge ihres Personals und vieler Verbündeter zum Vorreiter einer „gerechten“ Lösung des Irakkonflikts erklärte und jene Achse zwischen Paris und Moskau ausrief, der schon bei der ersten Pressekonferenz anzusehen war, dass sie eine zweite nicht erleben wird, sondern vor allem das durch und durch existentielle Verhältnis der Deutschen zum Krieg, das sich in der Vorstellung eines Friedens äußerte, der um seiner selbst willen zu fordern war. Der Erfolg der Schröderschen Politik, die sich in dem weithin unerwarteten Sieg der Regierungskoalition bei den Bundestagswahlen niederschlug, gründete nicht zuletzt darin, dass auch im Kriegserlebnis 2003 alle nur denkbaren Wünsche und Visionen Ausdruck fanden, deren Erfüllung ernstzunehmender Weise weder von einem Krieg noch von der Abwendung desselben im Irak zu erwarten war. Vom CSU-Politiker Peter Gauweiler zur DKP, von den deutschen Heilpraktikern e.V. zu Horst Mahler wurde im Irakkrieg

ein Konflikt gesehen, bei dem es um christliche Werte, kulturellen Dialog, weltweite Gerechtigkeit, nationale Selbstbestimmung, soziale Umverteilung, Multi- versus Unilateralismus, die Völkergemeinschaft und die globale Weltordnung ging. Nichts beschäftigte die Friedensbewegung zugleich derart, wie der faktenreich geführte Nachweis des Naheliegendsten: dass Krieg Interessen folgt. Kein Vorwurf gegen die USA und ihren „War on Terror“ ist so endemisch und zugleich überflüssig, wie der, nicht die Sorge um das Wohlbefinden der Afghanen und Irakis motiviere ihr Handeln, sondern ureigenes Interesse. Dass dies nicht anders als rein ökonomisch begründet sein kann, markiert den entscheidenden Unterschied zum Sendungsbewusstsein der unter dem Banner der menschenrechtsorientierten Außenpolitik angetretenen deutschen Bundesregierung. Ölpipelines wurden bereits um halbe Kontinente verlegt, um das amerikanische Interesse am Kosovo zu beweisen, im Irak, wo der Rohstoff direkt unter der Erde liegt, schien jede weitere Erklärung überflüssig. Der Öldurst der Supermacht fällt zusammen mit dem Wunsch die „Weltherrschaft“ zu erreichen oder doch mindestens „die Neuaufteilung der Welt“.¹⁶ Der Rohstoff Öl lieferte einen verdinglichten Grund für alle empfundenen Zumutungen und abstrakt formulierten Drohungen durch die „Globalisierung“ und den Weltmarkt. Das naheliegende wird seitdem zum Skandal:

Nicht der drohende Krieg selbst, sondern die Tatsache, dass die USA und ihr engster Alliierte Großbritannien ihn erklärtermaßen führten, um klar umrissene politische Ziele zu erreichen, wobei die Kategorie des Eigeninteresses immer im Vordergrund stand. „Wir versuchen keineswegs im Irak eine liberale westliche Demokratie zu installieren, weil wir evangelistische liberale Demokraten sind“, erklärte Steven den Beste im *Wall Street Journal* vom 24. 7. 2003 die amerikanische Politik. „Wir wollen den Irak aus reinem Eigeninteresse reformieren. Wir müssen Reformen in der arabischen und muslimischen Welt fördern, weil dies langfristig die einzige Möglichkeit ist, sie davon abzuhalten, uns zu töten.“ Selbst wenn einige der berüchtigten Neokonservativen weniger pragmatisch den „War on Terror“ als amerikanische Mission legitimierten, dem Nahen Osten Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft zu bringen, so überwog in den USA doch jener Pragmatismus, der die „Eigeninteressen“ nie aus den Augen verliert. Ist es doch die Möglichkeit der Durchsetzung eigener Interessen der Individuen als Unternehmer auf dem Markt, die von den NeoCons in klassisch liberaler Tradition als Voraussetzung der Freiheit aller definiert wird.

Es ist kein Zufall, sondern paradigmatisch für die deutsche Geschichte, dass sich das Ressentiment hierzulande am leichtesten gegen die Kategorie des angloamerikanischen Interesses mobilisieren lässt, und dementsprechend ein instrumentelles Verhältnis zu Krieg und Frieden auf Unverständnis stößt. Nur unter diesem Aspekt ist

auch zu verstehen, was vordergründig als Widerspruch erscheint: Dass die selbe Regierungskoalition, die am Luftkrieg gegen Jugoslawien beteiligt war, um die Kosovo-Albaner vor angeblichen KZ zu retten, angesichts eines Staates, der ungleich viel grausamer gegen seine Bürger vorgeht, nunmehr mit der selben Verve für eine Appeasementpolitik eintrat. In beiden Fällen zählte, dass nicht vordergründiges Interesse, sondern eine übergeordnete Mission die Politik motivierte. Eine Mission, die heute, wie schon in der Geschichte, undeutlich bleibt und sich praktisch weitgehend in der heroischen Geste erschöpft, notfalls auch einen hohen Verlust in Kauf zu nehmen, um der Sache treu zu bleiben. Dabei hat die Bundesregierung wie damals vollständig verkannt, dass sie – wiewohl angetreten, die Welt zu erlösen – nicht für die Welt sprechen können und nicht einmal für Europa. Das „alte Europa“, das als Gegenmodell zum Amerikanismus aufgestellt wurde, bestand letztlich aus nicht mehr als Deutschland, Österreich und Frankreich, während die Mehrzahl der europäischen Staaten den Irakkrieg entweder unterstützten oder sich zumindest neutral verhielten. Tatsächlich wurde im Zuge der Auseinandersetzung zwischen dem „alten Europa“ und den USA die Frage nach den Zielen deutscher Irakkpolitik völlig sekundär. Was aber die deutsche Bundesregierung bezwecken wollte, welche konkrete Lösung sie alternativ zu dem von den USA favorisierten Sturz Saddams Husseins durch militärische Mittel anzubieten hatte, blieb vollkommen unklar, sieht man einmal ab von

¹⁶ Beschluss zur Friedenspolitik des ver.di-Kongresses 2003, <http://www.frieden-und-zukunft.de/netzwerke/verdi/Beschluss-Bundeskongress-10-2003.htm>

Zielen, die – ähnlich wie einst – derart allgemein blieben, dass sie als erreichbare Politikziele ausscheiden. Mehr noch hatte man es im Falle des baathistischen Irak mit einem Staat zu tun, der sich weniger als die meisten anderen zur Zeit eignete, praktische Instrumente zur Durchsetzung der übergeordneten Ziele (Frieden, Gerechtigkeit, Entwicklung und Dialog) zu entwickeln. Damit hängt auch das Versagen der Spezialisten zusammen, wie beispielsweise die Planungsstäbe des Auswärtigen Amtes, die bis zuletzt daran glaubten, einen Krieg verhindern zu können, zugleich aber weder darlegen konnten, was dann zu geschehen habe, noch offensichtlich einen Alternativplan entwickelt hatten, wie zu reagieren sei, sollte die deutsche Position sich nicht durchsetzen. So undeutlich wie die selbst gesteckten Ziele blieben konsequenterweise auch die Horrorszenarien, die einen „Flächenbrand“ in der Region des Nahen Ostens für die Zukunft prognostizierten, das „Ende der multipolaren Weltpolitik“, den Beginn einer Welt, die nach dem Recht des Stärkeren funktioniert etc., oder aber sich in Superlativen überschlugen, was die zu erwartenden Opferzahlen anbetraf. Dabei kann auch der deutschen Administration kaum entgangen sein, dass die Planungen der Koalitionstruppen eben nicht darauf abzielten, den Irak in Schutt und Asche zu legen.

Die deutsche Haltung im Irakkrieg folgte so wenig einem rationalen Kalkül wie das „Augusterlebnis 1914“, weder ökonomisch noch geostrategisch versprach die Außenpolitik der Bundesregierung praktischen Gewinn.

Gegen die moralische Massenmobilisierung der „Weltfriedensmacht Deutschland“ zeigte sich jedes rationale Argument machtlos. Spätestens im Mai 2002 hätte die Bundesregierung wissen müssen, dass die USA es mit ihren Kriegsvorbereitungen ernst meinen und keineswegs gedachten sich von einem Sturz Saddam Husseins abhalten zu lassen. Seitdem werden deutsche Konservative nicht müde, den Trümmerhaufen zu beweinen, den die rot-grüne Regierung außenpolitisch hinterlassen hat.

Will man die Frage beantworten, warum die Bundesregierung sich genau so verhalten hat, wo doch nach dem Prinzip zweckrationalen Handelns alles dagegen sprach, so wird man eine Art Psychopathologie des Friedens formulieren müssen. Die Suche nach einem rationalen Kalkül hingegen führt in die Sackgasse linker Metaphysik. Wer ernsthaft glaubt, die deutsche Regierung habe die USA kühl kalkuliert in einen aussichtslosen Krieg getrieben, um nach der absehbaren Niederlage der Koalitionstruppen als lachender Gewinner dazustehen, der erkennt nicht nur die Gestaltungsmacht und -fähigkeit der Bundesregierung, sondern verliert auch aus dem Blick, dass es sich bei dem deutschen Friedensfrühling 2003 um ein Massenphänomen handelte, das auch die Regierenden offenbar nicht unberührt ließ. Die offensichtlichste Qualität der Massenaufäufe des vergangenen Jahres bestand, wie dies bei Großveranstaltungen dieser Art häufig der Fall ist, darin, für kurze Zeit die realen Verhältnisse auf den Kopf zu stellen und den Wahn Wirklichkeit werden zu lassen.



Deutscher Pazifismus: Nazis für den Frieden

Dass aus Deutschland der Friedenswille „der Welt“ gegen das kalte Kalkül weniger Kriegswilliger spricht, dies zumindest wurde zur sinnlichen Erfahrung der Demonstranten bei Aufmärschen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern. Sinnbildlich für diese Verschiebung von Realität steht das Bild eines jungen Mädchens, das auf der zentralen Großdemonstration in Berlin das Buch *Stupid White Men* von Michael Moore mit hochgerecktem Arm vor sich herträgt, wie einst ihre Elterngeneration die Mao-Bibel – ganz so, als müsse sie die „Wahrheiten“ dieses Buches den Massen erst nahe bringen, als wäre das Buch nicht seit andert-halb Jahren ein Bestseller in Deutschland. So forderte die Friedensbewegung von der Regierung in Berlin, sich an einem Krieg nicht zu beteiligen, den doch die Bundesregierung selbst vehement ablehnte.

Mehr noch als im Falle des Kosovo-Krieges wurde mit dem Irakkrieg offensichtlich, dass die Bundesregierung in ihren Entscheidungen eben nicht allein dem Diktat der Profitmaximierung folgt. Weder im Koso-

vo noch mit Saddam Hussein verbanden die Deutschen ein erklärbares ökonomisches Ziel. Anders als Frankreich und Russland hatte die deutsche Wirtschaft im Irak nichts zu verlieren, was nicht bereits verloren war oder aber durch Kontrakte mit einer neuen irakischen Regierung schnell wieder hätte wettgemacht werden können. Zwar ist richtig, dass die deutsche Industrie durch ihren Interessenverband BDI in den vergangenen Jahren wieder rege Kontakte zum Regime Saddam Husseins gepflegt und sich für eine Aufhebung der Sanktionen gegen das Zweistromland stark gemacht hat. Mit dem absehbaren Sturz der Husseinregierung aber sucht auch die deutsche Industrie Anschluss an die neue Regierung des Landes. Längst sind Klagen laut geworden, dass deutsche Unternehmen aus dem Wiederaufbau des Landes weitgehend ausgeschlossen seien und bestenfalls die Rolle von Subunternehmern übernehmen können. Für die deutsche Wirtschaft hat sich der Irak als ein gigantisches Verlustgeschäft entpuppt. Bereits 1990 wurden die wirtschaftlichen Verbindungen zum irakischen Baathregime aufgrund der politischen Entscheidung der seinerzeitigen Kohlregierung eingefroren. Damals allerdings konnte die Wirtschaft darauf hoffen, das Geschäft nur vorübergehend eingestellt zu haben, während die politische Entscheidung, dies zu tun, der Rationalität

folgte, das Bündnis mit den Vereinigten Staaten aufrecht zu erhalten, das – auch wirtschaftlich – schwerer wog, als die Belieferung eines Staates, der die Grenzen seiner Kreditwürdigkeit bereits vor Jahren überschritten hatte. Die deutsche Haltung 2003 hingegen wählte nicht das kleinere Übel, sondern forderte die Bereitschaft, für die Durchsetzung einer politischen Entscheidung jeden denkbaren Verlust hinzunehmen.

„Eine Nation wird geboren“

Damit ist ein weiteres zentrales Motiv der Psychopathologie des Friedens bereits benannt: Die unheimliche Interesselosigkeit, die Deutschland im vergangenen Jahr repräsentierte und die es zur Führungsnation gegen den US-Imperialismus prädestinierte. Es war keineswegs nur Ressentiment gegen die USA und Israel, welche die Menschen hinter Deutschland vereinigte, es waren ebenso die großen, selbstlosen Gefühle, die der „deutsche Weg“, wenn auch nur kurzfristig, versprach. Am besten wohl traf die linksliberale *Frankfurter Rundschau* die Stimmung, als sie eine dreiteilige Serie unter dem Titel „Eine Nation wird geboren“ drucken ließ. Drei prominente Sozialdemokraten sahen in den Friedensdemonstrationen ein „erstes Lebenszeichen“ einer europäischen „Nation im Werden“, die in Zukunft eine „Weltfriedenspolitik“ gegen die USA werde durchzusetzen versuchen. Stephan Schlak, Mitherausgeber von *Ästhetik und Kommunikation*, freut sich ein halbes Jahr nach Kriegsende noch immer, dass damals Jürgen Habermas „seine intel-

lektuellen Truppen (...) in die Schlacht gegen den kriegerischen amerikanischen Revanchismus führte“ und dabei „forsch auf die ‚Straße‘ (zurück)griff und sich zur neuen ‚Macht der Gefühle‘ bekannte.“¹⁷ Im Februar ging es also erneut um nichts weniger als sich von großen Gefühlen übermächtigen zu lassen in einer Schlacht für Frieden und „globale Gerechtigkeit“ gegen Eigennutz, Hunger, Ausbeutung und für die Lösung der „entscheidenden Zukunftsfragen der Menschheit“.¹⁸

Immer aber wenn die Deutschen ein kollektives Erlebnis haben, stoßen sie auf jene „Nibelungen“, die am Ende im Untergang aller münden. Als Berlin sich schon einmal in „Etzels Schloss“ verwandelte, stellte Klaus Mann in der amerikanischen Armeezeitung *Stars and Stripes* 1944 fest, dass es in der Nibelungensage um keinen Sieg, „nicht einmal ein heroisches Opfer um einer edlen Sache willen (ging) : es ging um den Tod als solchen und als alleiniges Ziel.“¹⁹ Die Händlernationalität oder der innere Feind steckt, nachdem Etzels Schloss 1945 in Berlin unterging, den Deutschen weit stärker in ihrer Seele als zuvor. Ihren nationalen Interessen dienten sie vergangenes Jahr keineswegs. Es war ein weiteres Aufbäumen der Gefühle und des Tragischen, dass sie auf die Straßen und in die Fundamentalopposition gegen die USA trieb. Es endete allerdings nicht als blutiges Welterpektakel, sondern als Kleinkunst. Reinhard May ist sicher nur ein müder Wagner-Ersatz. Das aber heißt nicht, dass sie es zur nächsten sich bietenden Gelegenheit nicht wieder versuchen werden.

¹⁷ Stephan Schlak: *Hans-Ulrich Wehler und das verlorene Carisma*. In: *Ästhetik & Kommunikation: Geschichtsgefühl*, Winter 2003, S. 31

¹⁸ Beschluss des ver.di-Kongresses 2003, a. a. O.

¹⁹ Klaus Mann: *Über den Rhein zur Walhalla*. In: *Ders.: Auf verlorenem Posten. Aufsätze, Reden, Kritiken 1942-1949*. Reinbek bei Hamburg 1994, S. 203

Gastarbajteri – 40 Jahre Arbeitsmigration

Besprechung einer Ausstellung

Der Ausstellungskomplex *Gastarbajteri* umfasst drei Vermittlungsebenen und -orte: die historisch-dokumentarische Ausstellung im Wien-Museum, die künstlerischen Darstellungen in der Wiener Hauptbücherei und Filme zum Thema im Filmarchiv Austria. Die Ausstellung besteht somit aus mehreren Ausstellungen, befindet sich an relativ weit auseinanderliegenden Orten (man fährt quer durch Wien, um von einem Ausstellungsteil zu den anderen zu gelangen) und symbolisiert mit dieser Struktur Merkmale von Migration: Distanzen, Orte, Mobilität, Vielschichtigkeit und unterschiedliche Perspektiven. In den Ausstellungen soll die Perspektive von MigrantInnen wiedergegeben werden, um jene, die als Subjekte marginalisiert und im Alltagsbewusstsein der Mehrheitsgesellschaft zu fremden Objekten gemacht wurden, „in das kulturelle Gedächtnis Österreich hineinzureklamieren“, wie es in der Broschüre zu der Ausstellung heißt. Gelingt das?

Um dieser Frage nachzugehen, möchte ich das Hauptaugenmerk auf die Ausstellung im Wien-Museum richten. Parallel zu Lisl Pongers Film *Phantom Fremdes Wien 1991/2004* wird dort anhand von elf symbolischen Orten die Geschichte der *Gastarbajteri* wiedergegeben: die Anwerbestelle der Österreichischen Wirt-

schaftskammer in Istanbul, die „Gastarbeiterroute“, die Arbeitersiedlung Walddörfel, Frauenarbeitsmigration anhand der Fischfabrik Warhaneck, Herkunft aus dem und Rückkehr in das westtürkische Dorf Adatepe, selbständige Erwerbsarbeit am Beispiel Mexikoplatz, der Verein der Zeitungskolporteurs, Migration und Gastronomie am Naschmarkt, Selbstorganisation und Widerstand, Übersiedelung der Fremdenpolizei sowie die Errichtung des islamischen Friedhofs in Wien.

Mit diesen symbolischen und realen Orten werden nicht nur geographische Verortungen vorgenommen und wesentliche Themen aufgegriffen, sondern die Auswahl deckt auch Lebensstationen ab. Sowohl aus der politischen und strukturellen (mit den Orten Anwerbestelle, Fremdenpolizei, Selbstorganisation) als auch aus der lebensgeschichtlichen Perspektive (mit den Orten Wohnverhältnisse, Frauenarbeit, prekäre Arbeit, Herkunfts- und Rückkehrort Adatepe, islamischer Friedhof) wird hier die Geschichte der vergangenen 40 Jahre exemplarisch abgedeckt.

Der Titel *Gastarbajteri* soll die Perspektive der MigrantInnen beinhalten, da es sich um ein serbisch-kroatisches Lehnwort, eine Selbstbezeichnung der jugoslawischen Arbeitsmigranten handelt. Der Titel repräsentiert *Ga-*

starbajteri jugoslawischer Herkunft, in der Ausstellung selbst dominiert die Geschichte von türkischen MigrantInnen. In Summe überrascht und beeindruckt die Vielzahl an privaten und alltäglichen Gegenständen (Dokumente, Fotos, Gebrauchsgegenstände), welche die Perspektive der Subjekte dieser Ausstellung widerspiegeln. Überraschend deswegen, weil manche Ausstellungsobjekte auf den ersten – zugegebenermaßen privilegierten – Blick banal wirken. Doch Privatfotos, eine Thermoskanne, Geldbörsen, ein Notizbuch mit Aufzeichnungen von Zwischenstopps auf der Busfahrt entlang der „Gastarbeiterroute“ oder eine Kinderpuppe sprechen Bände, welcher Wert und welche Bedeutung für die BesitzerInnen damit verbunden ist und was damit kommuniziert wurde und wird. Demgegenüber wirkt in manchen Ausstellungsteilen die Fülle an Gesetzestexten, offiziellen Dokumenten und Formularen als unerträgliche und verwirrende Komplexität der Strukturen. Doch hier kann der oder die AusstellungsbesucherIn einen Eindruck davon gewinnen, was es heißt, wenn das Leben permanent und existenziell von solchen staatlichen, wirtschaftspolitischen und rechtlichen Instanzen geprägt wird, vor allem, wenn man unzureichende Vermittlungsinstanzen, relative Rechtlosigkeit und

VON KATRIN AUER

**Context XXI
LeserInnen-Führung
durch die Ausstellung
Gastarbajteri**

im Wien-Museum
am Karlsplatz

mit
Thomas
Schmidinger
(Recherchekoordination
der Ausstellung)

**Sonntag, 4. April
2004, 13.00h**

Ermäßigter Gruppeneintrittspreis:
EUR 2,-

www.gastarbajteri.at



nicht zuletzt die Sprachbarrieren mitdenkt. Das zum Subjektmachen der MigrantInnen funktioniert in dieser Ausstellung, da nicht nur die Ausstellungsobjekte subjektive Geschichten erzählen, viele MigrantInnen in Videointerviews zu Wort kommen und ihre Migrationsgeschichten erzählen können, sondern da auch durch die Darstellung der Selbstermächtigung, des Widerstandes und des Engagements in

politischer, kultureller oder arbeitsorganisatorischer Hinsicht der Subjektstatus manifest wird. Wie das alles mit dem Objektstatus und den ent- und befremdenden Strukturen auf alltagsrassistischen, staatsrepressiven und diskursiven Ebenen korrespondiert, wird durch Medienberichterstattung und Gesetzestexte deutlich. Doch so anschaulich die Fülle an Textmaterialien ist, so überfrachtet ist die Ausstellung

auch damit. Die einführenden Texte bieten einen Überblick und Einstieg in den jeweiligen Ort, doch an manchen Stellen wäre es hilfreicher gewesen, die essentiellen Elemente aus Texten herauszugreifen und als Bausteine zu eigenen Texten zusammenzusetzen, statt sie als Originale oder Kopien auszustellen. Dass alle sprachlichen und bildlichen Texte in Originalgröße ausgestellt sind und keine Quelle gegenüber den anderen Materialien hervorgehoben wird, verweist zwar auf die Intention, alle Quellen gleichermaßen zu würdigen, doch wären optische Hinweise zur Gewichtung hilfreich.

Die Videointerviews werden auf überdimensionalen Bildschirmen gezeigt und bekommen durch diese optische Vergrößerung mehr Bedeutung zugewiesen als die Texte und Objekte, was wiederum die Intention, Men-

schen sichtbar zu machen und Aufmerksamkeit zu kommen zu lassen, deutlich werden lässt. So gesehen schafft es die Ausstellung, sowohl die strukturellen als auch die menschlichen, subjektiven Ebenen sichtbar zu machen und damit das kulturelle Gedächtnis wachzurütteln. Nicht zuletzt ist der als Buch mit zusätzlichen Texten weit über die Ausstellungen hinausgehende Katalog ein wichtiger Beitrag zur kultur- und sozialhistorischen sowie soziologischen Migrationsforschung.

Ausstellung „Gastarbajteri“ der Initiative Minderheiten und des Wien-Museums bis 11. April 2004 (www.gastarbajteri.at)

Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Mattl (Hg.): Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration. Mandelbaum, Wien 2004, 200 Seiten, EUR 17,90

Die Einsamkeit Theodor Herzls

Der Hass auf Israel und die Arbeit der materialistischen Staatskritik

Vortrag und Diskussion mit Joachim Bruhn (Initiative Sozialistisches Forum, Freiburg)

Donnerstag, 29. April 2004, 20 Uhr, 7*stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Wie der Antisemitismus (die eher ökonomisch sich legitimierende Seite des Judenhasses) als die Alltagsreligion der kapitalisierten Gesellschaft in der Scheidung des „produktiven“ vom „spekulativen“ Kapital sich niederschlägt, so der Antizionismus (die eher politisch sich camouflierende Version eben desselben Judenhasses) in der säuberlichen Trennung zwischen dem „Staat des ganzen Volkes“, das heißt dem „organischen“ Volksstaat Deutschland einerseits, und dem desolaten „Konstrukt“ Israel andererseits, das sich, „unorganisches Gebilde“ und „Bollwerk des Imperialismus“, das es unheilbar sei, gegen die Palästinenser nur „nazistischer Vernichtungsmethoden“ bedienen könne. Es drückt sich in dieser Spaltung aus, dass sie eine Abspaltung ist; dass das kapitalisierte Bewußtsein unter dem Niveau noch der bürgerlichen Aufklärung liegt; dass es den revolutionären Ursprung seiner eigenen Staatlichkeit verleugnet. Die materialistische Staatskritik hat sich dieser Ideologisierung zu erwehren, indem sie allererst das gängige Märchen bestreitet, der Antisemitismus sei das eine, der Antizionismus aber das ganz andere.

Eine Veranstaltung von Strv Politikwissenschaft und Café Critique

www.cafecritique.priv.at

„Wir sind hier, weil ihr dort wart's!“

Die Ausstellung *Gastarbajteri* und der migrantische Widerstand

Die Kontextualisierung der Ausstellung *Gastarbajteri* steht uns allen erst noch bevor. Im Folgenden liefere ich, als jemand, der in die Ausstellung involviert war und ist,¹ nur ein paar Skizzen, wie die Teile dieser Ausstellung aus meiner Position heraus zu verstehen und wie sie mit den Begriffen „MigrantInnen“, „Nationalstaat“ und „Widerstand“ in Verbindung zu bringen sind.

Die größere Geschichte, in der die Ausstellung *Gastarbajteri* eingebettet ist, ist die des Nationalstaates. Die SozialwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen, die zu den primären Gruppen gehören, an die sich die Ausstellung wendet, sollen aus ihr lernen, dass nicht die Migration per se ein Forschungsobjekt sein sollen, sondern die Gebilde des Nationalstaates. Dieser Nationalstaat hat wie überall auf der Welt die Migrationsfrage aufgeworfen. Migration ist ein konstitutiver Bestandteil des Staates. Will man Klarheit über die Problematik bekommen, muß man den Staat und seine Methoden, seine institutionellen Normierungs- und Normalisierungstechniken untersuchen.

Obwohl in den Ausstellungsunterlagen die Rede von einer Gegen-Erzählung ist,

geht es nicht darum, eine zweite Geschichte zu entwerfen, die möglicherweise neben der ersten existieren sollte, sondern um eine Neubewertung und Neukonzeptionierung des Bestehenden. Erstens, indem die Annahmen, auf denen eine nationalstaatliche Geschichtsschreibung beruht, hinterfragt werden und zweitens, indem bestimmte, bisher nur verdeckte Ereignisse ihre geschichtsträchtige Bedeutung zuerkannt bekommen. Diese Herangehensweise stellt die Auffassung von Homogenität der österreichischen Nation ebenso in Frage wie auch die Annahme der Kontinuität der Geschichte. Wobei hier unter „Kontinuität der Geschichte“ nicht die Kontinuität von rassistischen Maßnahmen zu verstehen ist, sondern die Linearität des offiziellen Geschichtsdiskurses, in dem nur diejenigen vorkommen, die in diesen Gesellschaften auch etwas zu sagen haben, also über beträchtlich mehr Macht als die anderen verfügen. „Die jeweils Herrschenden sind eben die Erben aller, die je gesiegt haben.“² Es handelt sich um die Geschichte dieser Sieger. Diese Art der Kontinuität, die sich unter anderem darin äußert, dass die Migration nirgendwo in den Schulbüchern vorkommt, widerspricht die Ausstellung.

Das wichtigste dabei ist, trotz des leicht in die Irre führenden Titels der Ausstellung, zu begreifen, dass diese nicht über „MigrantInnen“ und „ÖsterreicherInnen“ spricht, sondern versucht, einen Teil des permanent präsenten, aber nie direkt angesprochenen, umfassenden Diskurses des Nationalstaates zu verändern. Die begrifflichen und politischen Grenzen, die den Nationalstaat namens Österreich definieren, definieren auch die MigrantInnen, die zur gleichen Zeit und mittels desselben Prozesses hervorgebracht werden. Insofern gib es keine Möglichkeit, diese Phänomene getrennt voneinander zu untersuchen. An diese Fragen knüpfen die „Stationen“ der Ausstellung mit ihrem Konzept der AutorInnenschaft. Wer dies übersieht, hat die Ausstellung *Gastarbajteri* nicht verstanden.

Da die Stationen Hauptteil der Ausstellung sind, ist sie durch die Möglichkeit des Hinzufügens oder Weglassens beliebig veränderbar. Sie kann verkleinert, aber auch in einen noch größeren Kontext gestellt werden. Vorstellbar wäre zum Beispiel, um die Transformationen des Rassismus zu zeigen, die Geschichte der Migration innerhalb der Donaumonarchie oder auch diejenige der ZwangsarbeiterInnen in der

Welches Terrain betreten wir, wenn wir von migrantischem Widerstand reden? Welche Art von Kämpfen führen MigrantInnen? Und wer ist ihr Hauptgegner?

VON LJUBOMIR BRATIĆ*

*) Ljubomir Bratić ist Philosoph, Leiter des Büros für ungewöhnliche Maßnahmen (BUM) und Herausgeber des Buches *Landschaften der Tat. Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa*, Sozaktiv-Verlag 2002.



NS-Zeit miteinzubeziehen. Die Ausstellung ist ein Sammelsurium von Einstellungen und antirassistischen Fokussierungen. Diese sind sowohl thematisch als auch räumlich zeitlich erweiterbar. Das macht diese Ausstellung zu einer Möglichkeit, deren Verwirklichung erst im Kopf der BetrachterInnen stattfindet. Dort, wo es Nicht-Abgeschlossenes zu sehen gibt, besteht die Notwendigkeit, selber Abschlüsse zu tätigen.

Position und Opposition

Ich denke migrantischen Widerstand als eine Art Kristallisationspunkt, der ermöglicht, dass die Machtverhältnisse klarer vorgeführt werden. Aus dieser Belichtung des Tatsächlichen werden dann weitere Ansatzpunkte, Verfahrensweisen und Positionen herausgebildet. Insofern interessiert mich hier weniger die Ebene der allgemeingültigen Theorie, sondern vielmehr jene der par-

tikularen Praxis. Um herauszufinden, was der Nationalstaat als vernünftig versteht, analysieren wir das Feld, das diese Form von Staat als einen Fremdkörper (nicht dazugehörig obwohl teilnehmend) betrachtet. Es geht darum, die Normalität begreiflich zu machen. Es geht darum, bislang unbegriffene oder unbenannte Realitäten durch Reflexionsarbeit, durch Schaffung entsprechender Wissensobjekte und deren Einführung in Diskurse aus dem Bereich des Unbegriffenen, der Normalität herauszuholen und sie zum Gegenstand bewussten politischen Handelns zu machen.³ Dadurch, dass wir MigrantInnen untersuchen, was im Feld der Migration vor sich geht – zum Beispiel als Illegalisierung, Kriminalisierung, Pathologisierung, Viktimisierung, Psychologisierung und Moralisierung – begreifen wir gleichzeitig, was oder wer diesen Techniken nicht oder auf eine andere Art und Weise unterworfen wird als das bei den MigrantInnen der Fall ist. Dadurch, dass wir uns im Bereich der Machttechnik und -strategie befinden, erkennen wir, dass es eine Menge von AkteurInnen gibt. Wir sind weit davon entfernt, von irgendjemanden, der nur „TäterIn“ oder nur „betroffen“ ist, zu reden. Viele AkteurInnen (auch wir) tragen mit ihren Handlungen dazu bei, dass die sogenannten „Ausländergesetzgebung“ sich in einem ständigen Transformationsprozess befindet. Wir sind in einem Feld, in dem die Gesetze der Aktion und Reaktion und diejenigen der Regelung und Verweigerung herrschen. Insofern kann man von einer Position und einer Opposi-

tion reden. Die Opposition ist nicht deswegen oppositionell, weil sie dauernd reagieren muss, sondern weil ihre Rolle diejenige der Instanz des Widerstands gegenüber den Machtverhältnissen ist, und ihre Funktion darin besteht, zu versuchen, auf die Auflösung dieser Verhältnisse hinzuwirken. Wahrlich eine andere Vision von dem, was wir heute innerhalb des österreichischen Staates als Opposition parteipolitisch oder medial serviert bekommen. Der migrantische Widerstand ist eine Opposition zu der Macht des Nationalstaates. Die Oppositionen in unseren Gesellschaften bestehen aus verschiedenen Arten von Kämpfen. Foucault unterscheidet drei Typen von Kämpfen. Erstens die Kämpfe gegen die Formen der ethnischen, sozialen und religiösen Herrschaft, die er Kampf gegen die Subjektivierung nennt. Zweitens die Kämpfe gegen die Ausbeutung, „die das Individuum von dem trennen, was es produziert“. Diese nennt er Kämpfe gegen Formen der Subjektivität. Und als dritter Typus der Kämpfe erwähnt Foucault diejenigen gegen Unterwerfung.⁴

Grob können wir unter Kämpfen gegen die soziale Herrschaft den Widerstand gegen die andauernden Versuche der sozialen Reglementierung der MigrantInnen (Assimilation, Integration, Diversitätspolitik usw.) verstehen. Hier wären auch die verschiedenen Formen von Selbstorganisation der MigrantInnen zu erwähnen. Unter Kämpfen gegen die ökonomische Ausbeutung lassen sich die konkreten Formen des Widerstands am Arbeitsplatz subsumieren. Dazu sind die wilden Streiks

1 Gemeinsam mit Arif Akilic habe ich im Rahmen der Ausstellung die Station „Selbstorganisation und Widerstand“ gestaltet, und vom Büro Trafo K., Arif Akilic und mir wurde das Vermittlungskonzept für die Ausstellung erstellt.

2 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte. In: Ders.: Sprache und Geschichte. Philosophische Essays. Stuttgart 1992, S. 145

3 vgl. Büro für ungewöhnliche Maßnahmen: Unser kleines Jenseits. Das Wir und der Antirassismus. Ein Beitrag zur antirassistischen Arbeitspraxis. In: BUM (Hg.) Historisierung als Strategie. Positionen – Macht – Kritik. Wien 2004, S. 17

zu zählen, aber auch andere Formen der Vergrößerung der Machtpotenziale innerhalb des Arbeitssystems selber, wie zum Beispiel Bildung von ethnischen und verwandtschaftlichen Netzwerken oder andauernde Forderungen nach Anerkennung kultureller Eigenarten innerhalb des Unternehmens. Unter Kämpfen gegen die Formen der Subjektivierung sind alle die sozialen Kämpfe zu verstehen, die darauf zielen, die zugeschriebene Opferrolle aufzubrechen und zu versuchen, ein autonomes soziales Feld zu strukturieren.

Diese drei Formen sind nicht getrennt zu betrachten. Sie überlagern sich und sind voneinander abhängig. Es geht darum, aus den Verhältnissen auszubrechen und die Selbstverständlichkeit eines AkteurInnendaseins zu erlangen. Und es geht darum, den Widerspruch zwischen der offiziell proklamierten „Demokratie“ und ihren tatsächlichen Ausschließungen und Grausamkeiten andauernd vorzuführen.

Die Arbeitsplätze waren die allerersten Verbleibstätten der MigrantInnen, und insofern auch die ersten Orte der Artikulation von widerständischen Praktiken. An dieser Stelle seien der Streik der jugoslawischen MigrantInnen 1965 im Iso-Span-Werk in Obertrum (Salzburg)⁵ und der Streik der jugoslawischen MigrantInnen bei einer Baufirma in Admont 1966⁶ erwähnt. In beiden Fällen wurden Lohn-erhöhungen gefordert. Die Niederschlagung der Streiks zog die Ausweisung vieler Streikender nach sich. Die „Fremdarbeiter“, die „unangenehm auffielen“, wurden damals (wie großteils

auch heute) kurzerhand abgeschoben. Damals wie heute fehlte den MigrantInnen eine Interessensvertretung. Das hat dazu geführt, dass die Regeln, die diese Interessensvertretungen für die Gesellschaft insgesamt vorgeben, zwar gültig sind, aber dass sie gleichzeitig – angesichts des metökenähnlichen Status der MigrantInnen – nie die vollständige gesamtgesellschaftliche Gültigkeit für sich beanspruchen können. Sie können von 10 Prozent der Gesellschaft nicht legitimiert werden, wenn diese überhaupt kein Wahlrecht und kein Partizipationsrecht besitzen. Wenn die Möglichkeit der Partizipation nicht gegeben ist, kann auch nicht von Allgemeingültigkeit gesprochen werden. Insofern können die MigrantInnen nur die Rolle der potenziellen RegelbrecherInnen einnehmen. Einerseits stabilisiert das den Repressionsapparat des Staates, weil er immer und überall auf die Gefahr der Subversion hindeuten kann. Tatsächlich erleben wir seit den 1960er Jahren eine sukzessive Zunahme an Akzeptanz für die Kontroll- und Überwachungstechniken. Zweitens reagieren die MigrantInnen – trotz dieser Kontrollen, deren Hauptziel es ist, die Prekärität des Aufenthalts zu festigen – mit diversen Verwurzelungsstrategien. Der Erfolg davon lässt sich daran messen, dass seit den 1970er Jahren, seit in ganz Europa ein „Ausländerstopp“ proklamiert wurde, die Zahl der MigrantInnen gestiegen ist. Der Spruch „Wir sind hier, weil ihr dort wart“ ist nur eine der Parolen, die diese gesellschaftliche Gruppe als die ihre bezeichnet, und die



auch einen Einblick in die Motive, Ziele und Ursachen der Migration gewährt.

Ich möchte kein neues revolutionäres Subjekt konstituieren. Mir geht es um die Frage nach der Form der Handlungen der Menschen, die nie so unfrei sein können um sich gegen die ihnen zugefügte Gewalt nicht zu wehren. Ich will zeigen, dass die MigrantInnen, genauso wie die Frauen oder behinderten Menschen sich immer zu Wehr gesetzt haben. Es geht darum, die Verschwiegenheit zu durchbrechen und den Bereich der Politik so zu erweitern, dass die Sprache der bisher als sprachlos Geltenden darunter ihren Platz finden kann. Die Taktiken und Strategien, die MigrantInnen dabei anwenden, sind – je nachdem in welchen soziopolitischen Kontext sie eingesetzt werden – verschieden, aber sie sind immer gegen einen Hauptgegner gerichtet: den Nationalstaat und seine kalt-schnäuzigen Institutionen.

4 Michel Foucault: *Das Subjekt und die Macht*. In: Hubert Dreyfus/Paul Rabinow: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Weinheim 1994, S. 247

5 *Arbeiterzeitung*, 17. 6. 1965, S. 5

6 *Arbeiterzeitung*, 18. 6. 1966, S. 7

Antirassistischer Antisemitismus

Judenhass im moralisch einwandfreien Gewand

Gewisse Ausprägungen des Antirassismus reproduzieren die rassistische und kulturalistische Kollektivierung von Individuen, anstatt sie zu kritisieren.

VON ALEX GRUBER

Auch nach jahrelanger Auseinandersetzung und seminaristischer Bearbeitung des Themas herrscht in der Linken ein falscher Begriff des Antisemitismus vor. Dies legt durchaus den Schluss nahe, dass es sich hier weniger um ein Verkennen dessen Charakters handelt, als vielmehr um ein interessiertes Missverständnis, das es ermöglicht, trotz der Beschäftigung mit dem Antisemitismus so weitermachen zu können wie bisher und keine Konsequenzen aus den gewonnen Erkenntnissen ziehen zu müssen. So hat etwa auch die innerlinke Thematisierung des Antizionismus als geopolitisch reproduziertem Antisemitismus nichts an der Feindschaft weiter Teile der Linken gegen Israel ändern können. Geradezu formelhaft wird mittlerweile zwar das Existenzrecht Israels bejaht, jedoch nur um im gleichen Atemzug die damit verbundene militärische Absicherung dieser Existenz abzulehnen und Israel als imperialistischen Apartheidstaat zu brandmarken, der das „palästinensische Volk“ unterdrücke und ausbeute.

Zum Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus

Den Vorwurf, selbst antisemitisch zu sein, weisen Linke jedoch weit von sich; eine zum linken Ticket gehörende Sensibilität, die sich auf Völkerverständigung und Minderheitenschutz beruft, gilt als Beweis, dass man genau so wenig Antisemit sein kön-

ne, wie man Rassist sei. Schon in dieser Argumentation wird deutlich, dass in der Linken weiterhin ein diffuses Verständnis des Antisemitismus vorherrscht: Er wird lediglich als eine Spielart des Rassismus betrachtet, die sich in diesem konkreten Fall eben gegen Jüdinnen und Juden richtet. Der Rassismus im Allgemeinen entspränge dem Hass auf das Fremde und der Furcht vor dem Unbekannten – sei also ein Vorurteil im strengen Sinne des Wortes – und der Antisemitismus im Besonderen sei demgemäß eine solche Fremdenfeindlichkeit gegen Juden und Jüdinnen. Der nationalrevolutionäre Hass auf den Zionismus und den „Dollar-Imperialismus“ kann in diesem Verständnis niemals als Antisemitismus begriffen werden – nicht zuletzt, weil eben diese ressentimenthaften Denkformen zur Grundausrüstung auch der Linken gehören.

Die Erkenntnis, dass es einen grundlegenden Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus gibt, ist auch nach der jahrelangen Befassung mit dem Antisemitismus noch keineswegs Allgemeingut. Das äußert sich unter anderem darin, dass in den gängigen Diskussionen dem Antisemitismus das Phänomen eines Antisemitismus zur Seite gestellt wird, unter dem mittlerweile so gut wie jede Kritik am Islam und dessen politischer Praxis subsumiert wird, und der als dem Antisemitismus gleichwertiges Phänomen verstanden wird.

Materialistische Kritik hätte kenntlich zu machen, dass der Rassismus historisch die Biologisierung von Produktivitätsgefallen darstellt, und dass er als gesellschaftlich notwendiger Schein kolonialer Praxis daraus entsprang, dass die Wertbestimmung kolonialer Arbeitskraft in Natur aufgelöst wurde, dass die kolonialen Arbeitskräfte auf Natur, auf quasi tierisches Dasein reduziert wurden. Sie wurden als „Minderwertige“ projiziert und ihre gesellschaftliche Stellung naturalisiert, die Erscheinung also für das Wesen genommen, sodass es an der Oberfläche erschien, als ob die minderwertige Behandlung einer „natürlichen Minderwertigkeit“ entspreche, wie auf der anderen Seite die Kolonialisierung der „natürlichen Überlegenheit“ der Europäer entspringe.¹ Der Rassismus ist eine objektive Verkehrung, an deren Aufrechterhaltung die kapitalisierten Subjekte interessiert sind, die sich ihre Tauglichkeit zur Verwertung als Naturmerkmal halluzinieren, und so die allumfassende Angst, der eigenen gesellschaftlich produzierten Überflüssigkeit überführt zu werden, abspalten und auf die „Fremden“ projizieren. Der Rassismus ist eine Ideologie der Konkurrenz, eine Feinderklärung an den „Anderen“, in dem wie verkehrt und wahnhaft auch immer, doch noch der Konkurrent, die Arbeitskraft und damit der Gleiche erkannt wird.

Gegen den vorherrschenden Rassismusbegriff wäre also kritisch einzuwenden, dass der Rassist am Ausländer gerade nicht das Fremde und Andersartige, die Differenz hasst, sondern vielmehr die Gleichartigkeit, die Ununterscheidbarkeit der als Subjekte konstituierten Individuen im Prozess der kapitalen Verwertung. Dass es in Zeiten des durchgesetzten Weltmarktes und seiner Krisen gerade kein natürlich scheinendes Kriterium gibt, dass den Einzelnen im globalen Konkurrenzkampf der für die Verwertung mehr und mehr Überflüssigen ihre produktive Verwertung sichert, nötigt diese umso mehr zum Beharren auf der eigenen Unverwechselbarkeit und der Attributierung der Konkurrenten als „Fremde“. Die Ununterscheidbarkeit der auf Kapitalproduktivität und Staatsloyalität festgelegten Monaden treibt diese zur Behauptung der Differenz und zur Forschung nach als natürlich imaginierten Merkmalen, welche die Zugehörigkeit zum „eigenen“ Kollektiv unhintergebar begründen und die als „fremd“ Attribuierten draußen halten sollen.

Statt nun aber die Willkürlichkeit der rassistischen Zuschreibung als Ausdruck der negativen Vergleichung durch Staat und Kapital zu kritisieren, beteiligt sich der Antirassismus – besonders in seiner ethnopluralistischen Form – an der Verschleierung eben dieses Mechanismus. Die Lüge der kollektiven Verschiedenheit, die ja dem Wunsch des Rassistens entspringt, der tatsächlichen, von der kapitalen Vergesellschaftung gesetzten und exekutierten Gleichheit der Konkurrenten zu entgehen, wird in der Anerkennung der „Verschiedenartigkeit der Kulturen“ affirmiert

und bloß positiv gewendet. Der Multikulturalismus als Resultat eines solchen Antirassismus nimmt den rassistischen Impuls auf, der die Verschiedenheit der Menschen nicht als je individuelle Qualität, sondern als Ausdruck eines je unentrinnbaren Kollektivs behauptet. Die Anerkennung der Menschen findet also nicht als besondere Individuen statt, sondern als Exemplare kulturell klar abgegrenzter Kollektivsubjekte. Die Einzelnen werden entindividualisiert und zu Repräsentanten „fremder Kulturen“ gemacht, deren Kritik als „eurozentristische Anmaßung“ aufgefasst wird. Der Antirassismus begreift sich als „Sprecher für die Anderen“ und baut dabei auf einer positiv verstandenen, aber ebenso wie der Rassismus ontologisierenden und naturalisierenden „kulturellen Identität der Menschen und Völker“ auf.

Der Rassismus ist eine objektive Denkform der warenproduzierenden Vergesellschaftung mittels derer die kapitalisierten Subjekte sich einer als natürlich imaginierten, unaufkündbaren Zugehörigkeit zum Kollektiv, zur Gemeinschaft der produktiv Tätigen versichern möchten. Die allumfassende Nötigung, die eigene Nützlichkeit im Gange der Verwertung, die den Einzelnen jederzeit seiner gesellschaftlich produzierten Überflüssigkeit überführen könnte, zu beweisen, ist solcherart aber nicht aus der Welt zu schaffen. Die Gemeinschaft entpuppt sich stets wieder als Zwangszusammenhang von Konkurrenten, die ihrem Ausgeliefertsein an Staat und Kapital nicht entgehen können. Die objektive Situation derer, die der negativen Vergleichung ausgesetzt sind, welche einerseits ihre Subjektivität perma-

nent setzt, diese aber ebenso permanent bedroht und hintertreibt, bringt den Hass auf das gleichmachende Prinzip und was damit identifiziert wird hervor. Die reale Abstraktion der warenproduzierenden Gesellschaft wird wiederum nach dem fetischistischen Muster konkretisiert und ontologisiert² als: die multinationalen Konzerne, das Finanzkapital, die Arroganz und Maßlosigkeit des Westens. „Die Feindschaft der Völker gegen die Globalisierung von außen entspricht der Feindschaft der Kollektivsubjekte gegen den Zersetzer im Inneren. In multipler Form entsteht so das ‚ewig jüdische Prinzip‘ neu, jenes das stets verneint (...).“³ Die kapitalisierten Subjekte halluzinieren sich ein personifiziertes negatives Prinzip, auf das alle „negativen“ Seiten der Moderne projiziert werden, dem Allmacht und Allgegenwärtigkeit unterschoben wird, und das so für alle empfundenen Übel und Ungerechtigkeiten verantwortlich gemacht wird.

Es existiert ein fundamentaler Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus: „So ereignet sich der

Rassismus im Rahmen von Vergleichung und Konkurrenz, während der Antisemitismus sich gegen die durch den Tausch gestiftete Vergleichung der Individuen als kapitale Subjekte wendet, welche er als Verschwörung abstraktifiziert und auf empirische Personen projiziert, die er ohne Rücksicht auf ihre Besonderheiten vernichten möchte. Antisemitismus ist der barbarische Aufstand aller Ressentimentgeladenen und Opferwütigen, egal, wie sehr sie mit welch ‚rassistischen‘ Vorwänden auch immer sich untereinander selbst ans Leder wollen.“⁴ Es ist allein der Antisemitismus, der als allumfassende Welterklärung auftritt und eine existentielle Feinderklärung vornimmt, die ohne Rücksicht auf alle individuellen und sozialen Eigenschaften vorgeht und alle von ihm Betroffenen auf bloße Opfer, auf zu vernichtendes Material reduziert.⁵ Er speist sich aus dumpfen Ressentiments und ist die konformistische Rebellion gegen die widersprüchliche und krisenhafte Konstitution der als kapitale Subjekte gesetzten Individuen und als solche gleichzei-

1 vgl. Peter Schmitt-Egner: *Rassismus und Wertgesetz. Zur begrifflichen Genese kolonialer und faschistischer Bewusstseinsformen.* In: Hans-Georg Backhaus (Hg.): *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie.* Nr. 8/9, Frankfurt/M. 1976

2 vgl. Moishe Postone: *Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch.* In: Michael Werz (Hg.): *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt.* Frankfurt a. M. 1995

3 Uli Krug: *Pazifistische Bruderschaft. Antirassisten und Nationalrevolutionäre gemeinsam gegen Zionismus und Globalisierung.* In: *Bahamas*, Nr. 37, 2002, S. 16

4 Clemens Nachtmann: *Drittes Reich, Dritte Welt, Dritter Weg. Über Rassismus und Antirassismus.* In: *Bahamas*, Nr. 43, 2003/04, S. 58 (Herv. i. Orig.). Zum grundlegenden Unterschied von Rassismus und Antisemitismus vgl. auch: Joachim Bruhn: *Unmensch und Übermensch. Über Rassismus und Antisemitismus.* In: Ders.: *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation.* Freiburg 1994

tig die bewusste Exekutierung der barbarischen Züge, welche die wertverwertende Vergesellschaftung in ihrem Verlauf aus sich selbst heraus produziert.

Der Antisemitismus ist so zu charakterisieren als fetischistische Revolte gegen das Kapital auf der Grundlage des Kapitals.⁶ Und genau darin, eine konformistische Rebellion gegen das Kapital auf dessen eigener Grundlage exekutieren zu wollen, gleicht der gesinnungsethische Antikapitalismus der Antiglobalisierer, Antiimperialisten und Antirassisten – bei allen oberflächlichen Unterschieden – der antikapitalistischen Revolte der Nationalsozialisten, was auch erklärt, warum der Antisemitismus ein notwendiges Moment all dieser Weltanschauungen ist.⁷

Der spontane Antikapitalismus, wie er derzeit Konjunktur hat, bezweckt letzten Endes nichts als die Lösung der Kapitalistenfrage, indem er Ausbeutung und Verelendung als Ausfluss egoistischer und raffgieriger Absichten und als rassistische Diskriminierung der Völker der Dritten Welt erklärt und darüber die Zusammenrottung der Verelendeten zum Verfolgerkollektiv betreibt. Als ein Beispiel unter unzähligen sei hier jene Rede erwähnt, welche

die indische Schriftstellerin Arundhati Roy bei der Eröffnung des Weltsozialforums in Bombay gehalten hat.⁸

Es ist der Antirassismus selbst, der den Rassismus nicht als eine objektive Gedankenform der globalen kapitalistischen Vergesellschaftung begreifen kann, sondern ihn zu einer Chiffre für Unrecht und Ungerechtigkeit schlechthin macht, der, je mehr er sich zum Deutungsmuster für gesellschaftliche Prozesse aller Art aufschwingt, die Ersetzung von Gesellschaft durch Gemeinschaft und damit die Rassifizierung der Gesellschaft höchstselbst betreibt.

Antiiperialismus als Antirassismus

Der Antirassismus in seiner heute gängigen Ausprägung hebt die Grundzüge des Antiimperialismus in sich auf und bringt sie damit zur Kenntlichkeit: Wie dieser ist er von einem manichäischen Weltbild geprägt, in dem wahlweise „die Herrschenden“ oder „der Westen“ als Rassisten aus reiner Bösartigkeit handeln und „die Völker“ oder „den Süden“ unterjochen und ausbeuten. Ein innerer Antrieb bewege den Rassismus, der wahlweise auch „Zivilisation“ oder „westliche Arroganz“ genannt wird, aus sich selbst heraus dazu, bodenständige Kul-

turen und deren harmonische und organische Existenzweise zu unterminieren und ihnen westliche Werte zu oktroyieren, um ihre Ausbeutung besser in Regie nehmen zu können. Dem Antirassismus wird Rassismus synonym mit Imperialismus und damit mit der Vorstellung von Herrschaft als durch Diskriminierung und Ausschluss legitimates Privileg, von Herrschaft als Usurpation und als Fremdkörper im homogenen Kollektiv des Volkes. In solcher Weltanschauung, die alles Übel von außen eindringenden Mächten anlastet, legt die antirassistische Ideologie sich schon vorab einen Feind zurecht, der für alle Übel der kapitalistischen Vergesellschaftung verantwortlich gemacht wird.

Der Antirassismus konserviert so die antiimperialistische Liebe zum Volk und den Hass auf das diesem als konkret wahrgenommenen Organismus entgegengesetzte abstrakte Prinzip, das sich ersteres unterjochen, es auflösen und beherrschen wolle, und das der konkretistischen Anschauung gemäß in „den Herrschenden“ personifiziert wird. Dieses verdinglichende und personifizierende Denken, diese Wahnidee einer Verschwörung des Westens gegen die „indigenen Völker und Kulturen“ lässt den Antirassismus jenem Denken bis zur Ununterscheidbarkeit ähneln, das sich eine solche Weltverschwörung immer schon als jüdische imaginierte. Nur scheinbar paradoxerweise ist es so gerade der heutige Antirassismus, der den Antiimperialismus auf seinen völkischen Begriff bringt.

Der antiimperialistische Antirassismus ist ein Kampf gegen den Kapitalismus, aber keinesfalls ein – wie es sich im Sprachgebrauch der Linken

eingebürgert hat – verkürzter, was bedeuten würde, dass er dem Wunsch nach Emanzipation entspränge und lediglich um ein paar Kritikpunkte „verlängert“ werden müsste.⁹ Vielmehr ist dieser Antikapitalismus das Gegenteil von emanzipatorischer Umwälzung auf dem höchsten Niveau bestehender Vergesellschaftung. Er will stattdessen in einem einseitigen Angriff auf die als abstrakt abgespaltenen Seiten der Warenproduktion das Konkret-Natürliche retten und entspricht darin genau der antisemitischen Denkform. Die Form der wertförmigen, über das Geld vermittelten Vergesellschaftung wird nicht deswegen kritisiert, weil sie irrational wäre und weil die von ihr gesetzte Individualität als Anhängsel der Wertverwertung eine ideologische und krisenhafte ist, sondern weil längst schon keine Gesellschaft von Individuen mehr gedacht, geschweige denn verwirklicht werden soll, sondern lediglich ein barbarisches Kollektiv, das nur über Projektion, also gesinnungsethische Zurichtung der Welt hergestellt werden kann: die Zivilisation soll zugunsten der völkischen Gemeinschaft aufgelöst werden.

Je mehr der Antiimperialismus sich von emanzipatorischen Gedanken verabschiedete und zur reinen Legitimationsideologie nationalistischer und islamistischer Regression wurde, umso mehr rückte der Begriff der „Kultur“, welcher der „totalitären Universalisierung“ durch den Westen entgegengehalten wurde, in den Mittelpunkt linken Denkens. Volk und Kultur aber sind als der genaue Gegensatz zur freien Entfaltung der Individualität, als Gegenbegriffe zu jeder emanzipatorischen Bestrebung zu charakterisieren.

⁵ Nicht umsonst haben die Nationalsozialisten das Judentum nicht als eine Rasse unter vielen aufgefasst, sondern konsequent als „Gegenrasse“, als „Anti-Volk“, als die Verkörperung des negativen Prinzips schlechthin.

⁶ vgl. Gerhard Scheit: *Bruchstücke einer politischen Ökonomie des Antisemitismus*. In: *Streifzüge*, Nr. 1, 1997

⁷ vgl. Stephan Grigat: *Der Haß der Antiglobalisierungsbewegung auf Israel. Eine Kritik der No-Globals und ihrer Kritiker*. In: *AsTA der Geschwister Scholl Universität München* (Hg.): *Spiel ohne Grenzen. Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung*. Berlin 2004

⁸ <http://www.attac.info/mumbai2004/?NAVI=1016-115134-14de>

⁹ vgl. Grigat, a. a. O.

Sie sind die Kategorien der Transformation der bürgerlichen Gesellschaft in völkische Gemeinschaft, der Kassation aller Emanzipation, welche die Aufklärung über sich hinaus-treiben könnte. Gegen die vom Kapital gesetzte Individuation, die zu kritisieren wäre, weil es genau die Bewegung des Kapitals ist, die sie als widersprüchliche setzt und an deren Imperativen sie permanent zu Schanden gehen muss, will die antirassistische Ideologie die repressive Wärme des autochthonen Kollektivs setzen, jener Gemeinschaft die von jeglicher Individuation befreit ist und in welcher der Einzelne mit Haut und Haar aufzugehen hat.

Dieser Antirassismus ist ein Ausdruck der Sehnsucht nach Ursprünglichkeit, jener Regression, die augenblicklich angesichts der Krise weltweit auf dem Vormarsch ist. Die unter dem permanenten Zwang zur produktiven Selbstverwertung stehenden Subjekte rühren darin nicht an den gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen Menschen überflüssig werden können, sondern versuchen die Ablösung der Naturverfallenheit durch die Totalität des Werts rückgängig zu machen und streben so einen Zustand an, in dem die Menschen wieder unmittelbar mit Natur identisch werden. Die Gesellschaft soll in identitäre, gemeinschaftliche Elendselbstverwaltung überführt werden, die durch rigide Moral und das aggressive Einklagen eines Opferstatus zusammengehalten wird. Dieses Einklagen eines Opferstatus ermöglicht es nicht nur, sich als „verfolgende Unschuld“ (Karl Kraus) zu präsentieren, die in der Verfolgung des imaginierten Verursachers der als Übel und Ungerechtigkeit

empfundenen gesellschaftlichen Verhältnisse immer nur in Notwehr auf einen äußeren Aggressor zu reagieren beansprucht – gleichzeitig wird diese Enthemmung auch gegen jede Kritik immunisiert. Durch die Selbstentmündigung mittels der Reklamierung des Status als bloßes Opfer verbitten sich die Kollektive nicht nur jede Einmischung sondern auch jede Kritik von vornherein als ethno- oder eurozentristische Arroganz und als Rassismus.

Solcherart regressive Gemeinschaft ist den Antirassisten wie den No-Globals insgeheim Vorbild und dementprechend taucht sie auch immer wieder in den einschlägigen Veröffentlichungen der Szene auf: als Landkommunen, „indigene Kulturen“ oder Befreiungsbewegungen. Was an den „alternativen Lebensformen“ so bewundert wird, ist das natürlich-konkrete Dasein, die Verbundenheit zwischen Volk und Boden. Dieser Lebensweise wird unterstellt, eine ausbeutungsfreie Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform zu sein, und eben diese Betrachtungsweise birgt den Antiamerikanismus und Antisemitismus fast zwangsläufig in sich: Dass die Welt als Zoo identitärer Menschenhorden – sprich Völker oder Kulturen – nicht funktioniert, erfordert es geradezu, dass Israel und die USA als Verhinderer einer gerechten Weltordnung herhalten müssen.

Der antirassistische Kampf gegen Israel

Die objektive Einrichtung der Welt sowie das Elend, das die kapitalistische Vergesellschaftung vermittelt über den Weltmarkt in den Ländern der Dritten Welt hervorruft, gilt dem antirassistischen Blick als



Zeitgenössische Antirassisten: Aufmarsch der Hisbollah

„Anmaßung des Westens“ und die im Begriff des Kapitals liegende Universalisierung der Warenproduktion und -zirkulation gilt als fremdbestimmte und zwangsweise „Modernisierung von oben“. Gegen die so verstandene Grenzüberschreitung des Abstrakten wird die Verteidigung von Kultur, Identität und Gemeinschaft beschworen. Der Antirassismus, der die Welt nicht als globale kapitale Wertvergesellschaftung begreifen kann, erweist sich als eine Denkform, die Herrschaft nicht anders sich vorzustellen vermag denn als äußere Verfügung über ein an sich autarkes Gefüge, als Usurpation und Fremdherrschaft, die auf anonymen, geheimer Verschwörung gründet und greifbar wiederum nur ist an ihren Exponenten. Er betreibt so eine Idealisierung und Naturalisierung des Volkes, das sich von dieser Fremdherrschaft losreißen müsse, um seine „produktiven Kräfte“ für sich selbst zu entwickeln und damit eine Gemeinschaft, die sich nicht am Eigen- sondern am Gemeinnutz orientiert. Gleichzeitig ist und bedient

der antiimperialistische Antirassismus das Ressentiment gegen Weltmarkt und Kosmopolitismus und propagiert die Mobilisierung einer moralisch konkreten, völkischen Politik gegen die universalistisch-abstrakte: Das Völkerrecht kann in seinen Augen nur dann konkret werden und seine menschenrechtlichen Funktionen ausüben, wenn die abstrakte Macht der USA gebrochen und deren nicht-völkischer Menschenrechts-Universalismus beseitigt ist.¹⁰

Die Linke hegt ihre Vorstellung von Völkern und Kulturen als natürlichen Organismen, deren ureigenste und harmonische Existenz durch westlichen Kolonialismus und Imperialismus zerstört wurde, und deren antiimperialistische Selbstbehauptung bedingungslos unterstützt werden müsse. Dem antirassistischen Denken gilt der gegenwärtige Zustand der Welt als ein einziger Angriff des „arroganten Westens“ auf die geliebten Kollektive, Völker und Kulturen und allein deswegen schon als rassistisch. Die Aggressionen letzterer dagegen erscheinen so mindestens nachvoll-

10 vgl. Gerhard Scheit: *Monster und Köter, großer und kleiner Teufel. Thesen zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus*. In: Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken/Andrea Woeldike (Hg.): *Amerika. Der ‚War on Terror‘ und der Aufstand der Alten Welt*. Freiburg 2003, S. 86

ziehbar und immer nur als Reaktionen auf die erfahrenen Beleidigungen, warum auch noch das abscheulichste islamistische Verbrechen „irgendwie verständlich“ und letzten Endes nur eine Reaktion auf die westliche, vorzugsweise US-amerikanische Politik sei. Der Terror wird aufgefasst als „irgendwie ja doch gerechtfertigte Selbstverteidigung gegen das Überstülpen der westlichen Kultur und Ökonomie, das gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstößt.“¹¹ Noch die schlimmsten antisemitischen Massaker werden so als Reaktion der gekränkten Kulturen durch die universalistische Weltmacht verstanden, als kulturelle Notwehr gegen die „rassistische Globalisierung“.

Der antirassistischen Ideologie ist die kapitalistische Vergesellschaftung also kein objektiver gesellschaftlicher Zustand, sondern eine gegen die Dritte Welt gerichtete, bewusst intendierte Gewalttat. Aus dieser Subjektivierung des gesellschaftlichen Zusammenhangs leitet sie unmittelbar ein Notwehrrecht gegen die halluzinierten Personifikationen, die für alles Elend auf der Welt verantwortlich gemacht werden, ab. Diese Notwehr wird folglich auch nicht als Krieg, sondern als völkisch-kulturelle Notwendigkeit verstanden. Aus dieser Sicht sind es schließlich nur noch die USA und Israel, die Krieg führen. Und mitunter wird Israel auch noch abgesprochen, sich im Krieg zu befinden, da sein Kampf gegen den antisemitischen Terror sich nicht gegen einen Staat richte, und es doch nur Staaten seien, die Krieg gegeneinander führen könnten, was die militärischen Aktionen Israels als reinen Staatsterrorismus ausweise.

So entpuppt sich der linke Antirassismus als politisch korrekte Form, den Israel-Hass in ein moralisch vermeintlich einwandfreies Gewand zu kleiden. Ein halbes Jahrhundert nach der Shoa scheint es gelungen, das „Nie wieder“, das die Linke zur Maxime ihres Handelns machen wollte, gegen die Opfer von einst zu wenden. Ein neuer Antisemitismus nach Auschwitz nimmt immer bedrohlichere Gestalt an. Er knüpft an seinen Vorgänger besten Gewissens an, während er gleichzeitig beständig vor ihm warnt. Das ist es, was Alain Finkielkraut gemeint hat, als er davon sprach, dass der neue Antisemitismus einer sei, der im Gewand des Antirassismus und der Menschenrechte auftritt.¹² Bereits 1969 warnte Jean Améry vergeblich vor dem in der Linken sich ausbreitenden „ehrbaren Antisemitismus“: „Der israelische Unterdrücker, der (...) friedliches palästinensisches Land zerstampft. Anti-Israellismus, Anti-Zionismus in reinstem Vernehen mit dem Antisemitismus von dazumal, (...) wie sich endlich die Bilder gleichen! Doch neu ist in der Tat die Ansiedlung des als Anti-Israellismus sich gerierenden Antisemitismus auf der Linken. (...) Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestreitung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt.“¹³ Unter dem Schlagwort des Antirassismus wird Israel dämonisiert und delegitimiert und der Begriff des Rassismus in sein Gegenteil verkehrt, so dass nicht mehr der Wahn, Scharia und Tyrannei seien die natürlichen Lebensformen „indigener Völker“ als rassistisch gilt, sondern die Selbstverteidigung Israels gegen den

antisemitischen Terror und damit die Existenz des jüdischen Staates selbst.

Schon diese Existenz gilt als rassistisches Verbrechen – das ist die Grundlage der UNO-Resolution von 1975, nach der Zionismus Rassismus sei, und dies ist auch die Grundlage der Verteufelung Israels auf der *Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung Fremdenfeindlichkeit und verwandte Intoleranz* im September 2001 in Durban, auf der die zivilgesellschaftlichen NGOs in trauter Eintracht mit den nationalstaatlichen Regierungen Israel als Apartheidstaat brandmarkten. Dass Israel überhaupt existiert, dass es sich verteidigt und von den USA darin bis jetzt unterstützt wird, das wird als eine „rassistische Anmaßung“ gegenüber dem „palästinensischen Volk“ wie der „arabischen Nation“ aufgefasst. Weil der Judenstaat kein „echter“ Staat mit der üblichen völkischen Tradition sein kann, sondern nur ein „künstliches imperialistisches Gebilde“, sei er eine permanente Verletzung der Menschenrechte der Palästinenser.

Der Antizionismus, mit seiner Entgegensetzung des „künstlichen zionistischen Gebildes“ gegen den organischen Volksstaat ist die geopolitische Reproduktion des Antisemitismus. Der Prototyp des or-

ganischen Kollektivs sind dem auf Natürlichkeit versessenen Antirassisten die Palästinenser; der Prototyp der abstrakten Staatsbildung schlechthin, der „westlichen Dekadenz und Arroganz“, ist Israel. Allein seine Existenz und die Verteidigung derselben sei eine Verletzung des Blutrechts der Palästinenser auf „ihren“ Boden. Diese Verletzung wie überhaupt jede weitere Kritik an arabischem Nationalismus sowie am Islam und dessen politischer Praxis sei rassistisch. So geht der Kampf gegen Israel eine immer engere Verbindung mit dem Ressentiment gegen den Westen und den Kapitalismus ein. Es ist die Herausbildung einer antisemitischen Internationale zu beobachten, für die der jüdische Staat sowie in weiterer Folge die Jüdinnen und Juden weltweit alles repräsentieren, was schon dem Imperialismus zugeordnet wurde: Ausbeutung, Apartheid, Rassismus, ausländische Aggression und Okkupation. Israel ist dem antirassistischen Weltbild vom „Vorposten des Westens“ mehr und mehr zu dessen eigentlichem Zentrum geworden¹⁴ – Ausdruck dessen, dass der Antisemitismus notwendiger Bestandteil der Sorge um die diversen unterdrückten Völkerschaften und Kulturen und der ethischen Verantwortung für das Ganze ist.

11 Info-Radio Berlin vom 9. 10. 2002

12 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 11. 2003, S. 39

13 Jean Améry: *Der ehrbare Antisemitismus*. In: Ders.: *Widersprüche*. Stuttgart 1971, S. 242

14 Dies äußert sich unter anderem darin, dass neben das Bild von Israel als „Brückenkopf“ oder „Flugzeugträger“ der USA immer häufiger die Beschworung einer „jüdischen Lobby“ tritt, welche die USA regiere, zu ihrem gnadenlosen Vorgehen erst treibe und etwa auch hinter dem Krieg gegen den Irak stecke, um damit die Interessen Israels zu wahren. Der absolute Feind, der hinter allen als Übel und Ungerechtigkeit begriffenen Erscheinungen steht, ist dieser Weltanschauung immer derselbe: das phantasierte Judentum.

Outsourcing der Menschenverwaltung

Privatisierung in der Flüchtlingsbetreuung

Die Versorgung von AsylwerberInnen ist in der Genfer Flüchtlingskonvention als Aufgabe des Staates klar geregelt. In Österreich ist damit das Innenministerium verantwortlich. Die Grundversorgung für AsylwerberInnen war in Österreich schon in der Vergangenheit nur rund einem Drittel, im letzten Jahr nur noch einem Fünftel der Schutzsuchenden zugänglich, nicht zuletzt durch die rechtswidrige Richtlinie, die Staatsbürger aus bestimmten Staaten von vornherein ausschloss. Spätestens nach dem zweiten Urteil des Obersten Gerichtshofs im September 2003 war klaggestellt, dass der Bund für die Versorgung aufzukommen hat. Statt diesen Gerichtsbeschluss umzusetzen, änderte Innenminister Strasser die gesetzlichen Grundlagen so, dass wiederum viele AsylwerberInnen auf die Straße gesetzt werden konnten. Im Dezember vereinbarte Strasser mit den karitativen Organisationen eine Winterlösung für AsylwerberInnen. Der „Weihnachtsfrieden“, der die Unterbringung aller AsylwerberInnen bis Ende April sicherstellen sollte, beschert nun EHC ein völlig überfülltes Lager in Traiskirchen, aber auch entsprechende Einnahmen. Wer sich nach Traiskirchen begibt und den Ausführungen des Leiters

von *European Homecare*, Eckhart Wilcke, lauscht, dem offenbart sich der triste Alltag eines Flüchtlingslagers, das nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt wird.

European Homecare GmbH ist ein seit 1989 bestehendes Unternehmen mit rund 220 MitarbeiterInnen und versorgt in Deutschland im staatlichen Auftrag rund 4000 Flüchtlinge in 20 Heimen, vorwiegend in ehemaligen Kasernen im Osten Deutschlands. In Österreich erregte EHC erstmals durch die Rückkehrberatung in Traiskirchen Aufsehen, mit der sie Mitte Oktober 2002 ohne öffentliche Ausschreibung vom Innenministerium beauftragt wurde. Die deutsche Firma hatte bis dahin keine Erfahrungen mit dieser sensiblen Materie und betrieb sie anfangs sehr unprofessionell, da sie glaubte, eben erst Angekommene zurückkehren zu können, ohne auf den Zermürbungsfaktor Österreich zu setzen. „Jetzt läuft's sehr gut“, so Wilcke.

Seit 1. Juli 2003 ist *European Homecare* für den Betrieb der vier Bundesbetreuungseinrichtungen in Traiskirchen, Thalham, Bad Kreuzen und Reichenau zuständig. Das Konsortium aus erfahrenen NGOs wurde von EHC ausgebootet, denn es hatte in seinem Konzept die

Kosten für die Betreuung höher als bisher angesetzt. Doch das ministerielle Schlagwort „Professionalisierung und mehr Qualität für Asylwerber“ misst sich offensichtlich einzig am Preis. Davor betrug der Satz für einen Tag in Bundesbetreuung pro Person 15 Euro; EHC bietet diese „Dienstleistung“ zum Dumpingpreis von 12,89 Euro an. Bei einer derzeitigen Belegung von 1741 Flüchtlingen bedeutet dies Einnahmen von rund 673.244 Euro monatlich. Davon sind 50 MitarbeiterInnen (davon 15 SozialbetreuerInnen) und die Mitarbeiter des *Österreichischen Wachdienst*, die Kosten für die Unterbringung sowie für die Verpflegung, Winterbekleidung, Hygieneartikel, Schulunterlagen und Transporte zu bezahlen. „Es bleibt sehr wohl etwas übrig, aber sehr, sehr minimal“ so Wilcke. In Hinblick auf den Aufbau eines europaweiten Images und das Spekulieren auf Folgeaufträge kann es jedoch dienlich sein, Aufträge anzunehmen, die betriebswirtschaftlich nicht so rentabel sind wie vielleicht erhofft.

„Essen Scheiße“

Obwohl JournalistInnen nicht mit Flüchtlingen sprechen dürfen und ständig unter Begleitung eines Innenministeriumsbeamten sind, sagt eine Frau mit einem

Die Betreuung von AsylwerberInnen wird von den westlichen Staaten zunehmend an private Anbieter delegiert, die auf dem freien Markt konkurrieren. Die Firma *European Homecare* (EHC) bietet Betreuung in deutschen und seit einem halben Jahr auch österreichischen Flüchtlingslagern an. Vom Innenministerium werden Leistungen von NGOs gekauft, von denen kritiklose Aufgabenerfüllung erwartet werden kann.

VON IRENE MESSINGER*

*) Irene Messinger ist Mitarbeiterin der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung in Wien (www.deserteursberatung.at).

kleinen Kind an der Hand in einem unbeobachteten Moment: „Lager Katastrophe, Essen Scheisse“. Damit konfrontiert, miemt Wilcke Unverständnis: Das Essen sei völlig in Ordnung, denn er esse das auch täglich. Trotzdem sehen wir viele Menschen mit Lebensmitteln ins Lager kommen, die sie sich wohl nicht zum Spass von 40 Euro Taschengeld kaufen. Das Fleisch wird von der Firma *Apetito* aus Deutschland eingeflogen und hier aufgewärmt. Der Zufall will es, dass die Firma dem Bruder des Geschäftsführers Korte gehört. In Köln haben sich

im Herbst 2002 Roma gegen die Zwangsversorgung durch *Apetito* mittels Blockade der Lagerzufahrt gewehrt, bis sie wieder Geld von der Stadt bekamen, um sich selbst versorgen zu können. In Traiskirchen sind die Menschen aber auf dieses Essen angewiesen und „es wird ja jeder satt“. Das Lager selbst wird vom Innenministerium zur Verfügung gestellt, der laufende Betrieb ist Sache von EHC. Auf den verwahrlosten Zustand der Gebäude angesprochen, meint Wilcke, er sei zu Renovierungsarbeiten „nicht befugt“, denn er sei „angewiesen auf die Republik Österreich“. Einerseits ist EHC „Auftragnehmer und Dienstleister“, andererseits will es ein herzeigbares Lager verwalten, ohne jedoch Druck auf das österreichische Innenministerium ausüben zu können oder zu wollen.

Die Flüchtlinge im Lager Traiskirchen leben in Häusern mit bis zu 900 Menschen, in Zimmern mit bis zu 50 Personen auf engstem Raum zusammen, unter miserablen sanitären Bedingungen, eine ungewisse Zukunft vor Augen, ohne zu wissen, ob und wie lange sie im Lager bleiben werden. Sie wurden schon bisher nicht betreut, sondern verwaltet. Menschen, die meist traumatisiert oder zumindest durch Flucht, Festnahme und Lagerleben gezeichnet sind, wird keine therapeutische Unterstützung zuteil. Nach Aussagen von Wilcke sind von den momentan 1741 Menschen im Lager „zwei bis drei“ traumatisiert. Auf die Nachfrage, wie das „geschulte“ Personal sie erkennt: „Das sind die, die herumlaufen und nicht mehr wissen, was sie tun.“

EHC hat zugesagt, alle frühen staatlichen MitarbeiterInnen der Bundesbetreuung zu übernehmen, also Privatisierung mit staatseigenem Personal, und Wilcke ist sichtlich stolz, dass er „zu 95 oder gar 98% Arbeitsplätze für Österreicher bietet“. Folgen wir seiner Logik, müsste das Lager, das für rund 800 Menschen angelegt ist, überbetreut sein, denn nach deutschen Erfahrungen sei ein Betreuungsschlüssel von 1 BetreuerIn für 100 Flüchtlinge „mehr als ausreichend“. Die „Schulung“ der MitarbeiterInnen sei EHC wichtig, doch scheint sich diese auf interne Besprechungen mit KollegInnen aus der Geschäftszentrale in Essen, sowie auf regelmäßige Hinweise darauf, dass alle „Schutzbefohlenen“ gleich zu behandeln seien, zu reduzieren.

Da AsylwerberInnen nicht arbeiten dürfen, besteht die einzige legale Möglichkeit darin, Arbeiten im Lager für behördlich festgelegte drei Euro pro Stunde zu übernehmen; in Deutschland liegt der Satz bei einem Euro. Der Regionalleiter von *SOS Menschenrechte* Traiskirchen, Klaus Neumann, betont die Wichtigkeit dieser Beschäftigungsmöglichkeit im Lager, berichtet von Schwarzarbeit in der Wiener Gastronomie um 1,20 Euro und spricht in diesem Zusammenhang von Ausbeutung. Die muss demnach wohl irgendwo zwischen diesen beiden Beträgen beginnen.

Für das Betreten des Lagers muss dem Wachdienst eine Karte vorgewiesen werden, die neuerdings mit einem Lesegerät geprüft wird. Es ist daher möglich auszuwerten, wer wann das Lager verlässt und wieder kommt, eine Überwachung, die auch

Rückschlüsse auf Arbeitsverhältnisse ermöglichen würde, doch Wilcke verwehrt sich dagegen, dass solche Daten weitergegeben werden könnten.

Dem Innenministerium, das als Auftraggeber fungiert, erwachsen neben der Kostenfrage zahlreiche Vorteile daraus, eine Firma zu beschäftigen. Ein abhängiges Dienstleistungsunternehmen stellt keine lästigen menschenrechtlichen Fragen oder plädiert gar für die Einhaltung von Mindeststandards. Eine Privatfirma lässt auch sicherlich keine öffentliche Kritik an den katastrophalen Zuständen im Lager verlauten. Sollte die Situation eskalieren, wie im Sommer 2003, als es zu einer Massenschlägerei gekommen war, die ein junger Tschetschene mit dem Leben bezahlt hat, oder wie bei den kürzlich verlauteten Vorwürfen der Vergewaltigung sowie Folter- und Misshandlung, ist es für Strasser praktisch, sich auf das Versagen der Privatfirma ausreden zu können. Die Verantwortung wird abgeschoben.

Dieselbe Strategie bietet sich auch für EHC an, wenn es um die Vergewaltigung einer Asylwerberin durch einen Mitarbeiter des von ihr engagierten Wachdienstes geht. Wilcke behauptet, dass die Ermittlungen gegen den angeblichen Täter eingestellt seien, während dieser weiterhin in Untersuchungshaft ist und von einer Einstellung der Ermittlungen nicht die Rede sein kann. Mediales Herunterspielen und Anlassverbesserungen ändern nichts an den strukturell angelegten und fast zwangsläufig skandalträchtige Vorfälle produzierenden Zuständen. Heinz Patzelt, Generalsekretär von *amnesty international österreich*

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd



»... über die Jahre im Spitzenfeld politischer Zeitschriften überhaupt...«
WDR

Die iz3w berichtet alle sechs Wochen über die Zumutungen des globalen Kapitalismus, über Soziale Bewegungen, Rassismus, Ökologie, Literatur und kritische Theorien.

52 Seiten, Einzelheft € 4,-
Abo € 32,- / erm. € 26,-

informationszentrum 3. welt
Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

reich sieht sich aufgrund der Foltrevorwürfe gezwungen, Traiskirchen „als ein Lager zu qualifizieren, in dem Angst und Einschüchterung herrschen“ – keine gute Reputation für EHC.

Doch EHC ist bereits mit der spanischen und englischen Regierung in Gesprächen über weitere Aufträge und sieht auch in der Osterweiterung eine Chance: „Die Flüchtlinge sind in ganz Europa, und sie sind ja auch jetzt schon in den Beitrittsstaaten, und auch diese Länder, davon bin ich persönlich überzeugt, werden irgendwann dazu übergehen, an private Betreiber zu übergeben und dann wird es dort genauso Ausschreibungen geben, und dann werden wir uns auch da beteiligen.“

Auch in Bezug auf die Aufgaben ist EHC flexibel und hat keine Skrupel Aufgaben zu übernehmen, die NGOs bislang abgelehnt haben: „Wenn sich andere Bereiche anbieten, werden wir das tun, so wie wir momentan auch Betreuung in einer Abschiebeeinrichtung machen in Deutschland“. Wilcke sieht beispielsweise kein Problem darin, die Betreuung in Schubhaft mit Rückkehrberatung zu kombinieren – dass es keine ‚freiwillige‘ Rückkehr aus der Zwangssituation in Schubhaft geben kann, sieht er nicht.

Im Februar 2003 wurde der Vertrag für die Schubhaftbetreuung mit der Caritas und der Volkshilfe gekündigt und diese Aufgabe an den neugegründeten Verein Menschenrechte Österreich unter Günther Ecker übertragen. Der Zugang zu den Gefangenen ist seither erschwert und es dringen kaum noch Informationen nach aussen. Günther Ecker wurde

bis jetzt aus beinahe allen NGO-Zusammenhängen wegen seiner guten Beziehungen zum Innenministerium ausgeschlossen. Er und alle Organisationen, die er noch gründen könnte, können unter dem Begriff GONGO (government organised Non-government Organisation) subsumiert werden. Auch von diesen kann eine kritikalose Aufgabenerfüllung erwartet werden.

Laut Verordnungsentwurf sind für die Erstaufnahmezentren die Gemeinden Traiskirchen (NÖ), Thalham in St. Georgen im Attergau (OÖ) und Schwechat (NÖ) vorgesehen. Zufälligerweise sind dies jene Bundesländer, in denen SOS Menschenrechte für die Schubhaftbetreuung und damit möglicherweise auch für die Beratung in den Erstaufnahmezentren zuständig sein wird.

Abschiebeindustrie

Mit 1. Mai tritt das neue Asylgesetz in Kraft, aufgrund dessen nur die wenigsten Flüchtlinge zum Asylverfahren zugelassen werden. Der Großteil kann dann gleich abgeschoben werden. Durch diese Reduzierung der AsylwerberInnenzahlen kann Strasser die gemeinsam mit den Ländern finanzierte und bereits unterzeichnete Grundversorgungsvereinbarung umsetzen. Diese widerspricht allerdings in vielen Punkten der EU-Richtlinie, nach der alle AsylwerberInnen ab 5. Februar 2005 untergebracht werden müssen, denn auf die staatliche Versorgung besteht weiterhin kein Rechtsanspruch.

Diese faktische Abschaffung des Asylrechts bedeutet für die privatisierte Flüchtlingsbetreuung lediglich eine Änderung des Geschäftsfel-



des: In Lagern wie Traiskirchen erhöht sich wahrscheinlich nur die Durchlaufgeschwindigkeit, hinzu kommen werden ein erhöhter Aufwand für die Sicherheit, da ein unbegründetes Verlassen des Areals untersagt ist, und neue Aufgaben in der Rückkehrberatung – an denen European Homecare sicherlich auch wachsen wollen wird, um sich gegen die anderen international tätigen Mitbieter behaupten zu können.

Auch andere internationale Organisationen im Migrationsgeschäft sorgen für die Umsetzung einer restriktiven Asyl- und Rückkehrpolitik, die Sicherung der Festung Europa und eine Zerschlagung der Fluchtrouten nach Europa. Die International Organisation for Migration oder das International Center for Migration Policy Development betrachten die nationalen Regierungen als ihre Kunden, für die sie selbstverständlich alles machen können. Vermehrt steht nicht der Schutz der Flüchtlinge, sondern das vermeintliche Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung im Vordergrund. Bei der Verwahrung in Abschiebegefängnissen profitieren Firmen wie der weltweit zweitgrößte Sicherheitskonzern Group 4 Falck,

der unter anderem sechs britische Schubgefängnisse bewacht. Auch Abschiebungen werden zum Geschäft, an dem Reisebüros und Fluglinien verdienen, wenn beispielsweise die Niederlande in den nächsten drei Jahren insgesamt 26.000 abgelehnte Asylsuchende abschieben.

Die Situation in den Flüchtlingslagern interessiert abseits von Skandalen medial nicht. Die gefährliche Kombination aus Verschwiegenheit seitens der Lagerleitung und Abhängigkeiten seitens der gekauften NGOs macht es immer schwerer, Informationen zu bekommen und öffentlich Kritik zu üben. Die Asyl- und Abschiebemaschinerie funktioniert immer reibungsloser.

Auch das Abschiebegeschäft könnte in Zukunft nach ministerieller Ausschreibung zu den Tätigkeitsfeldern von Privatanbietern gehören. Wilcke, ehemaliger Offizier der Nationalen Volksarmee der DDR und nun Leiter einer aufstrebenden Firma, meint dazu: „Wir transportieren ja heute schon Flüchtlinge, nämlich von Traiskirchen in irgendwelche Gasthöfe, und ob das nun ein Bus ist, ein Zug oder ein Flugzeug, ist egal, weil wir betreuen die Leute bis zum Schluss.“

Grenzsicherungspolitik

Illegale Migration nach Spanien

Die Regierung in Madrid betreibt Abschottungspolitik nach europäischen Standards, versucht aber gleichzeitig, das Bedürfnis der Unternehmer nach billigen Arbeitskräften zu befriedigen.

VON MONIKA EIGMÜLLER*

„Die neueste Technologie auf den Gebieten der Bewegungsmelder, Radartechnik, Informatik und Kommunikation erlaubt uns, ein integriertes System anzubieten, mit dessen Hilfe Aussagen über Identität und Bewegungen von Schiffen getroffen werden können. (...) Zu einem wirklich konkurrenzfähigen Preis bieten wir eine unschätzbare Unterstützung der Überwachungs- und der Grenzsicherungskräfte, die im Kampf gegen illegale Migration stehen, an – mit Erfolgsgarantie.“

Dieser Text, entnommen einer Broschüre der Firma AMPER, ist Teil der neuen Realität in Spanien. Vormaliges Land der Emigration, wandelte sich Spanien, wie alle südlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, seit den 80er Jahren in ein Land der Immigration. So jung die Geschichte der Zuwanderung nach Spanien, so jung auch das Bemühen, die Grenze vor unliebsamen Zuwanderern zu schließen. Dies beginnt Mitte der achtziger Jahre mit den Beitrittsverhandlungen Spaniens zur EU und verschärft sich Anfang der 90er Jahre mit der Etablierung des europäischen Schengenraums. Erst mit Schengen nahm auch die Logik der Festung Europa Gestalt an. Spanien wurde für die Sicherung einer der bedeutendsten Außengrenzen Europas zu-

ständig.

Den europäischen Auftrag der Migrationsverhinderung nimmt Spanien sehr ernst. In den vergangenen Jahren wurden die Grenzsicherungsanlagen massiv ausgebaut und modernisiert, Personal verstärkt und gezielt für den Kampf gegen die illegale Einwanderung ausgebildet. Daneben hat eine Reihe von Reformen im Bereich der Ausländergesetzgebung dazu geführt, dass einerseits legale Zugangsmöglichkeiten zum Land immer stärker eingeschränkt wurden und sich andererseits die rechtliche und soziale Situation von Migrantinnen und Migranten im Land immer weiter verschärfte.

Dennoch reißen die Migrationsströme nach Spanien nicht ab, ganz im Gegenteil: Im Jahr 2003 ist Spanien das europäische Zielland Nummer 1 für illegale Zuwanderung. Zu erklären sind sowohl das Scheitern der Politik als auch die nicht abbreißenden Migrationsströme mit der Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt.

Migration nach Spanien ist, abgesehen von der inner-europäischen Zuwanderung, Arbeitsmigration, und zwar aus Ländern, die ein deutliches Wohlstandsgefälle gegenüber Spanien aufweisen. Sie kommen nach Spanien, weil ihre Arbeitskraft hier nachgefragt wird – Teile der spanischen Ökonomie würden zusammenbrechen, gä-

be es nicht die Migrantinnen und Migranten, die auf den Obstplantagen, in den Hotels und Restaurants, auf dem Bau und in privaten Haushalten die Arbeiten verrichten würden, denen die Spanier nicht mehr nachgehen wollen. Diese bestehende Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften taucht in den Zuwanderungskonzepten der spanischen Politik jedoch kaum auf. Es existieren lediglich halbherzige Versuche der legalen Arbeitskräfteanwerbung mittels festgelegter Kontingente; halbherzig, da die Quote für Arbeitserlaubnisse seit 1993 relativ stabil ist, wohingegen die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften bereits zwischen 1993 und 1999 um 38% gestiegen ist.

Resultat dieser Politik, welche die Gegebenheiten der inländischen Arbeitskräftenachfrage ignoriert, ist zum einen eine Schattenwirtschaft, die mittlerweile auf gut 23% des Bruttoinlandsproduktes geschätzt wird, und zum anderen eine ständig wachsende Zahl an Menschen, die sich ohne Papiere in einer vollkommen rechtlosen Situation im Land aufhält. Rund 29% der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind im informellen Sektor beschäftigt, davon immerhin fast 6% mit einer gültigen Arbeitserlaubnis.

Profiteure dieser Situation sind in erster Linie die

*) Monika Eigmüller arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Leipzig.

spanischen Unternehmer, die auf billige und leicht auszu-beutende Arbeitskräfte zurückgreifen können. Denn Migranten und Migrantinnen arbeiten zum überwiegenden Teil in prekären Beschäftigungsverhältnissen, mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von bis zu 50 Stunden und einem durchschnittlichen Einkommen zwischen 2,5 und 4 Euro die Stunde – im Schnitt 10 Euro unter dem Lohn der Inländer und Inländerinnen. Neben den Unternehmern profitiert aber auch der Staat, der beispielsweise den unangenehmen Folgen eines schlecht ausgebildeten sozialen Sicherungssystems entgegen kann, indem private Haushalte auf billige Migrantinnen zurückgreifen können, um ihre Kinder und Alten zu versorgen.

Das ist auch ein Grund für die politische Untätigkeit der Verantwortlichen. Hinzu kommt, dass die neue Selbstwahrnehmung Spaniens als aufstrebende Wirtschaftsmacht in Europa den augenscheinlichen Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum einerseits und einer Schattenwirtschaft von fast 23% des BIP andererseits nicht offen zulässt und letztlich auch die Bevölkerung hierin kein dringliches Problem sehen will. Ein deutliches Zeichen für das geringe Interesse der politisch Verantwortlichen, dieser Situation entgegenzutreten, ist die mangelnde Arbeitsmarktkontrolle und der fehlende Willen, für die Durchsetzung von Sanktionen zu sorgen. Für ganz Spanien sind nur 500 Inspektoren im Einsatz, die sich vor allem dem Problem des Arbeitsschutzes widmen. Werden einmal tatsächlich Sanktionen gegen einen Arbeitgeber oder eine

Arbeitgeberin ausgesprochen, so tragen die überaus großzügigen Verjährungsfristen das ihre dazu bei, eine tatsächliche Zahlung der Strafe überflüssig zu machen.

Einzig den Gewerkschaften macht die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Sorge, fühlen sie sich doch auch den ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber verpflichtet. Allerdings sind ihnen gleich zweifach die Hände gebunden: Anklagen können sie die Situation nur abstrakt, im Konkreten wollen auch sie nicht gegen irreguläre Arbeit vorgehen, sind die Leidtragenden von Arbeitsmarktrazien doch zumeist die Migrantinnen und Migranten und nicht deren Arbeitgeber. Darüber hinaus fällt es ihnen schwer, gegen die Ausbeutung von Ausländern mobil zu machen, fühlen sich ihre Mitglieder doch weder solidarisch noch aus eigenem Interesse heraus zur Stellungnahme veranlasst.

Die von der EU und ihren Mitgliedstaaten betriebene Politik der Migrationsverhinderung ist im Ergebnis mehr als bloße Exklusivpolitik. Dadurch, dass das Ohr, welches in die EU einführt, immer enger wird, die Nachfrage nach Billigarbeitskräften aber bestehen bleibt und wächst, können jene, die schließlich hindurchkommen, noch leichter ausgebeutet werden. Für die spanische Regierung ist diese Politik in mehrfacher Hinsicht bequem. Sie kann zugleich den Interessen der europäischen Nachbarn und den Forderungen im Land nach Grenzsicherung entsprechen und die Bedürfnisse der Arbeitgeber nach billigen Arbeitskräften befriedigen.



Context XXI

im Buchhandel

Buchhandlung Chaj
Praterstrasse 40, 1020 Wien

Buchhandlung Winter
Landesgerichtsstraße 20, 1010 Wien

Infoladen 10
Portiersloge im Ernst-Kirchweyer-Haus
Wielandgasse 2 – 4, 1100 Wien

Context XXI im Radio

Wien, Orange 94,0; jeden Montag 13:00 - 14:00
Graz, Helsinki 92,6; jeden Montag 10:00 - 11:00
Klagenfurt, Agora 105,5 / 106,8 / 100,9;
jeden Donnerstag 19:00 - 20:00

Mo 5.4. bzw. Do 8.4.

Differenzen zwischen Frauen. Zur Positionsbestimmung und Kritik des postmodernen Feminismus

Mo 12.4. bzw. Do 15.4

Antikapitalismus von Links und von Rechts. Einige Überlegungen zum Antisemitismus

Mo 19.4. bzw. Do 22.4.

Im Mittelpunkt der Mensch - Outsourcing der Flüchtlingsbetreuung am Beispiel von *European Homecare*

Im Mai senden wir Beiträge vom Symposium *Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*. Das detaillierte Programm finden Sie auf unserer Homepage.

Kritik des Opfers

Jüdischer Messianismus und materialistisches Denken

Bruchstücke eines verdrängten Zusammenhangs

VON GERHARD SCHEIT*

Vielleicht ist es der zentrale Glaubenssatz des Neuen Testaments: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ (Joh 18, 36) Jesus sagt ihn im Verhör durch Pilatus. Damit ist ein bestimmter Gegensatz ausgesprochen, denn die Juden erwarteten einen Abkömmling aus dem Geschlecht König Davids, mit eigenen bewaffneten Truppen, der die Verhältnisse in dieser Welt umstürzen sollte. Ein Messias, der sich Pilatus ergab, konnte keiner sein. Und so wurde seine Hinrichtung, die ihn endgültig in den Augen der Juden diskreditieren musste, den Christen erst zum wahrhaften, einzig möglichen Beweis jenes Glaubenssatzes. Denn nur wer sein Leben hinopfert, realisiert zur Gänze die Aussage: Mein Reich ist nicht von dieser Welt.

Das ‚Reich‘ des Judentums aber ist von dieser Welt, die Entfremdung vom Opfer hat es begründet. (Die Juden zu beschuldigen, Jesus geopfert zu haben und dieses Opfer im Ritualmord an christlichen Kindern immer wieder neu zu vollziehen, macht darum die besondere Perfidie des Christentums aus, die vermutlich aus dem schlechten Gewissen resultiert, an den heidnischen Kult sich anzupassen.) Existieren auch im späteren, pharisäischen und rabbinischen Judentum Jenseits-Vorstellungen, Vorstellungen von Auferstehung und einem Leben nach dem Tod, so bewerten sie hier bemerkenswerter Weise nicht das Diesseits und die Gegenwart. Hervorgegangen sind sie aus der Hoffnung auf den Messias,

der die Befreiung bringen werde, der Tora – den fünf Büchern Mose – sind sie darum noch unbekannt. Das Christentum, insbesondere in seinen gnostischen, apokalyptischen Richtungen, führt konsequenterweise den Bruch herbei, indem es die Einlösung dieser Hoffnung gerade darin ‚erkannt‘ haben will, dass Christus sich geopfert habe. Dessen Vergöttlichung erweist sich damit als äußerster Gegensatz zum jüdischen Messianismus – sie beruht auf der Wiedereinführung des Opfers in neuer Form.

Während das Christentum sich als Gemeinschaft um den durch das Opfer bereits Erlösten innerhalb einer unerlösten Welt bildet, beharrt die jüdische Gemeinde auf dem Unerlösten des Ganzen. Damit fügte es den Christen die erste gravierende Kränkung zu: Es weigerte sich, dem „neuen Bund“ anzugehören, aus dessen ‚höherer‘, in der Identifikation mit Jesus und seinem Selbstopfer gewonnener Perspektive sich die Welt als bereits erlöste darstellen ließ. Wenn die Kirche davon überzeugt ist, mit ihrer Auffassung der Erlösung einen äußerlichen, ja ans Materielle gebundenen Begriff überwunden und ihm einen neuen Begriff von ‚höherer‘ Dignität gegenübergestellt zu haben, dann behauptete sich das Judentum gerade darin, diese Überzeugung zu bestreiten: „Was dem Christen als tiefere Auffassung eines Äußerlichen erschien, das erscheint dem Juden als dessen Liquidation und als eine Flucht, die sich der Bewährung des mes-

sianischen Anspruchs innerhalb seiner realsten Kategorien unter Bemühung einer nicht existierenden reinen Innerlichkeit zu entziehen suchte.“¹ An anderer Stelle spricht Gershom Scholem von der Ablehnung der Verinnerlichung der Erlösung, worin gerade die „säkularisierte Apokalyptik oder Katastrophentheorie der Revolution“ dem jüdisch-theologischen Antrieb, aus dem sie herkam, verbunden blieb: „Die Wiederherstellung aller Dinge an ihren rechten Ort, welche die Erlösung ist, stellt eben das Ganze wieder her, das nichts von einer solchen Scheidung von Innerlichkeit und Äußerlichkeit weiß. Das utopische Element im Messianismus, das die jüdische Überlieferung so weitgehend beherrscht, betraf dieses Ganze, und nur dieses Ganze.“²

Dieses Ganze aber geht im Staat nicht mehr auf. Erwarteten die Juden auch als Messias ursprünglich einen Davididen als neuen Herrscher, so trug offenbar die Existenz in der Diaspora – die besonderen Bedingungen, als Gemeinde inmitten fremder Glaubensgemeinschaften zu leben, den Gesetzen einer nichtjüdischen Obrigkeit unterworfen und der Ideologie ihrer Nationen ausgeliefert zu sein – wesentlich dazu bei, dass sie sich diesen Umsturz der Verhältnisse nicht einfach als Wiederherstellung eines eigenen Staats vorstellen konnten. Stattdessen wurde der Gedanke an den Messias zum Kristallisationspunkt einer umfassenden Vorstellung von Erlösung, die zwar an der

*) Gerhard Scheit engagiert sich bei Café Critique (www.cafecritique.priv.at) und ist Herausgeber des im März erscheinenden sechsten Bandes der Werke von Jean Améry (Aufsätze zur Philosophie) im Klett-Cotta-Verlag.

Diesseitigkeit unbedingt festhielt, die Erlösung aber auf eine politische Lösung nicht reduzieren, mit der Errichtung eines Judenstaats nicht mehr gleichsetzen wollte. Es zeichnete sich darin ein dauerhaft friedliches Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft ab, aber auch ein anderes Verhältnis zur Natur.³

Marx und der Messianismus

Als Gemeinde gezwungen, ohne eigenen Staat zu leben, werden unter den fortdauernden Bedingungen der Verfolgung, in anhaltender Verlassenheit und zunehmender Vereinzelung Hoffnungen auf ein befreites Leben, eines ohne jeden Staat geweckt; Hoffnungen, die in den Traditionen des Judentums die signifikante Spannung möglich machen, von der Moische Postone andeutungsweise, aber mit Nachdruck spricht: „eine komplizierte Spannung von Besonderheit und Allgemeinheit“ – „als äußere in der Beziehung der Juden zu ihrer christlichen Umgebung verdoppelt. Die Juden waren niemals völlig Teil der größeren Gesellschaften, in denen sie lebten; sie waren auch niemals völlig außerhalb dieser Gesellschaften. Dies hatte für die Juden häufig verheerende Auswirkungen, manchmal jedoch auch sehr fruchtbare. Dieses Spannungsfeld sedimentierte sich im Zuge der Emanzipation in den meisten jüdischen Individuen. Die schließliche Lösung dieser Spannung zwischen Besonderem und Allgemeinem ist in der jüdischen Tradition eine Funktion der Zeit, der Geschichte – der Ankunft des Messias.“⁴ Etwas von dieser Spannung nahm Immanuel Kant im intensiven Austausch

mit jüdischen Denkern und Freunden wahr, und es ermöglichte ihm seinerseits, innerhalb des Christentums und zugleich in Distanz zu ihm die Kritik der Vernunft zu eröffnen.⁵ Unmittelbar an das Bilderverbot der hebräischen Bibel anschließend, heißt es in der *Kritik der Urteilskraft*: „Diese reine, seelenerhebende bloß negative Darstellung der Sittlichkeit“ bringe „keine Gefahr der Schwärmerei, welche ein Wahn ist, über alle Grenze der Sinnlichkeit hinaus etwas sehen, d. i. nach Grundsätzen träumen (mit Vernunft rasen) zu wollen; eben darum, weil die Darstellung bei jener bloß negativ ist. Denn die Unerforschlichkeit der Idee der Freiheit schneidet aller positiven Darstellung gänzlich den Weg ab (...).“⁶ Damit rettet Kant die Idee der Freiheit vor der bürgerlichen Wirklichkeit: indem er sie als eines der Dinge des „Intelligiblen“ begreift; er rettet sie, wie Fabian Kettner schreibt, „im gleichen Zuge seiner Kritik der reinen Vernunft, mit dem er verbot, von ihnen als real seienden zu sprechen. Mit diesem Hinweis auf die Endlichkeit des menschlichen Verstandes und auf seine möglichen sicheren Erkenntnisobjekte waren sie fortan erledigt. Dies war nicht Kants Absicht gewesen.“⁷ Die Ideale der reinen Vernunft, „ob man ihnen gleich nicht objektive Realität (Existenz) zugestehen möchte, sind doch um deswillen nicht für Hirngespinnste anzusehen, sondern geben ein unentbehrliches Richtmaß der Vernunft ab, die des Begriffs von dem, was in seiner Art ganz vollständig ist, bedarf, um darnach den Grad und die Mängel des Unvollständigen zu schätzen und abzumessen.“⁸ Das Ideal lässt sich nicht „in einem Beispiele (...)

etwa den Weisen in einem Roman“ darstellen, denn es betrifft das Ganze. Diese Selbstnegation des endlichen Geistes, „in der er sich überschreitet, auf ein Anderes geht und seines Mangels inne wird, der der Mangel der ihn umgebenden versagenden Welt ist“⁹, ermöglicht es Kant, den Staat zu kritisieren – ohne zu bemerken, dass er damit schon über den Staat selbst

hinausgeht: darauf zu beharren, dass es allen Menschen zustehe, „sich zur Gesellschaft anzubieten, vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde“, so dass „niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere“¹⁰; für die Individuen zu fordern, was ihnen von den konstitutionellen Verfassungen nur vorgespiegelt werde.¹¹

1 Gershom Scholem: *Über einige Grundbegriffe des Judentums*. Frankfurt a. M. 1970, S. 122

2 Gershom Scholem: *Einige Betrachtungen zur jüdischen Theologie in dieser Zeit*. In: Itta Shedletzky (Hg.): „Es gibt ein Geheimnis in der Welt“. Tradition und Säkularisation. Frankfurt a. M. 2002, S. 34

3 „In der jüdischen Eschatologie am Ende der zweiten Tempelära vermischten sich nationale Hoffnungen mit einer universalen Vision. Als Ende der Zeiten galt nicht nur die Zeit, in der Israel geläutert und seine Feinde bestraft würden, sondern auch der Tag, an dem alle Menschen und alle Völker gerichtet würden. Selbst im physischen Bereich würde eine große Veränderung stattfinden: Diese Welt würde vergehen und an ihrer Stelle eine wunderbare neue Welt entstehen. Parallel zu solchem Universalismus zeichnete sich eine Tendenz zum Individualismus ab: Die Vision vom Ende der Zeiten war eine Antwort nicht nur auf die nationale Erlösungshoffnung, sondern auch auf die Leiden der Einzelmenschen. Höchster Ausdruck dieser Erwartung war der Glaube an die Auferstehung von den Toten.“ Haim Hillel Ben-Sasson (Hg.): *Geschichte des jüdischen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 1992, S. 351f.

4 Moische Postone: *Antisemitismus und Nationalsozialismus. Ein theoretischer Versuch*. In: Michael Werz (Hg.): *Antisemitismus und Gesellschaft*. Frankfurt a. M. 1995, S. 41

5 „Der eklatante Mangel der Kantischen Lehre, das sich Entziehende, Abstrakte des intelligiblen Charakters, hat auch etwas von der Wahrheit des Bilderverbots, welches die nach-Kantische Philosophie, Marx inbegriffen, auf alle Begriffe vom Positiven ausdehnte. Als Möglichkeit des Subjekts ist der intelligible Charakter wie die Freiheit ein Werdendes, kein Seiendes. Er wäre verraten, sobald er dem Seienden durch Deskription, auch die vorsichtigste, einverleibt würde. Im richtigen Zustand wäre alles, wie in dem jüdischen Theologumenon, nur um ein Geringes anders als es ist, aber nicht das Geringste läßt so sich vorstellen, wie es denn wäre.“ Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik*. In: Ders.: *Gesammelte Schriften (GS)*, Bd. 6, Frankfurt a. M. 1997, S. 293f.

6 Immanuel Kant: *Kritik der Urteilskraft*. Werkausgabe (Weischedel), Bd. 10, Frankfurt a. M. 1982, S. 201f.

7 Fabian Kettner: *In welchem Detail steckt der leibhaftige Gott?* In: Joachim Bruhn u. a. (Hg.): *Kritik der Politik. Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag*. Freiburg 2000, S. 18

Im „Fortschritt zum Besseren“ des Menschengeschlechts, wie Kant ihn behauptet, liegt – im Guten wie im Schlechten – der Versuch, den messianischen Impuls zu verbürgerlichen: er täuscht über das Wesen des Staats, als der erzwungenen Subordination des Einzelnen unters Allgemeine, hinweg und bewahrt doch im antinomischen Denken des Allgemeinen und des Einzelnen die Bedingungen der Möglichkeit seiner Kritik.

Die Konkretisierungen der Moral jedoch tragen bei Kant repressive Züge, worauf Adorno aufmerksam gemacht hat:¹² In Begriffen wie Pflicht, Nötigung, Achtung, womit die Kluft zwischen dem Imperativ und den Menschen ausgefüllt werden soll, verstoßen sie gegen die von Kant selbst ausgesprochene „Unerforschlichkeit der Idee der Freiheit“, die jeder positiven Darstellung den Weg abschneidet.

Bei Marx, Nachfahre mehrerer Generationen von Rabbinern, ist wiederum das Spannungsfeld in den Traditionen des Judentums soweit individuell sedimentiert, dass er gar nicht auf die Idee kommt, seine Kritik des Fetischcharakters von Ware und Kapital habe etwas damit zu tun. Er kann sie aber nur entfalten, und frühere, christlich konnotierte Metaphern wie die von „Schacher“ und

„Egoismus“ ersetzen, weil er ziemlich selbstverständlich jenen Geboten der jüdischen Religion Rechnung trägt, womit Abstraktheit hergestellt und abgesichert wird – sei's direkt ausgesprochen: du sollst dir kein Bild machen; oder indirekt gefordert: du sollst (dich) nicht opfern. Wie wenig bewusst oder wie unangenehm ihm deren Herkunft auch gewesen sein mag – Marx ging von solchen Voraussetzungen aus, um sie allerdings vollständig neu zu deuten: Du sollst dir kein ‚Bild‘ machen vom Kapitalverhältnis; und es soll kein solches Verhältnis mehr geben, in dem der Mensch zum ‚Opfer‘ der Mehrarbeit gezwungen ist: so lauten die zentralen Gebote seiner Kritik. Was es aber geben soll, fällt wiederum unter das Bilderverbot. Mit ihm fasst der jüdische Messianismus Fuß in deutscher Philosophie und englischer Nationalökonomie.

Das falsche, fetischistische Bewusstsein jedoch als *notwendig* falsches zu kritisieren, sprengt die Grenzen jeder Religion. Es bedeutet, über das Gebot hinaus die Entwicklung des deutschen Idealismus neu aufzurollen: Seine Notwendigkeit kann sich nur ergeben, wenn Hegels alles einzelne integrierende und aufeinander beziehende Totalität – und nicht die alles ausgrenzende und ausmerzende Iden-

tität Fichtes – geltend gemacht wird. Um diesen Idealismus und jenes Gebot aber zur Kritik zu vereinen, musste der Hegelschen Dialektik erst einmal die positive, teleologische Spitze abgebrochen werden. Und wirklich ist ja das Bildnis, das sich Hegel von der Totalität macht und worin er zugleich das, dem jüdischen Gott nachgebildete Transzendentsubjekt zur Erde fahren, zum objektiven Geist werden lässt – der Staat. Der Durchbruch zur Kritik der politischen Ökonomie fand folgerichtig in der Kritik des Hegelschen Staatsrechts statt.¹³

Der messianische Impuls, dem Marx weiterhin folgte, machte es ihm zwar unmöglich, den Hegelschen Geist jenseits des Staats zu säkularisieren und als Kapital zu bejahen; mit einem Wort: ein gewöhnlicher Liberaler zu werden. Zusammen mit der Säkularisierung wollte Marx vielmehr über das Säkularisierte hinaus. Der Impuls konnte aber nicht verhindern, dass der Kritiker der politischen Ökonomie auf die Arbeiterklasse als die Erlöserin zu hoffen begann (und darum vielleicht an den Pariser Kommunarden besonders die „Aufopferungsfähigkeit“ bewunderte¹⁴) – gegen das bessere Wissen, dass sie doch nur, um im Bild zu bleiben: Gottes Sohn, des Kapitals variabler Teil ist. So befand sich radikale Kritik wenig später – als man im Namen des vermeintlichen Erlösers längst einen eigenen Opferaltar errichtet hatte: Sozialismus in einem Lande, das heißt Sozialismus als Staat – in der Rolle der Judenheit nach Christi Geburt: sie musste daran festhalten, dass der Messias nicht gekommen war.

Walter Benjamins Geschichtsthesen

Wo indessen ein nichtzionistischer jüdischer Denker wie Franz Rosenzweig unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg immerhin noch den Weg zur Erlösung sah für alle, die nicht zum Judentum gehören: im Staat – sehen die Thesen, die Walter Benjamin 1940 auf der Flucht vor den Nazis über den *Begriff der Geschichte* formuliert hat, nur mehr eine einzige Katastrophe, die jeden einzelnen erfasst, wo er auch steht; und während Rosenzweigs berühmtes Buch *Stern der Erlösung* die messianische Hoffnung – abseits jenes Wegs – allein dem Judentum vorbehielt, hält sie Benjamin in einem bestimmten Bild von der Geschichte selbst fest – wie die berühmte Deutung von Paul Klees *Angelus Novus* zu erkennen gibt: Der Engel „hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist *dieser* Sturm.“¹⁵ Scholem vertritt die Auffassung, dass Benjamin darin die in der jüdisch-religiösen Geschichtsanschauung kristallisierte Funktion des Messias aufgeteilt habe: in die des Engels, der an seiner Auf-

8 Immanuel Kant: *Kritik der reinen Vernunft*. Werkausgabe, Bd. 4, S. 514

9 Kettner, a. a. O., S. 188

10 Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. Werkausgabe, Bd. 11, S. 213f.

11 Immanuel Kant: *Der Streit der Fakultäten*. Werkausgabe, Bd. 11, S. 363f.

12 Adorno: *Negative Dialektik*, a. a. O., S. 231 u. 253

13 vgl. Gerhard Scheit: *Die Meister der Krise*. Freiburg 2001, S. 132 ff.

14 Karl Marx an Ludwig Kugelmann, 12. 4. 1871. Marx-Engles-Werke, Bd. 33, Berlin 1973, S. 205

gabe scheitern muss, und die des Messias, der sie erfüllen kann. Für den Messias stünde demnach das Bild vom Sturmwind, der vom Paradies her weht: die Realität, an der jener Engel scheitert, soll „durch die von der Utopie, und nicht etwa von den Produktionsmitteln bestimmte Geschichte und deren Dynamik“ aufgesprengt werden.¹⁶ Aber nichts an der Deutung des Bilds spricht dafür, dass der Sturmwind die Realität aufsprengen, die Katastrophen beenden könnte. Was sie zum Ausdruck bringt, ist im emphatischen Sinn ein Dilemma: Wer den Fortschritt auffasst als etwas, das sich nicht geschichtlich, sondern nur jenseits der Geschichte ereignen kann, der wird nicht mehr eingreifen können, die Katastrophe beenden, die Toten wecken, das Zerschlagene zusammenfügen. Von den Fortschrittsgläubigen, die in der Katastrophe eine Kette der Begebenheiten sehen wollen, die geradewegs ins Paradies führt, wenn man sich selbst ohne zu zögern zum Kettenglied macht, unterscheidet sich jedoch der Engel durch die Distanz, die ihm der Sturmwind aufnötigt: sie macht es möglich, die Begebenheiten nicht mehr als sinnvolle Opfer zu bejahen, sondern als sinnlose Katastrophe zu begreifen. Wie angestrengt die ganze Allegorese, wie seltsam verschlüsselt die Konstruktion, nur um dem Fortschrittsglauben, der alle Opfer gutheißt, zu widerstehen!

Aus den einzigartigen Konstellationen des Judentums folgt immer wieder die Negation, irgendetwas, irgend jemanden oder sich selbst zu opfern, um unmittelbar den erlösten Zustand herbeizuführen – sei es die Erlösung inmitten einer unerlösten Welt



Marx als Messias
Friedrich Kaskeline: „Allegorie“, 1891

oder die Erlösung der Welt als solche. Darin schwankt selbst noch Benjamins Kritik des Fortschrittsbegriffs – am stärksten vielleicht in der zwölften These: Die Sozialdemokratie gefalle sich darin, „der Arbeiterklasse die Rolle einer Erlöserin *künftiger* Generationen zuzuspielen. Sie durchschneit ihr damit die Sehne der besten Kraft. Die Klasse verlernte in dieser Schule gleich sehr den Haß wie den Opferwillen. Denn beide nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel.“¹⁷ Soweit diese Gedanken an der Arbeiterbewegung als Subjekt festhalten, übernehmen sie auch noch das christliche Erlösungsverständnis und sprechen vom Opferwillen; soweit sie die Geschichte als Zusammenhang von Katastrophen begreifen, an dem der alte Fortschrittsbegriff zuschanden geht, begründen sie einen Hass, der auch Bereitschaft zum Handeln ist, aber für eine andere, vom Opfer befreite Erkenntnis von Erlösung steht, weil er sich dem Eingedenken des unversöhnten Zustands allein verdankt.

Adornos und Horkheimers materialistische Kritik

Indem das Judentum die falsche Versöhnung verweigert, hält es gegen den Weltlauf gerichtet die Möglichkeit für die wahre offen. So lautet die Erkenntnis von Horkheimer und Adorno, die zum ersten Mal in der an Marx anschließenden Religionskritik wirklich erfasst, dass zwischen Judentum und Christentum zu differenzieren wäre. Sie tritt in der *Dialektik der Aufklärung* jedoch erst in den „Elementen des Antisemitismus“, ihrem letzten Teil, zutage. In einem Brief Herbert Marcuses an Max Horkheimer vom Juli 1943 heißt es bereits: „Here, we should resume the task of elucidating the true connection between anti-Semitism and Christianity (...). What is happening is not only a belated protest against Christianity but also

a consummation of Christianity or at least of all the sinister traits of Christianity. Der Jude ist von dieser Welt, and diese Welt is the one which fascism has to subject to the totalitarian terror.“¹⁸

Angesichts der wirklichen Opfer der christlichen Gesellschaft, die den Nationalsozialismus vorbereitet, widerspricht die *Dialektik der Aufklärung* der Christianisierung der Erlösung: „(...) kraft der gleichen Momente, durch welche das Christentum den Bann der Naturreligion fortnimmt, bringt es die Idolatrie, als vergeistigte, nochmals hervor. (...) Der Fortschritt über das Judentum ist mit der Behauptung erkaufte, der Mensch Jesus sei Gott gewesen.“¹⁹ Dass er es nicht war, diese Behauptung können die Christen den Juden niemals verzeihen, denn sie beinhaltet ein anderes Verhältnis zur

15 Walter Benjamin: *Über den Begriff der Geschichte. Gesammelte Schriften*, Bd. I/2, Frankfurt a. M. 1980, S. 697f.

16 Gershom Scholem: *Walter Benjamin und sein Engel*. Frankfurt a. M. 1983, S. 67f.

17 Benjamin, a. a. O., S. 700

18 Herbert Marcuse an Max Horkheimer, 28. 7. 1943. Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften (GS)*, Bd. 17, Frankfurt a. M. 1987-1996, S. 467

Welt – ein opferloses, dem sie nicht gewachsen sind: „Das Ärgernis für die christlichen Judenfeinde ist die Wahrheit, die dem Unheil standhält, ohne es zu rationalisieren, und die Idee der unverdienten Seligkeit gegen Weltlauf und Heilsordnung festhält, die sie angeblich bewirken sollen.“²⁰

Das Unheil des Christentums liegt in der Sinngebung des Opfers, die in der Vergöttlichung von Jesus inthronisiert worden ist: verdiente Seligkeit. Mit ihr stimmen sich die Menschen auf die bürgerliche Gesellschaft ein – aber es bedurfte dazu ebenso der Gewalt wie des Antisemitismus: „Das Kreuz, das angebetet anstatt verabscheut wird, ist bereits das infame Gelöbnis der Foltermaschinen, das die europäische Geschichte treu eingelöst hat. Seit das Kreuz heilig wurde, scheint jedes Holz von Natur aus zum Material für Galgen und Scheiterhaufen bestimmt zu sein.“²¹

Die „Freiheit des Opfers“ (Heidegger) und die Bejahung von Herrschaft bilden eine Einheit. Das erkennt die kritische Theorie nur dann, wenn sie den Antisemitismus durchschaut – wie eben im letzten, 1944 geschriebenen Teil der *Dialektik der Aufklärung*. Und in seiner ganzen Bedeutung aussprechen lässt

es sich allein in der offenen Konfrontation mit der deutschen Ideologie – wie Adornos späte Auseinandersetzung mit Heidegger zeigt, die allerdings im frühen Kierkegaard-Buch bereits angelegt ist. Der „Ort des mythischen Opfers“ war bei dem dänischen Protestanten noch die „objektlose Innerlichkeit“²² – bei dem deutschen Denker aber ist dieser Ort die objektlose Gesellschaft: das Volk, die Volksgemeinschaft. Adorno hat noch im *Jargon der Eigentlichkeit* vermieden, ihn fortwährend beim Namen zu nennen, es genügt gewissermaßen der Hinweis des Untertitels: „Zur deutschen Ideologie“ – und doch spricht er von nichts anderem als der deutschen Form der Krisenbewältigung, denn: „Eigentlichkeit ist der Tod“, und: „Das Einverständnis mit dem Seienden, das dessen Entzückung zum Sein motiviert, lebt von der Komplizität mit dem Tod. In dessen Metaphysik braut all das Unheil sich zusammen, zu dem die bürgerliche Gesellschaft physisch kraft ihres eigenen Bewegungsprozesses sich verurteilt.“²³

Es gehört zur Logik dieser im *Jargon der Eigentlichkeit* und in der *Negativen Dialektik* durchgeführten Auseinandersetzung mit der deutschen

Ideologie, dass zuletzt alles auf eine Kritik des Opfers hinausläuft: „Identifikation mit dem Unausweichlichen ist, als Opfer, der ganze Trost der tröstlichen Philosophie: die letzte Identität. Aufgewertet wird das zerschlissene Prinzip der Selbstsetzung des Ichs, das stolz sich durchhält, indem es sein Leben bewahrt auf Kosten der anderen, durch den Tod, der es auslöscht.“²⁴ Gegenbild ist nun jedoch nicht mehr der wahre Jesus (wie zum Teil noch in früheren Schriften). Es gibt überhaupt kein Bild mehr, das sich dem Ganzen als dem Unwahren, von Heideggers Ontologisierung des Todes emphatisch bejaht, sich entgegensetzen ließe. Was an der christlichen Dogmatik zu schätzen bleibt, verdankt sie – was Adorno allerdings nicht immer ausspricht – dem Judentum, dass sie nämlich „die Erweckung der Seelen mit der Auferstehung des Fleisches zusammendachte“²⁵. Doch für die *Negative Dialektik* gibt es nicht mehr das Opfer zur Abschaffung des Opfers, nur noch das Wort, das sich nicht personifizieren lässt – sie ist die materialistische Deutung des jüdischen Messianismus, die aber zugleich jene Versöhnung mit der Natur, die Adorno einmal einem wahren Christentum supponiert hat, in der bilderlosen Möglichkeitsform aufbewahrt: „Utopie wäre die opferlose Nichtidentität des Subjekts“²⁶. Fluchtpunkt des historischen Materialismus ist ihr nichts anderes als „seine eigene Aufhebung, die Befreiung des Geistes vom Primat der materiellen Bedürfnisse im Stand ihrer Erfüllung. Erst dem gestillten leibhaften Drang versöhnte sich der Geist und würde, was er so lange nur verheißt, wie er im Bann der

materiellen Bedingungen die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse verweigert.“²⁷ Das lässt sich an der *Negativen Dialektik* mit ihrer Wendung des materialistischen Gedankens in neuer Klarheit erkennen – auch wenn es nicht expliziert wird: Ohne den Impuls des jüdischen Messianismus gibt es keine Kritik, und jeder Versuch (ob von Jürgen Habermas, Stefan Breuer oder Rudolf Burger), die kritische Theorie in eine unkritische zu verwandeln, zielt intuitiv zuallererst darauf, ihn zu beseitigen. ‚Messianisch‘ ist nicht zufällig zum Schimpfwort für Philosophen geworden. Dieser Impuls, der in der Marxschen Kritik der politische Ökonomie auf unerhörte Weise wirksam wurde, bedeutet an sich etwas durchaus Abstraktes: dass ein anderes Leben möglich ist, die Bereitschaft dazu aber das Opfer ausschließt.

Unwiderruflicher Einsatz aufs Konkrete: Israel

Die messianische Utopie eröffnete für die jüdische Gemeinde die Perspektive, jeden real existierenden Staat als eine Art Hilfskonstruktion, ein notwendiges oder überflüssiges Übel zu betrachten, für das sich zu opfern jedenfalls absurd wäre. Das jüdische Martyrium – Kiddusch ha-Schem („Heiligung des göttlichen Namens“) – ist darum dem christlichen wie dem islamischen geradezu entgegengesetzt. Führt das Christentum das Opfer in Gestalt von Gottes Sohn wieder ein, dem dann die christlichen Märtyrer und Asketen nacheifern, weil es der Abstraktion nicht standhält, die im Judentum gesetzt worden ist, kehrt es im Islam, der den Status von Jesus als Sohn Gottes nicht anerkennt, unter anderem Namen wieder:

19 Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*. In: Adorno: GS, Bd. 3, S. 202

20 ebd., S. 204

21 Max Horkheimer: *Religionspsychologie. Aufzeichnungen und Entwürfe zur Dialektik der Aufklärung [1939-1942]*. GS, Bd. 12, S. 295

22 Theodor W. Adorno: *Kierkegaard. Konstruktion des Ästhetischen*. GS, Bd. 2, S. 163

23 Theodor W. Adorno: *Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie*. GS, Bd. 6, S. 514 u. 518

24 ebd. S. 521

25 ebd. S. 393

26 Adorno: *Negative Dialektik*, a. a. O., S. 277

27 ebd. S. 207

nicht als Tat des Propheten sondern als Aufgabe seiner Anhänger – als Märtyrertod des *Jihad*, der die sofortige Erlösung des sich Opfernenden bedeutet. Als solche setzt die Erlösung die Entwertung des irdischen Lebens voraus. „Nichts weiter ist das Leben hinieden als ein trügerisches Gerät.“ (Sure 2, 182)²⁸ Der Tod am Kreuz wird vervielfältigt: jeder einzelne Märtyrer ein kleiner Jesus. Die Himmelfahrt folgt stante pede – also ohne Aufschub aufs Jüngste Gericht: „Und glaubet nicht, die für den Pfad Gottes getötet worden sind, seien tot; nein, sie sind lebend, bei ihrem Herrn werden sie versorgt. Sie freuen sich dessen, was Gott ihnen seines Überflusses schenkte (...).“ (Sure 2, 163) Die unverzügliche Auferstehung nach der Tat ist Synonym für die Vergöttlichung. Die Abstraktion der monotheistischen Gottheit wird zwar beibehalten, aber die Welt von ihr nicht wirklich getrennt wie im Judentum.²⁹ Die Welt droht vielmehr selber in der Abstraktion aufzugehen: der Märtyrer realisiert sie im *Jihad* am eigenen Leib: sein Tod ist das Gleichheitszeichen zwischen Allah und der nichtigen Welt, das immer wieder neu gesetzt werden muss. (Die strikte Ablehnung des Selbstmords im Islam steht dazu keineswegs im Widerspruch: was die Religion am Freitod verabscheut, ist gerade das darin realisierte Recht des einzelnen über sein Leben, äußerste Bejahung des Individuellen. Nur wenn der einzelne sich im Namen des Kollektivs opfert, darf er den Tod suchen und kommt dafür sogleich ins Paradies.)

Auf der rabbinischen Zusammenkunft in Lud (Lydda) im 2. Jahrhundert n. Chr. wurde hingegen festgelegt (San-

hedrin 74a): die Opferung des eigenen Lebens ist nur dann gefordert, wenn dem Zwang zur Übertretung wichtiger Gebote, wenn Götzendienst, Mord und verbotenen Beischlaf (also Vergewaltigung) unter bestimmten Umständen nicht ausgewichen werden kann; um der Verfolgung aber zu entgehen, ist es erlaubt, sich als Nichtjude auszugeben. Die Einschränkungen sind wie immer im Judentum von zentraler Bedeutung, sie zeigen an dieser Stelle die Negativität des Gebotes an und setzen voraus, dass der Zwang, das Leben für die Religion zu opfern, nicht zum Selbstopfer und Menschenopferkult sich verselbstständigt, das Martyrium nicht ins Positive gewendet wird, um systematisch Märtyrer zu produzieren. Sich das Leben zu nehmen, kann immer nur Antwort auf einen Zwang sein, der von außen ausgeübt wird, und bewirkt nichts anderes, als diesem Zwang nicht nachzugeben. Derjenige, der sich gezwungen sieht, sein Leben ‚zu opfern‘, möchte damit einzig und allein erreichen, den Geboten und Gesetzen gemäß zu handeln; er erwirkt damit keine unmittelbare Erlösung. Die Gesetze bedeuten insofern eine wirkliche Rationalisierung des Opfers unter den Bedingungen von Verfolgung und Zwang – die zugleich den Gedanken der Erlösung bewahrt: Erlösung ohne Opfer ist das Schibboleth.

So zeitigen die monotheistischen Religionen – nunmehr vom modernen Staat aus betrachtet – genau konträre Wirkung. Während die christliche und islamische die Individuen innerlich oder äußerlich auf das Selbstopfer zu richten und dabei einer Ideologie Rechnung tragen können, die inmitten der Säkula-

risierung den Menschenopferkult nicht etwa abschafft, sondern neu definiert, bildet die jüdische in wachsendem Maß ein mögliches Gegengewicht zu dieser doppelbödigen Verweltlichung: sei's unmittelbar, dass sie die Juden etwa dazu anhält, sich dem Militärdienst zu entziehen, oder mittelbar und prinzipiell die Ideologie des Opfers zurückweist: jede partikulare, im Namen welcher Nation auch immer unternommene Aktivität, die mit dem Ziel der Erlösung legitimiert wird und den Preis des Lebens fordert. Das letztlich war es, was den Juden als „Verstocktheit“ vorgeworfen wurde. Getreu einer Überlieferung, die „über so gut wie überhaupt keine Tradition politischer Theologie verfügt“³⁰, widersetzten sie sich auch der jeweiligen politischen Theologie, mit der sie in den verschiedensten Ländern und in den unterschiedlichsten Ausprägungen konfrontiert wurden. Man folgte der einfachen aramäischen Maxime: „Dina de Malkut Dina“ – Das Gesetz des Königreichs ist das Gesetz. An dieses Gesetz hat man sich zu halten, aber nur an das Gesetz und nicht unbedingt an die Ideologie, mit der es einhergeht, und worin der Souverän vom Bürger verlangt, dem Opfer des Lebens einen positiven Sinn zu geben. Dieser Ideologie nachzugeben

und Bereitschaft zum Opfer zu entwickeln, kann fürs Judentum immer nur Assimilation an den Antisemitismus bedeuten.

Eben diese Wirkung, die eigentlich ein rationales Verhältnis zum Staat zu entwickeln erlaubt, übt die Religion nun auch im Staat Israel aus, also im unbedingt notwendigen, „unwiderruflichen Einsatz aufs Konkrete“ (Scholem) – einem Einsatz, der zum Messianismus zwar im Widerspruch steht, doch ohne ihn auszuschließen. In der jüdischen Religion, wo sie in der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen auftritt, sind die Erfahrungen der Diaspora aufgespeichert: das Leben ohne eigenen Staat, die Entfremdung vom Opferkult, die Verneinung des Selbstopfers. Darum wurde ihre Präsenz im Staat auch von den weltlichen Kräften der Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad respektiert – wird umgekehrt aber der Einfluss der Orthodoxen zu groß, dann droht ihm der Zerfall. Ein labiles Gleichgewicht: es macht deutlich, dass es sich hier um keinen Staat wie jeden anderen handeln kann, repräsentiert diese Religion doch zugleich die Geschichte der Verfolgung und weist Israel als einen Souverän aus, dazu da, für immer zu verhindern, dass jene Verfolgung ihr Ziel erreicht.

28 *El Koran das heißt Die Lesung. Die Offenbarungen des Mohammed ibn Abdallah des Propheten Gottes. Zur Schrift gebracht durch Abdelkaaba Abdallah Abu-Bekr übertragen durch Lazarus Goldschmidt im Jahre der Flucht 1334 oder 1916 der Fleischwerdung. [Berlin 1920] 2. Aufl. Wiesbaden 1995*

29 *Hier wird die Trennung in bestimmter Hinsicht nur in der Kabbala aufgehoben: Mystik, Mythologie und Magie – ohne Selbstopfer.*

30 *Micha Brumlik: Der jüdische Fundamentalismus. In: Dietz Lange (Hg.): Religion – Fundamentalismus – Politik. Frankfurt a. M. u. a. 1996, S. 159*

Adornos Kommunismus

von Fabian Kettner*

Ein bekannter altgedienter CDU-Politiker nannte Adorno einen „Staatsfeind auf dem Lehrstuhl“. Woanders verhinderte eine süddeutsche lokale Politgröße derselben Partei, dass eine Grundschule dessen Namen bekam. Sie hatte in einem Lexikon nachgeschaut und herausgefunden, dass Adorno ein „Neomarxist“ sei und das reichte. So bescheiden die Denkleistung, so einfach der Befund, so richtig das Urteil. Von solchen Menschen nicht als „Staatsfeind“ wahrgenommen zu werden, sollte Zweifel an einem selber wecken.

Alte und neue Nazis wandten die Nürnberger Rassegesetze an, nach denen Adorno Jude war. Sie verabscheuten seinen „Kosmopolitismus“ und wählten ihn als Teil „amerikanischer Umerzierung“. Für die letzte Konjunktur des Positivismus, den Kritischen Rationalismus Karl R. Poppers, war Adornos Philosophie „Metaphysik“, das heißt „Ideologie“, das heißt ein durch keine Fakten gesichertes Geschwätz, ein rein subjektives Meinen als nicht nur überflüssige, sondern gar gefährliche Zutat zur Wirklichkeit an sich. Auch die Postmoderne entdeckte neben nicht vorhandenen Parallelen zu sich selbst die Gefahr eines totalitären Diskurses, weil Adorno auf Totalität als eines ge-

sellschaftlichen Zwangszusammenhangs reflektierte; die jene meinen, als Erfindung hegemonialer Philosophie-Diskurse dekonstruieren zu können; von der jene nichts wissen wollen, damit sie sich in ihr einrichten können.

Sie alle hätten sich keine Sorgen zu machen brauchen: Adorno wurde viel gelesen und zitiert, aber es kam wenig an und noch weniger blieb hängen. Was in den Sozialwissenschaften als „Kritische Theorie“ gilt: Jürgen Habermas, von einigen immer noch als linker, gar kritischer Kopf verkannt, war bereits Entschärfung und Demontage, Umschreibung und Kaputtrekonstruktion einer Tradition kritischen Denkens von Hegel über Marx bis Adorno & Horkheimer. Daneben disqualifizierte er seinen ehemaligen Chef als melancholischen Pessimisten aus traumatischer Erfahrung (herablassend verzeihlich) und Prinzip (unverzeihlich): zu negativ, zu perspektivlos, zu widersprüchlich. Habermas war „konstruktiv“ und „anschlussfähig“; an was, das nicht sehen zu wollen, gab er sich größte Mühe. Pädagogen, Experten für Vergangenheit und deren Bewältigung, Pfleger der Erinnerung zitieren Adorno gerne. Sie verhalten einem schmalen Bändchen, *Erziehung zur Mündigkeit*, zu hohen wie hohlen Auflagen, weil hier auch die Adorno zu verstehen meinen, die sonst bemängeln, seine Sprache sei zu gewunden und zu geschräubt.

Die Adorno-Manie des Jahres 2003 schließlich war

eine Überraschung, aber keine schöne. Verabscheuung und Eingemeindung gingen zusammen. Die Kritische Theorie war einmal Stichwortgeber für die 1968er-Generation gewesen. Nicht dass sie wirklich etwas miteinander zu tun hätten; jene verhält sich zu dieser wie Marx zum Gulag. Aber nun ist diese Generation in privaten und öffentlichen Institutionen längst angekommen, hat Bildungseinrichtungen gleichermaßen besetzt wie Redaktionen und politische Ämter und muss nun vor sich selber und der Öffentlichkeit darüber Rechenschaft ablegen, was aus ihren alten Ansprüchen und Idealen geworden ist. Die Vergangenheit, in der man auch mal ‚gegen das System‘ war (was immer das auch heißen mag), kann entweder abgewehrt oder umgeschrieben werden. Von Adorno blieb das Bild einer strengen bis überheblichen Gewissensinstanz. Diese wird nun aggressiv erledigt: der angeblich unnachgiebige Über-Vater, zu dem sie Adorno gemacht haben, der er aber nicht zu sein braucht. Dass sie mit ihm die Quadratur des Kreises versuchten: einen Anti-Autoritären zu einer unreflektierten Autorität zu machen, dass er sich ihnen umso mehr entzog, je bedingungsloser sie sich ihm gleichmachen wollten, das können sie ihm nicht verzeihen. Die Tatsache, dass sie seine Texte nur nachsprechen, weil sie deren Inhalt nicht aufschließen konnten und deswegen nur eine Pose pflegten, wird ihm angelastet.

Adorno zu zitieren ist das eine, ihn verstanden und das

Zitieren deshalb nicht mehr nötig zu haben, das andere. Passende Adorno-Zitate (und davon findet man immer eines) wie eine Monstranz vor sich her zu tragen verstößt gegen das Denken, das in seinen Schriften aufbewahrt ist. Man kann für die Annalen der Philosophiegeschichte Grundzüge und Resultate der Kritischen Theorie referieren. Adornos Philosophie aber ist kein abrufbarer Theoriebestand, kein fest verbuchbares, verfügbares Wissen, das anzuwenden sei. Er wandte sich stets gegen ein „Standpunkt-Denken“; seine Philosophie ist Kritik, eine Verhaltensweise des Denkens, die immer neu sich bewähren muss, nur in actu existiert.

Nicht nur darin besteht seine Aktualität. Was ihn zur Philosophie veranlasste, erwähnt keine Adorno-Forschungsstelle, wird in keinem philosophischen oder soziologischen Seminar gesagt, dabei steht es auf der ersten Seite der Einleitung eines seiner Hauptwerke, der *Negativen Dialektik*: dass es nicht gelang, eine vernünftige Gesellschaft, den Kommunismus, herbeizuführen.

Buchpräsentation

Amesberger/Auer/ Halbmayr:
Sexualisierte Gewalt. Weibliche
Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern. Mandelbaum-Verlag

22. April 2004, 19.30 Uhr
Buchhandlung Frauenzimmer
Zieglergasse 28
1070 Wien

nur für Frauen

*) Fabian Kettner ist Mitglied des Arbeitskreises Rote Ruhr Uni in Bochum (www.rote-ruhr-uni.org).

Kritik des Stalinismus – Kritik der Stalinismuskritik

1.

„Stalinismus“ war lange Zeit ein Schlagwort im Kalten Krieg der bürgerlichen Ideologen mit dem autoritären Staatssozialismus, welches dem Antikommunismus einen moralischen Anstrich verlieh. In den postnazistischen Gesellschaften Österreich und Deutschland war der Hass auf den Stalinismus auch eine Form des Anti-Antifaschismus. An Stalin hasste man nicht seinen Verrat an der Revolution, sondern seine Rolle im *Großen Vaterländischen Krieg*, also seinen Beitrag zur Niederrichtung des Nationalsozialismus. Um von den über 20 Millionen von Deutschen und Österreichern dahingemetzelten Sowjetbürgern nicht reden zu müssen, sprach man vom totalitären System des Stalinismus, das mit seinen Arbeitslagern, die zwar gut zur Faschismusvorstellung der traditionellen Linken passen, aber mit dem Irrationalismus der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie nichts gemein haben, dem NS eng verwandt sei. „Stalinismus“, dieses Schlagwort ermöglichte es, vom Totalitarismus zu schwadronieren, ohne über die Totalität des Kapitals reden zu müssen. Wer aber über Totalitarismus redet, muss von der Totalität der Warengesellschaft sprechen, in die auch der Realsozialismus als Staatskapitalismus einerseits und als Bestandteil der warenproduzierenden Weltgesellschaft andererseits eingebettet war. Die

bürgerliche Totalitarismustheorie, über deren Horizont auch George Orwell mit seinen Vorstellungen von einem „demokratischen Sozialismus“ nur selten hinauszublicken vermochte, müsste, nach einer Bemerkung von Jürgen Elsässer aus einer Zeit, in der er noch nicht den Einsager für die Israel- und USA-Hasser in der Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung gegeben hat, vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Sozialistische und kommunistische Bestrebungen tendieren gerade dann zur totalen Herrschaft, wenn sie bürgerliche Vergesellschaftungsformen wie Staat, Nation und Wert adaptieren, also wenn geglaubt wird, man könne diese Vergesellschaftungsformen für die eigenen emanzipativen Zwecke dienstbar machen, wie es etwa im Gerede von der „sozialistischen Warenproduktion“ und der „planmäßigen Anwendung des Wertgesetzes“ zum Ausdruck kam. Wie Elsässer vor zehn Jahren richtig bemerkte, tendiert die bürgerliche Gesellschaft nicht zum Totalitarismus, wenn sie kommunistische Elemente in sich aufnimmt, sondern die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft tendiert zum Totalitarismus, wenn sie bürgerliche Elemente in sich aufnimmt. Mit der Übernahme des wertverwertungsimmanenten Produktivitätsideals hat der Sozialismus sich die Vorstellung vom Schaffenden einerseits und dieses Schaffen torpedie-

renden zersetzenden Kräften andererseits zu eigen gemacht – und damit den Antisemitismus geradezu abonniert. Dieser Antisemitismus resultiert aber nicht aus der kommunistischen Kritik im Marxschen Sinne, sondern gerade aus der Ignoranz gegenüber dieser Kritik. Die Linken tendieren nicht deswegen zum Antisemitismus, und sie begegnen Israel nicht deswegen mit Hass, Misstrauen oder Indifferenz, weil sie zu radikal wären, sondern weil sie zu wenig radikal sind.

2.

In der Stalinismuskritik des Filmes *Animal Farm*, der in den 1950er Jahren zur gleichen Zeit entstand, als in Moskau die *Ärzteprozesse* stattfanden, bei denen sechs Juden und drei weitere Angeklagte unter anderem als „Agenten des Zionismus“ unter Anklage standen, findet der Antisemitismus keinerlei Beachtung. *Animal Farm* von John Halas und Joy Batchelor ignoriert in seiner Stalinismuskritik aber nicht nur den Stellenwert des Antisemitismus in den realsozialistischen Gesellschaften. Der Film bleibt über weite Strecken selbst einer Denkart verhaftet, die nie und nimmer etwas zu einer Emanzipation wird beitragen können. Es wird nicht einfach Herrschaft kritisiert, sondern die Herrschaft der dekadenten, in Luxus schwelgenden, trinkenden Führungselite wird im Namen

Überarbeitete Fassung eines Vortrags in neun Thesen, gehalten anlässlich der *monochrom*-Filmvorführung von *Animal Farm* im Wiener Museumsquartier am 11. Jänner 2004

VON STEPHAN GRIGAT

Veranstaltung zu Antisemitismus und Antizionismus

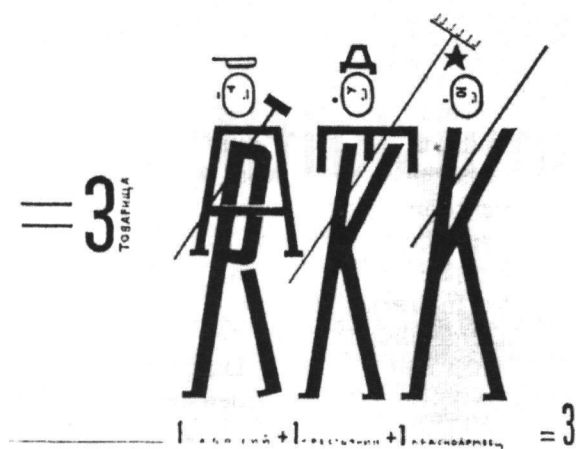
9. Mai 2004 in Zürich,
ab 11:00 Uhr

Karl der Grosse, Kirchgasse 14

ReferentInnen:

Andrea Woeldike (Wadi e. V., Hamburg),
Stephan Grigat (Café Critique, Tel Aviv - Wien),
Joachim Bruhn (ISF, Freiburg)

www.risse.info



des ehrlich arbeitenden, sich in Abstinenz übenden Volkes kritisiert. Unterschwellig richtet sich die Kritik gegen den Luxus selbst, der doch das ganze Ziel einer ernsthaften kommunistischen Bestrebung sein müsste. Man stößt sich, ähnlich wie in den heutigen Bewegungen der Sozialneider, nicht daran, dass nicht alle gleichermaßen am Luxus partizipieren können, sondern daran, dass es nicht allen gleich schlecht geht. Bei solch einer Denkfigur, welche die stalinistische Vergötterung der schaffenden Arbeit in die Kritik am Stalinismus übernimmt, ist es kein Wunder, dass das antisemitische Stereotyp zumindest in dezenter Ausprägung auch bei *Animal Farm* nicht fehlt. Man denke nur an die Figur des Bempel, ein auf das Geld fixierter, sich nicht um die Allgemeinheit schender Händler, der mit schlafwandlerischer Sicherheit mit einer Physiognomie ausgestattet wurde, wie sie Antisemiten für Juden reserviert haben.

3.

Der Stalinismus hat den Wunsch nach Befreiung von Staat und Kapital zu einer sonderbaren Vorstellung werden lassen. Das aber ist kein Grund, von der Kritik zu las-

sen. Auch der Film *Animal Farm* endet ja durchaus optimistisch, obwohl offen bleibt, ob das erneute Auflehnen der Unterdrückten gegen die im Schwein Napoleon verkörperte stalinistische Herrschaft am Ende des Films nun auf die tatsächliche Emanzipation zielt oder auf eine liberale, sozialstaatliche Demokratie. Das kann man sich aussuchen, was wohl einiges zum Erfolg dieses Films beigetragen hat. Den im Hintergrund agierenden Produzenten des Films ging es allerdings keineswegs um eine Verteidigung des Gedankens der radikalen Kritik an Staat und Kapital gegen den Stalinismus, sondern um ein Propagandainstrument im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, der in der fünfziger Jahren auch ein Kampf gegen linksliberale Intellektuelle in den USA war. Nach George Orwells Tod bemühte sich die CIA bei der Witwe um die Filmrechte für *Animal Farm*. Sonia Orwell trat die Rechte unter der Bedingung an den amerikanischen Geheimdienst ab, einmal Clark Gable treffen zu dürfen. Die CIA beauftragte den sowohl propaganda- als auch kunstfilmerprobten Produzenten Louis de Rochemont, und der engagierte, nicht zuletzt aus

Misstrauen gegenüber den sich im Visier des Kommunistenfressers McCarthy befindenden amerikanischen Filmschaffenden, das britische Paar John Halas und Joy Batchelor. Bis heute ist nicht endgültig geklärt, ob das gegenüber der literarischen Vorlage geänderte Ende im Film dem Wunsch von Halas und Batchelor nach einem optimistischen Ausblick oder der Einflussnahme der CIA geschuldet ist. Bemerkenswert und ganz im Sinne der CIA ist jedenfalls, dass beim Filmende die Menschen, die das kapitalistische System repräsentieren, nicht mehr vorkommen. Orwell schließt mit einer Kritik an den stalinistischen Schweinen, die von den kapitalistischen Menschen nicht mehr zu unterscheiden sind. Diese Ununterscheidbarkeit wird im Film lediglich in einer kurzen Sequenz thematisiert, und der Aufstand findet dann nur mehr gegen den Stalinismus statt. Das gefiel den US-amerikanischen Regierungsstellen so gut, dass sie den Film mittels der *United States Information Agency* auf der ganzen Welt verbreiten ließen.

4.

Der Stalinismusbegriff dient heute Trotzlisten, Leninisten und verwandten Sozialdemokraten zur Abgrenzung. Lenin und Trotzki auf der einen und Stalin auf der anderen Seite sollen das jeweils ganz Andere gewesen sein. Selbstverständlich gibt es diese Unterschiede, auch und gerade, was den Antisemitismus angeht. Lenins Theorie, insbesondere seine Imperialismustheorie, weist zwar strukturelle Ähnlichkeiten zum antisemitischen Weltbild auf, aber – und das sollte man heutzutage durchaus hervor-

streichen – keine inhaltlichen. Stalin hingegen hat nicht nur in seinen Kampagnen gegen Kosmopolitismus und Zionismus den Antisemitismus als politisches Herrschaftsmittel eingesetzt, sondern war dem antisemitischen Wahn dermaßen verfallen, dass er aller Wahrscheinlichkeit nach kurz vor seinem Tode die Deportation aller sowjetischen Juden und Jüdinnen nach Sibirien plante. Doch bei allen offensichtlichen Unterschieden – für seine Kritik autoritärer Herrschaft hätte Orwell, der in seiner Buchvorlage die Russische Revolution bis 1924 durchgängig idealisiert, nicht der Erfahrungen aus dem Spanischen Bürgerkrieg und der stalinistischen Sowjetunion bedurft. Ein Hinweis auf die bolschewistische Niederschlagung des Kronstädter Aufstands als ein Beispiel von vielen für den Terror gegen die linke Opposition hätte vollauf gereicht. 1921 hatten bekanntlich in Kronstadt, unweit des revolutionären Zentrums Petrograd, Arbeiter und Soldaten einen wie auch immer widersprüchlichen, in seiner Zielrichtung aber eindeutig emanzipativen Aufstand gegen die bolschewistische Herrschaft angezettelt. Sie forderten Dinge wie Rede- und Pressefreiheit für „Anarchisten und linkssozialistische Parteien“, einen „neuen sozialistischen Entwurf gegen die Staatsbürokratie“ und „Alle Macht den Räten – nicht den Parteien“. Lenin und Trotzki antworteten auf den Aufstand von etwa 4000 Matrosen mit Denunziationen und einer Streitmacht von 50.000 Mann, die allen linksradikalen Kritikern der Bolschewiki vor Augen führen sollte, wer im neuen Russland das Sagen hat.

5.

Kritik des Stalinismus wirft immer die Gewaltfrage auf. Stalinismuskritik bürgerlicher Provenienz zielt stets nicht nur auf die Gewaltextzesse der nachholenden Akkumulation in der Sowjetunion, sondern auf die Delegitimation von revolutionärer Gewalt überhaupt – und, vor allem in Österreich und Deutschland, auf die Delegitimation des antifaschistischen Befreiungskampfes der Roten Armee. Stalin sagte 1931: „In höchstens zehn Jahren müssen wir jene Distanz durchlaufen, um die wir hinter den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus zurück sind. Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt.“ Die Sowjetunion hat das, gerade durch die Anwendung des stalinistischen Terrors, zuwege gebracht. Stalin hatte in diesem Punkt recht: Hätten Führung und Bevölkerung das nicht geschafft, wären sie von der deutschen Wehrmacht vernichtet worden. Gerhard Scheit streicht das Dilemma einer jeden Stalinismuskritik vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus heraus, wenn er in *Die Meister der Krise* schreibt: „Was immer über die alternativen Möglichkeiten zu Stalins Politik diskutiert werden mag – isoliert darf sie nicht betrachtet werden. Ohne Akkumulation und Industrialisierung hätte Nazideutschland Rußland zermalmt. Indessen sollte die ‚Stalinorgel‘ den deutschen Wehrmachtssoldaten einen Begriff davon geben, was diese Industrialisierung zu leisten imstande war.“

6.

Eine Kritik an Staat und Kapital zum Zwecke der allgemeinen Emanzipation müsste sich heute vor allem gegen den

Stalinismus in der Theorie richten. Die Leninschen Dogmen haben in der Form des vom Stalinismus zur Legitimationsideologie erhobenen Marxismus-Leninismus, der sehr viel mehr ein Engelsismus als ein Marxismus war, nicht nur Einfluss auf die ML-Linke gehabt. Zwar ist der Marxismus-Leninismus schon zu Zeiten seiner Kanonisierung von Linkskommunisten angegriffen und später in der Kritischen Theorie in Grund und Boden kritisiert worden. Man denke etwa nur an die Schriften von Räte- und Linkskommunisten wie Paul Mattick und Willi Huhn oder an Theodor W. Adornos Ausführungen zur Erkenntnistheorie. Dennoch scheint der ML heute in der Linken allgegenwärtig zu sein, sei es in Form der barbarischen Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit der man sich besonders gerne mit den islamistischen Nazis von Hamas und Hisbollah verbrüdet;¹ sei es in einer Imperialismusvorstellung, die von einer Globalisierung und Modifizierung der Wertverwertung kaum reden möchte, aber antikomunistischen und antisemitischen Massenmördern wie Saddam Hussein, mit denen im Vergleich Orwells Diktatoren wie Humanisten erscheinen, fest die Treue halten; sei es in Parteaufbaukonzepten und Avantgardavorstellungen, deren Kritik man heute am liebsten Humoristen und Satirikern überlassen würde; oder sei es in erkenntnistheoretischen Überlegungen zu einer „Widerspiegelungstheorie“, die schon in ihrer Leninschen Fassung von der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie gänzlich unberührt geblieben ist und in ihrer stalinistischen, ebenso autoritären wie positivistischen Fassung

zum Gegenentwurf zur materialistischen Ideologiekritik, zur Kritik des real-abstrakten Fetischismus der kapitalen und staatlichen Vergesellschaftungsweise geworden ist.

7.

Statt einer Aufnahme der Fetischkritik, die bei Marx zugleich eine Kritik der strukturellen Verfasstheit der Warengesellschaft und des Bewusstseins der Individuen, die in dieser Gesellschaft leben, ist, und in der gezeigt wird, wie gesellschaftliches Bewusstsein und gesellschaftliches Sein miteinander korrespondieren, sich gegenseitig hervorbringen und bedingen, findet sich bei Lenin mit der Widerspiegelungstheorie, die dann im ML zur kanonisierten Erkenntnis-

theorie avancierte und neben der Lehre von der Naturdialektik zum zentralen Bestandteil des auf Herrschaftslegitimation abzielenden Sowjetmarxismus wurde, ein theoretischer Entwurf, der nicht nur hinter die Marxsche Fetischkritik, sondern noch hinter die Hegelsche Logik und Kant zurückfällt, und als vorkantische Ontologie hinreichend gekennzeichnet ist. Die gesamte Ideologie-, Bewusstseins- und Erkenntnistheorie von Marx schrumpft bei ihm, wie später sowohl Georg Lukács und die Kritische Theorie als auch Gramsci kritisiert haben, auf eine der Optik entlehnte, mechanistische, eine starre Trennung voraussetzende Metapher zusammen. In Lenins *Materialismus*

1 Die Formulierung „islamistische Nazis“ führt immer wieder zu empörten Reaktionen und langwierigen Debatten, ähnlich wie die Hinweise auf die nationalsozialistischen Einflüsse auf den Baathismus und Formulierungen wie „Moslem-“ oder „Islamfaschisten“. Wie aber nennt man Gruppierungen, die vermeintliche und tatsächliche Abweichler, Kommunisten, emanzipierte Frauen, Liberale, Homosexuelle und Juden hassen, die Israel zerstören und das „jüdische Prinzip“, alle Juden und ihre als „Gesinnungsjuden“ identifizierten vermeintlichen oder tatsächlichen Unterstützer vernichten wollen, die einem Kult des Todes huldigen, enge Kontakte und freundschaftliche Beziehungen zu Nazi-Deutschland unterhalten haben und zu den heutigen Rechtsradikalen unterhalten, „Mein Kampf“ und die „Protokolle der Weisen von Zion“ als Lektüre schätzen, Alfred Rosenberg und Fichte verehren und gerne auch mal mit dem Hitlergruß aufmarschieren. Niemand leugnet die offensichtlichen Unterschiede zwischen dem deutschen Nationalsozialismus an der Macht und der islamistischen sowie panarabisch-nationalistischen Mobilmachung. Ansonsten würde man ja auch einfach von Nazis und von Faschismus, nicht von „islamistischen Nazis“ und „Faschismus unter trikontinentalen Bedingungen“ sprechen. Einwände gegen diese Terminologie, die darauf hinweisen, dass doch weder die Taliban noch Hamas, Al Quaida oder Hizbollah über einen industrialisierten und hochgerüsteten Nationalstaat verfügen, sprechen das Offensichtliche aus und verkennen doch zugleich die aktuellen Gefahren im sich globalisierenden Postnazismus, der eine Verallgemeinerung des deutschen Krisenlösungsmodells und der deutschen Ideologie impliziert, und in dem sich zum schlanken Staat der Elendsverwaltung die Selbstmordrackets mit ihrem Outsourcing der Vernichtung und der Individualisierung des Faschismus gesellen.

und Empiriokritizismus heißt es ebenso lapidar wie blöde: „Das gesellschaftliche Bewußtsein widerspiegelt das gesellschaftliche Sein – darin besteht die Lehre von Marx.“ Während für die Widerspiegelungstheorie das Bewusstsein einfach nur, wie es bei Lenin heißt, „das Abbild des Seins, bestenfalls sein annähernd getreues Abbild (ist)“, hat Marx in der Wert- und Fetischkritik sehr viel umfassender versucht zu thematisieren, warum das Bewusstsein der Subjekte in der wertförmig konstituierten Warengesellschaft falsch ist, warum es notwendig falsch ist und warum es daher zugleich richtig ist, warum das Bewusstsein nicht einfach ein Abbild der Wirklichkeit, sondern immer ein verkehrtes und damit als Praxis auch verkehrendes Bewusstsein ist, ein für die Warensubjekte selbst richtiges Bewusstsein von einer scheinbar natürlichen, naturgegebenen Gesellschaft, das vor dem Hintergrund der Wertformanalyse und dem Marxschen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes Wesen ist, als falsches Bewusstsein von einer falschen Gesellschaft dechiffriert werden kann.

Während in der Marxschen Waren- und Wertformanalyse die Subjekte nur scheinbar abwesend sind, existiert bereits in Lenins Widerspiegelungs- oder Abbildtheorie eine Tendenz zum Objektivismus. Zum vollendeten Dogma wird diese Tendenz, Erkenntnis auf eine bloße Verdoppelung der Realität im Bewusstsein herunterzubringen, bei Stalin, bei dem das Subjekt aus der Theorie endgültig verschwindet und Bewusstsein – egal

ob in der fetischisierten kapitalistischen Warenproduktion oder im Sozialismus – immer nur ein mehr oder weniger gelungenes Nachvollziehen des ohnehin vonstatten gehenden objektiven historisch-gesellschaftlichen Prozesses ist. Ging es Marx noch darum, dass sich die Menschen von den in der kapitalistischen Gesellschaft als objektive und überhistorische Gegebenheiten *erscheinenden* (wenn auch in der Praxis real existierenden) ökonomischen Zwängen befreien, postuliert Stalin die Gegebenheit der ökonomischen und gesellschaftlichen Gesetze in Parallelität zur Naturwissenschaft als übergesellschaftlich, unabhängig von allem menschlichem Handeln und Bewusstsein. Während man die Leninsche Theorie noch als verfälschende Vereinfachung oder Verflachung der Marxschen Ideologie- und Erkenntniskritik bezeichnen könnte, mutiert die Widerspiegelungstheorie bei Stalin zum genauen Gegenteil der Marxschen Fetischkritik und ist – um im Jargon der Mler zu bleiben – ein getreues Abbild, eine Widerspiegelung des stalinistischen Antihumanismus in der Theorie.

8.

Eine frühe Kritik an Lenins *Materialismus und Empirio-kritizismus* lieferte der Linkskommunist Anton Pannekoek. Dennoch wäre es falsch zu behaupten, der westeuropäische Linksradikalismus, wie er von Pannekoek, Herman Gorter, der *Gruppe Internationaler Kommunisten* und anderen repräsentiert wurde, hätte sich gerade bei der Rezeption der Marxschen Wert- und Fetischkritik vom Leninismus grundlegend unterschieden. Die Differenzen zwischen Linkskommunisten und Bol-

schewisten lagen vornehmlich auf einer anderen, vor allem praktisch-politischen Ebene. Ausnahmen stellten diesbezüglich lediglich Karl Korsch oder auch Georg Lukács, der aber nur mit Einschränkungen in die linkskommunistische Tradition eingereiht werden kann, dar. Auch Rosa Luxemburg stand zwar in zahlreichen Fragen in Opposition zu Lenin und dem Leninismus, und ihre Krisentheorie gibt heute sehr viel mehr her als die Leninsche Imperialismustheorie, aber auch bei ihr findet sich nur eine sehr traditionalistische Interpretation der Marxschen Wertkritik.

Bei Trotzki findet sich ebenso wie bei Lenin keine Fetischkritik. Anlässlich der Verurteilung der Kronstädter Revolte meinte Trotzki zwar, die Arbeiteropposition sei „mit gefährlichen Parolen hervorgetreten. Sie hat aus den demokratischen Prinzipien einen Fetisch gemacht.“ Drei Jahre später führte Stalin, nicht zuletzt gegen Trotzki und seine Anhänger gewendet, aus, „daß die Opposition mit ihrer zügellosen Agitation für die Demokratie, die sie oft zu etwas Absolutem macht und zum Fetisch erhebt, die kleinbürgerliche Elementargewalt entfesselt.“ In beiden Fällen wird der Fetisch-Begriff natürlich nicht im Sinne der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, sondern im Alltagssprachlichen Sinne von Überschätzung und Überbewertung gebraucht. Das gilt auch für Stalins famose Behauptung, nach der die Kommunistische Partei der Sowjetunion frei sei „von einer fetischistischen Einstellung zu ihren Führern“. Sowohl Trotzki als auch Stalin ziehen den Fetischbegriff zur Legitimation der Parteidiktatur heran. Gerade in bezug auf Stalin kann

man Ulrich Erckenbrecht zustimmen, der einmal meinte: „Zu dem Prinzip des Führerfetischismus paßt, daß die Führer selbst wenig vom Fetischismus begreifen.“

Auch wenn von einer Fetischkritik im Marxschen Sinne bei Trotzki keine Rede sein kann, findet sich in *Verratene Revolution* eine kurze, durchaus auf eine Rezeption der Marxschen Fetischkritik verweisende Notiz. Es handelt sich dabei aber nur um einen kurzen Ausflug in die Wertkritik, der zudem ähnlich wie die meisten Äußerungen Lenins zur Marxschen Fetischismusanalyse recht oberflächlich bleibt. Und so ist denn auch der Trotzismus bis heute eine der am deutlichsten auf den Klassenkampf fixierten und eine Huldigung der Arbeit postulierenden Richtungen in der Arbeiterbewegung geblieben.

Der Trotzismus trifft sich darin mit der klassischen sozialdemokratischen Theoriebildung etwa eines Franz Mehring, dem neben Karl Kautsky wohl wichtigsten Vertreter der deutschen marxistischen Orthodoxie, der sich später den revolutionären Spartakisten annäherte. Seine Absage an alle „philosophischen Hirnwebereien“ gilt als symptomatisch für einen Marxismus, der die erkenntnis- und bewusstseinskritischen Implikationen der Marxschen Fetisch- und Wertkritik nie reflektiert hat und daher in den Bewusstseinsformen der Subjekte in der Warengesellschaft nur ein aus der ökonomischen Basis abgeleitetes Phänomen sah, das kaum einer eigenen Untersuchung wert sei.

Sowohl der Leninismus als auch die Sozialdemokratie waren gezwungen, die Fetischismuskritik und damit auch die Ideologiekritik im Marxschen

Werk zu ignorieren. Dem Leninismus wäre die Legitimationsideologie für sein repressives, mit der Waren- und Geldlogik keineswegs konsequent brechendes Herrschaftssystem abhandeln gekommen. Der Sozialdemokratie hätte bei einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Marxschen Wert- und Fetischkritik bewusst werden müssen, dass ihre Politik wie auch ihre Zielvorstellungen mit der Gesellschaftskritik von Marx, auf den man sich im sozialdemokratischen Milieu damals noch beziehen musste, nicht viel gemein haben. Statt Ideologiekritik zu praktizieren haben daher Leninisten wie Sozialdemokraten, der dogmatische Marxismus wie der Revisionismus, die Orthodoxie wie die vermeintliche Häresie die eigene Theorie zur Ideologie erhoben. Die ausschließlich negative Konnotation des Ideologiebegriffs ist damit verlorengegangen und viele Linke wollen noch heute im „ideologischen Kampf“ „ihre Ideologie“ gegen die bürgerliche durchsetzen. Die bürgerliche Ideologie wird dabei nicht mehr wie noch bei Marx in der Kritik der politischen Ökonomie als notwendig falsches Bewusstsein verstanden, sondern nur mehr als Schein, als Betrug, als bewusst eingesetztes Herrschaftsmittel, als Manipulationsinstrument „der Herrschenden“ gegen „die Beherrschten“.

Marx hat mit seiner Wertanalyse, mit seiner Kritik des Fetischismus und der Verdinglichung eindrücklich nachgewiesen, dass die Integration der Arbeit in das Kapitalverhältnis bereits im Begriff des Kapitals angelegt ist. Zugleich hat er, wenn auch mit einigen Brüchen, an seiner schon vor der Kritik der poli-

tischen Ökonomie entwickelten Theorie der proletarischen Revolution weitgehend festgehalten. Grundlage dieses festen Glaubens war unter anderem eine wie auch immer widersprüchliche Konstruktion oder auch Übernahme einer Ontologie der Arbeit. Gerade diese Arbeitontologie, die bei Marx selbst noch durch eine Kritik der Arbeit und eine Kritik eines überhistorischen Arbeitsbegriffs konterkariert wird, wurde vom traditionellen Marxismus, von Engels über Hilferding, von Lenin bis Mehring, von der Sozialdemokratie bis zum Stalinismus übernommen, wohingegen die Wertformanalyse und die Fetischkritik weitgehend ignoriert wurden. Diese Ignoranz, diese Depotenzierung der Marxschen Theorie, die Beraubung dieser Theorie um ihren kritischen Stachel, der sich nicht gegen die Kapitalistenklasse, sondern gegen Klassen überhaupt, nicht gegen das Kapital im Namen der Arbeit, sondern gegen Kapital und Arbeit als Ausdruck des Wertverhältnisses, nicht gegen bestimmte Erscheinungsformen der kapitalistischen Konkurrenz wie die bei Lenin im Zentrum der Kritik stehenden Monopole, sondern gegen die warenförmige Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft richtete, dieser historische Angriff auf die Marxsche Kritik des Kapitals ist selbst ein Hinweis auf die Richtigkeit der Marxschen Kritik. Soll die bürgerliche Gesellschaft aus dem Wert- und Kapitalbegriff heraus begriffen werden, so muss auch die Entwicklung der Kritik dieser Gesellschaft mit dem Wert- und Kapitalbegriff in Zusammenhang gebracht werden. Es wäre eine materialistische Erklärung der Fehlentwicklungen des Materialismus not-

wendig, die zeigen müsste, dass diese Fehlentwicklungen aus dem Gegenstand der Kritik des Materialismus selbst resultieren und daher auch keine Fehlentwicklungen im Sinne von relativ zufälligen Irrtümern sind. Das, was die Arbeiterbewegung in den meisten ihrer Ausprägungen nach Marx zu bieten hatte, war kein einfaches Missverständnis der Marxschen Kritik, auch wenn dieses Missverständnis vielleicht die Voraussetzung dafür war, sondern die Ratifizierung dessen, was im Begriff des Kapitals bereits angelegt war, von der arbeitsmetaphysischen Seele in Marx Brust, wie Stefan Breuer bemerkt, „jedoch stets wieder zugunsten einer Ontologie der Arbeit zurückgenommen wurde: daß der Kapitalismus zwar das Proletariat produzierte, aber eben auch sein Proletariat, das noch dort, wo es sich scheinbar gegen das Wertverhältnis wandte, nur zu dessen Universalisierung beitrug.“

9.

Was bedeutet es heute, wenn die Deutschen von einer Emanzipation von Staat und Kapital nichts wissen wollen, aber Karl Marx laut ZDF-Umfrage für einen ihrer „Besten“ halten? Eine Kritik, die Marx ernst nimmt und also die Befreiung vom Staat statt durch den Staat, die Abschaffung von Arbeit, Geld und Kapital, von Warentausch und repressiver Gleichheit fordert und sich mit Marx gegen jede Resentimentgeladene Kritik richtet, die sich stets, wie es in den *Theorien über den Mehrwert* heißt, nur gegen das Kapital in „seiner wunderlichsten und zugleich der populärsten Vorstellung nächsten Gestalt“ wendet, hat bei den Deutschen keine Chance. Ein Marxismus aber, der mit den Pa-



rolen „Die Arbeit hoch!“, „Geld gerecht verteilen!“ und „Staat statt Markt!“ hinreichend charakterisiert ist, verschafft Marx einen Platz unter den deutschen Top Ten gleich neben Martin Luther und Konrad Adenauer. Während bei den deutschen Otto Normalvergasern solch ein sozialdemokratisch-christlicher Reformmarxismus samt seiner antisemitischen und faschistischen Implikationen hoch im Kurs steht, setzt die Linke zunehmend wieder auf dessen radikalisierte Variante: den Leninismus samt eines als konsequente „Interessenpolitik“ ausgegebenen Klassenkampfes. Damit wird man über einen staatsfetischistischen Juristensozialismus ebensowenig hinauskommen wie über die diversen Ausprägungen eines wert-, geld- und preisidealistischen Mathematikersonzialismus, der nie auf die Abschaffung einer Ökonomie zielt, die auf der Wertförmigkeit der Arbeitsprodukte beruht. Der Kommunismus wäre aber nicht eine revolutionierte Berechnungs- und Verteilungspraxis, sondern der Bruch mit der Wertlogik. Es geht ihm nicht um eine Diktatur von

Menschen über Menschen, sondern um eine Diktatur des Willens und der Wünsche der Menschen über die sachlich-materiellen Bedingungen ihres Daseins. Materialistischer Kritik geht es darum, gesellschaftliche Zustände zu schaffen, die es den Menschen erstmals ermöglichen, ihr Leben selbstbewusst, das heißt, jenseits der Verwertungs- und Herrschaftsimperative von Staat und Kapital zu planen.

Es geht also um die Abschaffung der Warengesellschaft. Wer aber von der Abschaffung der Warengesellschaft redet, muss die Möglichkeit ihrer barbarischen Aufhebung thematisieren. Diesbezüglich kann es nicht mehr um eine Kritik des Stalinismus á la George Orwell gehen. Notwendig ist eine Kritik der heutigen Linken, die sich anschickt, in einem mal ideellen, mal aber auch ganz praktischen Bündnis mit Islamisten und mit den Regierungen der Old-Europe-Staaten unter Führung Deutschlands zur Vorhut eben solch einer barbarischen Aufhebung zu werden.² Kritik an Staat und Kapital hätte sich heute nicht in erster Linie über die Gefahren autoritärer Führerpersönlichkeiten bewusst zu sein (auch wenn man die diversen Möchtegernlenins, -trozkis und -stalins nicht unterschätzen sollte), sondern über die Gefahr eines Antikapitalismus, der von Marx fast gar nichts,

von der deutschen Ideologie aber fast alles sich zu eigen gemacht hat. Der Stalinismus hat den Staatssozialismus für alle Zeiten diskreditiert, nicht aber eine Kritik an Staat und Kapital, die auf den Kommunismus im einzig emanzipativen Sinne zielt, also der Herstellung der Möglichkeit individuellen Glücks als absoluter Gegensatz zum völkischen Identitätswahn. Schaut man sich die realexistierende Linke heute an, so hat man das Gefühl, dass sie von der Kritik der politischen Ökonomie gar nichts, vom Stalinismus und vom nationalen Sozialismus aber jede Menge gelernt hat. Und so übt sie auch keine Kritik, sondern hegt ihre Ressentiments, die durch einen Film wie *Animal Farm* eher bedient als destruiert werden. Diese Ressentiments richten sich gegen alles, was auch die Antisemiten hassen, gegen Zivilisation und Individualität, gegen Intellektualität, Abstraktheit, Künstlichkeit und Liberalität, gegen Ausschweifung und Freizügigkeit.

Kritik an Staat und Kapital ist heute so notwendig wie eh und je. Nach den Erfahrungen der letzten hundert Jahre, und nach den Erfahrungen mit der Linken nach dem antisemitischen Massaker vom 11. September erst recht, hat diese Kritik aber bestimmten Mindestanforderungen zu genügen. Diese Mindestanforderungen hat Clemens Nachtmann in dem

Sammelband *Transformation des Postnazismus* auf den Punkt gebracht: „Eine jede Staatskritik wird daran zu messen sein, ob sie mit dem Staat Israel, jener prekären Nothilfemaßnahme gegen die antisemitische Raserei, sich bedingungslos solidarisch erklärt, was die Solidarität mit dessen bewaffneter Selbstver-

teidigung selbstverständlich einschließt. Und jede Kritik am Kapital ist daran zu messen, ob sie, als ihr theoretisches Zentrum, dessen negative Selbstaufhebung in manifesten Barbarei als eine wiederholbare Konstellation auf den Begriff zu bringen vermag und zum Angelpunkt der Agitation macht.“

Literatur:

- Heinz Abosch: *Trotzki-Chronik*. München 1973
- Theodor W. Adorno: *Philosophische Terminologie*. Bd. 2, Frankfurt a. M. 1992
- Stefan Breuer: *Die Krise der Revolutionstheorie*. Frankfurt a. M. 1977
- Jürgen Elsässer: *Ehrbarer Antisemitismus?* In: Wolfgang Schneider/Boris Gröndahl (Hg.): *Was tun? Über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik*. Hamburg 1994
- Ulrich Erckenbrecht: *Das Geheimnis des Fetischismus*. Frankfurt a. M. - Köln 1976
- Bodo v. Greiff: *Über materialistische Erkenntnistheorie und Emigration*. In: *Leviathan*, Nr. 3, 1986
- Stephan Grigat: „Bestien in Menschengestalt“. *Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken*. In: *Weg und Ziel*, Nr. 2, 1998
- Michail Heller/Alexander Nekrich: *Geschichte der Sowjetunion*. 2 Bd., Frankfurt a. M. 1985
- Wladimir I. Lenin: *Materialismus und Empirio-kritizismus*. Werke, Bd. 14, Berlin 1968
- Marx-Engels-Werke, Berlin 1988 ff.
- Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*. Berlin 1990
- Franz Mehring: *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*. Berlin 1960
- Clemens Nachtmann: *Krisenbewältigung ohne Ende*. In: Stephan Grigat (Hg.): *Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus*. Freiburg 2003
- Oskar Negt: *Marxismus als Legitimationswissenschaft*. In: Abram Deborin/Nikolai Bucharin: *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*. Frankfurt a. M. 1969
- Anton Pannekoek u. a.: *Marxistischer Antileninismus*. Freiburg 1991
- Gerhard Scheit: *Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand*. Freiburg 2001
- Gerhard Scheit: *Suicide Bombing. Über die neuen Formen des Antisemitismus – und ihren Zusammenhang mit den alten*. In: *Context XXI*, Nr. 8/2002-1/2003
- Josef W. Stalin: *Werke*. Berlin 1952 ff.
- Leo Trotzki: *Verratene Revolution*. Essen 1996
- Laurence Zuckerman: *How the Central Intelligence Agency Played Dirty Tricks With Our Culture*. www.commondreams.org/headlines/031800-02.htm

² Ein aktuelles Beispiel für solche gar nicht merkwürdigen Allianzen war die Konferenz am Deutschen Orientinstitut in Beirut Mitte Februar, die gemeinsam von der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung und der libanesischen Hisbollah-Vorfeldorganisation Consultative Center for Studies and Documentation mit Unterstützung der österreichischen Botschaft in Beirut organisiert wurde. Auf der Konferenz sprach auch der Islamist Tariq Ramadan, der noch vor wenigen Monaten einer der Starredner beim Europäischen Sozialforum in Paris war.

System error

Niklas Luhmanns Systemtheorie

Das Niklas Luhmanns Systemtheorie die übrigen Theorien aus dem geisteswissenschaftlichen Wettbewerb allmählich verdrängt, kommt nicht von ungefähr: Sie ist das kongeniale Gedankengebäude einer Welt, die jedes bessere Argument gelassen von sich weist und sich selbst durch ihr bloßes Funktionieren rechtfertigt. Eine unerläßliche Funktion in dieser Welt erfüllen demnach sogar die Leute, die solche Lehrmeinungen weiterkommunizieren.

Die „Bildungsmisere“, die allenthalben beklagt wird, ist ein Problem, mit dem Menschen ohne Berufsperspektive ganz gut leben können, da es ihnen nämlich schnuppe sein kann, ob die Funktionseleiten dieser Welt noch richtig lesen und

schreiben können, geschweige denn in ihrem vollbeschäftigten Leben jemals noch ein richtiges Buch zu Gesicht bekommen. Von den übrigen wird ohnehin bloß erwartet, dass sie ohne Verrenkungen ihre Unterschrift leisten und sich am Arbeitsplatz nicht gegenseitig abmurksen. Die Umstellung der Universitäten auf höhere Ausbildungsanstalten mit Stundenplänen, Klausurarbeiten und möglichst schnellen Abschlüssen zeigt unterdes an, dass auch von den Studierenden demnächst nicht viel mehr erwartet wird. Die Zeiten, wo man an den Unis mit Theorien konfrontiert wurde, die wenn nicht die Welt, so doch das eigene Verhältnis zur Welt verändert haben, sind vorbei. Auch die sogenannten Geisteswissenschaften haben sich inzwischen weitgehend aufs Dichten verlegt. Gedacht werden muß in Philosophie, Philologien und Sozialwissenschaften nötigenfalls nur noch eine einzige Theorie, die man zum besseren Verständnis nicht einmal wirklich begreifen muß: die Systemtheorie von Niklas Luhmann. Diese Theorie erklärt nicht nur, warum in der scheinbar aus den Fugen geratenen Welt alles an seinem Platz ist; sie räumt sogar denjenigen, die solche Weisheit berufsmäßig weitertratschen, ein für das Funktionieren des Ganzen angeblich notwendiges Plätzchen im Wissenschaftssystem ein. Das

macht auf jeden Fall glücklicher als eine kritische Theorie, die frühere Generationen in Selbstzweifel gestürzt und schließlich in den Suff getrieben hat.

Die Systemtheorie steht dem Wissenschaftsbetrieb gut zu Gesicht: Sie argumentiert „wertfrei“, will nur beobachten und zu nichts verpflichten, und sie gibt der Gesellschaft eine Daseinsberechtigung, wie sie vielleicht seit Hegel niemand mehr so unverfroren auf den Tisch gebracht hat. Die objektive Vernunft, die Hegel dazu herbemühen mußte, ist längst in die Funktionale gerutscht und das Bewußtsein der Freiheit auf dem Müllhaufen des alteuropäischen Denkens abgelegt. Der soziologische Bauplan, den Luhmann über rund 50.000 Seiten entrollt, um die moderne Gesellschaft als eine der funktionalen Differenzierung zu beschreiben, ist ernüchternd in jeder Hinsicht. Wer von utopischen Schwärmereien die Nase voll hat, betritt mit der Systemtheorie endlich ein Paradies der Sachlichkeit. Alles um einen herum kommuniziert und interpoliert und penetriert, und der Tigersprung unter freiem Himmel, als welchen Walter Benjamin einst die Revolution bezeichnet hat, findet an keine der Kommunikationen mehr Anschluss. Zumal für ehemalige Radikale, die ihre schlechte Behausung aufgeben und zum Beispiel auf einen Lehrstuhl umziehen

Im Siegeszug der Systemtheorie verdeutlicht sich das Elend des Akademismus.

VON CHRISTOPH HESSE*

Antifaschistisches info Blatt
Nr.61 | 4/2003

Rocker und Rechte
Geld, Profis, Subkultur
Die Story der Band Landser

Vom wilden Streik bei Ford 1973

Zentrum gegen Vertreibungen
Die Debatte

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

*) Christoph Hesse ist Mitglied des Arbeitskreises Rote Ruhr Uni in Bochum (www.rote-ruhr-uni.org).

wollen, hält Luhmann eine Art zweiten Bildungsweg bereit. Komplexe Theorien (Marx, Adorno usw.) haben sie schon früher nicht recht verstanden, und wenn sie Luhmann heute ebenso schlecht verstehen, verstehen sie ihn möglicherweise genau richtig. Das Zauberwort Komplexität allein reicht hin, um wenigstens das eigene Verhalten, das jetzt Funktionieren heißt, zu plausibilisieren.

Theoretischer Souverän

Luhmanns Theorie hat nichts mit Geschichte und im Grunde auch nichts mit Gesellschaft zu tun. Das macht ihren Reiz gegenüber herkömmlichen Soziologien gerade aus. Das Universum, das sie beschreibt, besteht aus abstrakten Kommunikationen und Koppelungsprozessen, aus Systemen, die sich wechselseitig als Umwelt in Anspruch nehmen. An keiner Stelle ist von handelnden Menschen, Klassen oder den gesellschaftlichen Formbestimmungen die Rede, die das menschliche Handeln genauer erklären könnten. Inmitten dieser gigantischen Relaiskonstruktion, die manche für eine unübertreffliche Beschreibung der modernen Gesellschaft halten, installiert sich die Theorie als Beobachter, der alles im Griff hat – oder jedenfalls alles in Begriffe fassen kann, die so weit hergeholt sind, dass ihnen plattterdings niemand zu widersprechen wagt. Einwände können stets als „unterkomplex“ zurückgewiesen werden. Wer sich auf die Theorie erst einmal einläßt, wird auch vermutlich bald keinen Einwand mehr finden. Anders als postmoderne Instantphilosophien besticht

Luhmanns Theorie durch strenge Systematik und eine Gelassenheit, die jeden Zweifel als Sentimentalität erscheinen läßt. Nie hat man den Eindruck, etwas besser zu wissen als der Autor, der auf seinem Terrain souverän mit allem fertig wird. Man kann ihm nur folgen (und vertrauen, wo man ihm nicht folgen kann) oder ein anderes Buch zur Hand nehmen.

Zum Beispiel eins von Marx: „Unbestreitbar eine geniale Konstruktion“, so hat Luhmann einmal die Marxsche Theorie kommentiert. Und wer könnte das besser beurteilen als einer, der zwar von kritischer Theorie nie etwas wissen wollte, es aber selbst beim Konstruieren von Gedankenwerk zu wahrer Ingeniosität gebracht hat? Im Unterschied zu den gern gesehenen Sykophanten der

Wissenschaft, die wie Ulrich Beck lieber fürs Feuilleton schreiben, weil sie dort bereits für Denker gehalten werden, war Niklas Luhmann tatsächlich einer. Nur leider hat er sich zeitlebens Gedanken gemacht, deren Zweck allein darin besteht, das von ihm selbst so ausführlich beschriebene Wissenschaftssystem bei Laune zu halten. Alles andere ist der Einbildung der darin tätigen Bewußtseinssysteme zuzurechnen.

Leute, die fürchten müssen, dass, wenn sie wirklich etwas über Gesellschaft erfahren, sie es in dieser Gesellschaft zu nichts mehr bringen werden, können den Luhmann getrost lesen und trotzdem das gute Gefühl behalten, sich mit großer Theorie zu beschäftigen. Einfacher und billiger wäre allerdings eine Flasche Schnaps.

BAHAMAS

Der Antiimperialismus ist ein Meister aus Deutschland: Die Verständnissinnigkeit, ja die kaum verhohlene Begeisterung, die insbesondere das sozialdemokratisierte deutschfreundliche Europa dem brachialen Antisemitismus und dem zivilisationsfeindlichen Kollektivismus, wie ihn der Djihadismus propagiert und praktiziert, entgegenbringt, läßt nur einen Schluß zu: Der antiwestliche Krieg spricht ihm aus der Seele. Im Djihadismus findet es alle Ingredienzen des historischen „deutschen Weges“ (Schröder); jene Ingredienzen, die von Beginn an das ausmachen, was deutsch ist: die Installation des Kapitalismus nicht durch sondern gegen das Bürgertum; Konkurrenzfähigkeit ohne Krise, Frieden ohne Freiheit, Gemeinschaft statt Gesellschaft, die Feindseligkeit gegen die Individuation, die Verteidigung der Regression als höhere Kulturstufe; allgemein gesagt: der Affekt gegen das Fremde, Unordentliche, Vermischende, gegen Liberalismus, Tauschbeziehungen, Abstraktheit, Kritik und Aufklärung, und die selbstbezügliche Liebe zum Hergebrachten, Kindlichen, Vorbegrifflichen, zur fraglosen Autorität.

**Die BAHAMAS erscheint 3 bis 4 mal im Jahr.
Sie kostet pro Heft 4 EUR (auch Briefmarken).
Das aktuelle Heft oder Nachbestellungen bei:**

**BAHAMAS, Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Telefon: 030 / 623 69 44
mail@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org**

Im Schatten

Sowjetische Widerstandskämpferinnen gegen den Nationalsozialismus

Bereits im November 1941 hielt die deutsche Armee ein Gebiet besetzt, in dem vor dem Krieg 40 Prozent der sowjetischen Bevölkerung, das heißt ungefähr 70 Millionen Menschen gelebt hatten. Nach offiziellen sowjetischen Quellen erreichte die Zahl der aktiven Partisanen und Partisaninnen im Sommer 1944 mit 280.000 ihren Höhepunkt. Der offizielle Frauenanteil unter ihnen lag bei knapp 10 Prozent bzw. zwischen 26.000 und 28.000. Es wird geschätzt, dass es insgesamt zwischen 700.000 und 1,3 Millionen Personen gab, die in irgendeiner Weise (etwa auch durch verschiedene Hilfsleistungen) am Widerstand teilgenommen haben. Unter ihnen waren mindestens 50.000 Frauen.

Im sowjetischen Kontext sollte man auch an die Tatsache erinnern, dass (abgesehen von der starken Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte während des Krieges) etwa 800.000 sowjetische Frauen in der Roten Armee dienten: als Köchinnen oder Wäscherinnen, als Chirurginen, Sanitäterinnen, Krankenschwestern, Schreibkräfte und Telefonistinnen, aber auch als Scharfschützinnen, Fliegerinnen, Fallschirmspringerinnen, Frontsoldatinnen und Spioninnen. Die Schriftstellerin Swetlana

Alexijewitsch – eine der ersten, die diese kämpfenden Frauen untersucht hat – konstatiert: „Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit hatten so viele Frauen an einem Krieg (aktiv) teilgenommen.“

Eine Erklärung für diesen Umstand wurde von der weißrussischen Partisanin und Historikerin Wera Dawydowa geliefert: „Ich habe mich viel mit dem Krieg auseinander gesetzt, unter anderem selbstverständlich auch mit der Frage: Was bewog Frauen, in den Krieg zu gehen. Ich glaube, das ist ein nationaler Charakterzug. Die Sowjetfrau kann doch nicht unbekümmert ihr Kind baden, am Herd stehen, wenn sie sieht, dass ihrem Land, ihrem Volk der Untergang droht. Abgesehen davon hatte sich schon zu Beginn des Krieges die Emanzipation, unsere Gleichberechtigung mit den Männern bemerkbar gemacht.“

„Tanja“ aus Smolensk

Smolensk ist eine Provinzhauptstadt im westlichen Russland nahe der weißrussischen Grenze, etwa auf halbem Weg zwischen Minsk und Moskau. Sie wurde im Juli 1941 von der deutschen Armee erobert und blieb bis September 1943 besetzt. Während der Besatzung gab es schätzungsweise hundert Partisanen unter den 30.000 Zivilis-

ten. Der Anteil der Frauen unter ihnen ist nach wie vor unbekannt, ebenso wie auch die Zahl anderer Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, die unter hohem persönlichen Risiko geholfen haben, sowjetischen Kriegsgefangenen, Juden, Partisanen und Zivilisten in der Umgebung das Leben zu retten.

Am 3. Juli 1941 hielt Stalin seine erste öffentliche Kriegsrede. Der Krieg hatte bereits elf Tage zuvor begonnen. Er rief zu einem umfassenden Volkskrieg gegen die Eroberer auf: „In den vom Feind besetzten Gebieten müssen Partisaneneinheiten gebildet werden (...) um gegen die feindlichen Truppen zu kämpfen (...), Brücken und Straßen in die Luft zu jagen, Telefon- und Telegrafverbindungen unbrauchbar zu machen, und an Wälder, Lagerhäuser, Transportmittel usw. Feuer zu legen.“

Vor dem 3. Juli war Smolensk schon mehrmals bombardiert worden. Den meisten der rund 160.000 Einwohner gelang es, vor der Einnahme der Stadt durch die deutsche Armee zu fliehen. Unter den ungefähr 30.000 Menschen, die nach dem Einmarsch der NS-Truppen noch in Smolensk blieben, fanden sich überwiegend die sozial Schwächeren, die Armen und die Alten. Für sie war es aus Geld-

Das Beispiel einer Partisanin aus Smolensk

VON LAURIE COHEN*

*) Laurie Cohen hat ihre Doktorarbeit an der Universität Wien über *Germans in Smolensk. Everyday Life under Nazi Occupation, 1941-1944* geschrieben. Sie arbeitet als Historikerin und Übersetzerin in Innsbruck und Wien.

mangel, auf Grund fehlender Partei-Verbindungen oder auch, weil sie keine Verwandten auf dem Land hatten, unmöglich gewesen, rechtzeitig zu flüchten. Im Sommer 2000 interviewte ich in Smolensk eine ehemalige russische Widerstandskämpferin, die zu einer Partisanengruppe gehört hatte. Ich werde sie „Tanja“ nennen. Sie erinnerte sich: „Die Deutschen kamen sehr schnell bis Smolensk, weil alle geflohen waren. Die gesamte Führung war geflohen. Niemand war zurückgeblieben. Die einzigen Leute, die geblieben waren, waren die, die nirgendwohin fliehen konnten.“

In einem Umfeld, dass von systematischer Vernichtungspolitik, allgegenwärtigem und willkürlichem Terror gekennzeichnet war, konnten die meisten Zivilisten nicht viel mehr tun als sich, so gut es gerade ging, persönlich durchzuschlagen. Sich den Partisanen anzuschließen beziehungsweise aktiven politischen Widerstand zu leisten, wurde von vielen als fast automatischer Selbstmord angesehen. Tanja, damals erst 17 Jahre alt, war insofern eine Ausnahme. Sie schloss sich bald nach der Invasion einer Partisanenzelle an. Sie habe sich eigentlich nicht für Politik interessiert, aber der Leiter der Zelle sei ein ehrlicher Freund ihres Großvaters ge-

wesen. Sie kämpfte, „um das Mutterland (Rodina) zu retten“. Wie sie betonte, hegte sie keinerlei pauschalen Hass gegen „die Deutschen“ als Volk. Auch nicht, nachdem NS-Soldaten versucht hatten, ihre Großmutter zu verhaften, weil sie sie irrtümlich für eine Jüdin hielten.

Als Partisanin hatte Tanja die Aufgabe, an ihrem Arbeitsplatz Informationen zu beschaffen. Sie arbeitete im örtlichen Hauptquartier der deutschen Armee, wurde aber enttarnt und verhaftet. Während der Verhöre, denen sie im Gestapo-Gefängnis unterworfen wurde, waren es russische Kollaborationspolizisten, die dazu abkommandiert waren, sie zu prügeln und zu foltern, wobei ihr das gesamte Gebiss herausgeschlagen wurde. In der Folge wurde sie zuerst nach Krakau und daraufhin nach Buchenwald deportiert. Als die amerikanische Armee das KZ Buchenwald befreite, war sie bereits seit langem in einem Zustand, in dem sie sich dem Tod näher fühlte als dem Leben.

Ich habe bei meinen Archiv-Recherchen ein Dokument der deutschen Besatzungsmacht entdeckt, in dem für einen Tag im Sommer 1942 die Gefangennahme einer jungen Partisanin in Smolensk, die im örtlichen Hauptquartier der deutschen Armee gearbeitet hat, berichtet

wird. In diesem Zusammenhang wurde die Tatsache hervorgehoben, dass es den Besatzern durch diesen „Fang“ gelang, gleich 80 weitere „Banditen“ zu identifizieren und festzunehmen, was in der kalten bürokratischen Sprache des Berichts mit der Formulierung wiedergegeben wurde: „Der erfolgreiche Ansatz ging von der Festnahme eines Mädchens aus.“

Dieses Mädchen war mit hoher Wahrscheinlichkeit meine Interviewpartnerin. Die brutalen Foltermethoden, derer sich dieser „erfolgreiche Ansatz“ bediente, finden in dem Bericht natürlich keine Erwähnung. Ob ihre Peiniger Tanja auch vergewaltigt haben, konnte ich nicht feststellen. In der Regel waren aber eine oder mehrere Vergewaltigungen Teil der Folter von Partisaninnen und Widerstandskämpferinnen.

Nach dem Krieg kehrte Tanja nach Smolensk zurück und ergriff den Beruf einer Deutsch-Russisch-Übersetzerin. Das Trauma, das sie erlebt hat, ist auch 60 Jahren später noch sichtbar. Nach wie vor hat sie keine Zähne mehr. Gemeinsam mit ihrer Tochter und Enkeltochter lebt sie in einer sehr kleinen Wohnung. Im Gespräch, das sie mit mir über die Zeit der nazideutschen Besatzung geführt hat, war sie nicht bereit, ehemalige Mitbürger von Smolensk namentlich zu erwähnen.

„Streicht Euch nicht heraus“

Die Erforschung des Themas „Frauen im Widerstand“ muß lückenhaft bleiben, insbesondere im sowjetischen Kontext. Das liegt zum einen daran, dass viele Quellen ent-

weder vernichtet wurden oder nach wie vor unzugänglich sind. Zum anderen verhindert das Bild einer idealisierten, romantischen Welt von Widerstandskämpfern und Soldaten als exklusiver Männerbund, und die Auffassung, dass Krieg eine fast ausschließlich männliche Angelegenheit sein müsse, eine adäquate Würdigung der Rolle von Frauen im sowjetischen Widerstand. In der russischen Sprache spiegelt sich das schon in den etymologischen Wurzeln der Worte für „Frau“ und für „Mann“ wider: Männer (mužčiny) zeigen Mut (mužstwo) – Frauen (ženšiny) heiraten (ženiat).

Ein weiterer Grund ist, dass bei einem stärker auf weibliche Opfer gerichteten Blickwinkel die Niederlagen eines Widerstandskampfes deutlicher hervortreten und romantisierende Vorstellungen von furchtlosem Heldentum verblassen oder an Glaubwürdigkeit verlieren. Tatsächlich schätzt man, dass im Zweiten Weltkrieg mehr als ein Viertel der umgekommenen Bevölkerung der Sowjetunion weiblichen Geschlechts war: Sieben Millionen Frauen und Mädchen. Es scheint immer noch starke psychologische Barrieren dagegen zu geben, über gefallene oder gefolterte Widerstandskämpferinnen zu berichten.

Sowohl in Frauen selbst als auch Frauen gegenüber scheinen Widerstände dagegen wirksam zu sein, traumatisches Erleben zur Sprache zu bringen. Die ehemalige sowjetische Scharfschützin Tamara Stepanowa meinte dazu: „Die Männer konnten das alles durchstehen. Ein Mann ist eben ein Mann. Aber wie wir Frauen

1 Swetlana Alexijewitsch: *Der Krieg hat kein weibliches Gesicht*. Hamburg 1989, S. 10

2 zit. nach ebd., S. 60

3 Joseph Stalin: *The Great Patriotic War of the Soviet Union*. New York 1943, S. 15

4 Sonderarchiv Moskau, f. 500, op. 1, d. 775, ll. 391-92

5 zit. nach Alexijewitsch, a. a. O., S. 9

6 Mikhail Kalinin: *Communist education. Selected speeches and articles*. Moskau 1953, S. 428

es schafften, das weiß ich selber nicht. Wenn ich heute auch nur daran denke, packt mich das Grauen, aber damals konnte ich alles einfach so aushalten: neben Leichen schlafen, schießen. Ich habe Blut gesehen, und ich weiß noch sehr gut, dass Blut auf dem Schnee besonders stark riecht. Wenn ich das aber heute erzähle, wird mir schon schlecht.“

In einer im Juli 1945 gehaltenen großen Rede erläuterte der sowjetische Staatspräsident Michail Kalinin auf sehr bezeichnende Weise, wie sich die heldenhaften Soldatinnen in der Nachkriegszeit zu verhalten hätten: „Seit dem ersten Tag der Oktoberrevolution hat in unserem Land die Gleichstellung der Frauen existiert. Nun aber habt Ihr noch in einem weiteren Bereich die Gleichberechtigung für die Frauen gewonnen: mit der Waffe in der Hand in der Verteidigung Eures Landes. Aber erlaubt mir – als einem, der mit den Jahren weise geworden ist – Euch eines zu sagen: Streicht Euch nicht großartig heraus, wenn Ihr in Zukunft Eure praktische Arbeit leistet. Sprecht nicht über den Dienst, den Ihr geleistet habt – überlasst es lieber anderen, das für Euch zu tun. Das wird Euch besser anstehen.“

Ganz im Sinne von Kalinins Forderung wurde Ihr Einsatz – besonders auch der Einsatz der Widerstandskämpferinnen – weitgehend aus dem kollektiven Gedächtnis verbannt. Über ihre Motivationen, ihren Mut, ihre enorme Ausdauer und Findigkeit bleibt noch viel zu erforschen und zu berichten.

Brecht und Piscator

Eine Ausstellung in Wien

Die BesucherInnen der Ausstellung *Brecht & Piscator. Experimentelles Theater im Berlin der 20er Jahre*, die bis 12. April 2004 im Wiener Theatermuseum zu sehen ist, treten in einen kleinen, aber durchkomponierten Ausstellungsbereich ein, der aus drei in formaler Strenge gestalteten, in rot, schwarz und weiß ausgemalten Räumen besteht. Der Gebrauch sämtlicher verfügbarer Medien in der Theaterarbeit, aber auch in der gesamten künstlerischen Tätigkeit von Brecht und Piscator ist in der Ausstellung durch eine dichte Zusammenstellung von Texten, Tonmaterial, Grafiken, Bühnenskizzen, Bühnen- und Theatermodellen, Fotografien und Filmmaterial repräsentiert

Auffällig ist, dass die Ausstellung sehr darauf bedacht zu sein scheint, die Theaterarbeit von Brecht einerseits und Piscator andererseits möglichst klar zu trennen. Das ist kein Zufall und wird auch in der Ausstellung benannt, denn Brechts und Piscators Konzeptionen davon, in welcher Weise revolutionäres Theater wirksam werden sollte, waren trotz ihrer zeitweiligen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Achtung höchst unterschiedlich. Welche theoretische, ästhetische und politische Bedeutung diese Differenzen in der Konzeption ihrer Theaterarbeit haben und wie sie geradezu in Widerspruch zueinander stehen,

wird zwar in den Begleittexten zur Ausstellung angesprochen, aber nicht ausreichend erklärt. Dennoch zeigt es sich in den ausgestellten Objekten auf sehr deutliche Weise. Allein schon die Tatsache, dass der Piscator gewidmete Ausstellungsraum weit aufwändiger gestaltet ist und auch dem Besucher oder der Besucherin mehr angreifbares Material – bewegliche Bühnenmodelle, schauerliche Schattenspiele, Geräuschkassetten etc. – bietet als der kleinere, kargere Raum, der einige von Brechts theaterpraktischen Arbeiten der 30er Jahre dokumentiert und sehr knapp seine theoretische Konzeption des epischen Theaters darstellt, weist auf die wesentlichen Differenzen hin.

Während auf der Piscator-Bühne mit avancierter Technik, mit Filmprojektionen und Lichteffekten auf große Wirkung und schließlich auf ein fast Wagnersches Ideal eines „Totaltheaters“, dessen Modell Piscator gemeinsam mit Walter Gropius entwarf, hingearbeitet wird, steht Brecht jeder Form von Monumentalität und einem, wie er es nennt, „kulinarischen Theater“ skeptisch gegenüber. Auch wenn Brecht Piscators Verwendung von Film auf dem Theater mit großem Interesse verfolgte, verwendete er selbst für seine Stücke kaum dokumentarisches Filmmaterial, sondern eher die berühmten Schrift- und Texttafeln, Textschilder oder

„Der Schrei nach einem neuen Theater ist der Schrei nach einer neuen Gesellschaftsordnung.“

Bertolt Brecht: *Über eine neue Dramatik*, 1928

VON EVA KRIVANEC



Caspar Neher: Projektionsentwurf zu *Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny*. Neues Theater, Leipzig 1930

-transparente, aber auch – und hier zeigt die Ausstellung sehr interessantes, bislang wenig beachtetes Material – von Brechts Freund und Mitarbeiter Caspar Neher gestaltete grafische Projektionen, die dem Bühnenbild eine weitere, flächige, stilisierte und damit verfremdende Ebene hinzufügen sollten.

Bei der vergleichenden Betrachtung von Brecht und Piscator liegt es natürlich nahe, ihr je spezifisches, aber gleichermaßen intensives und zukunftsweisendes Verhältnis zum Film genauer zu untersuchen. So stellte die vom Filmarchiv zusammengestellte und im Wiener Metro-Kino gezeigte Filmreihe zu Brecht und Piscator unter dem Titel *Kunst heißt morgen Politik* ein interessantes Begleitprogramm zur Ausstellung dar. Neben den wenigen Filmen, an denen Brecht und Piscator als Regisseure direkt beteiligt waren – besonders hervorzuheben ist dabei der Film *Kuhle Wampe* von Slatan Dudow und Bert Brecht, eine der formal und inhaltlich herausragendsten filmischen Auseinandersetzungen mit Arbeitslosigkeit und politischer Ak-

tion –, wurden auch zeitgenössische Filmaufnahmen von Theateraufführungen und berühmte Verfilmungen gezeigt, wie jene der *Dreigroschenoper* von G.W.Pabst (1931), die in einem Rechtsstreit zwischen Brecht und der Firma *Nero Film AG* mündete und in Brechts theoretischer Auseinandersetzung mit der Kulturindustrie in seinem „soziologischen Experiment“ *Der Dreigroschenprozess* seinen Niederschlag fand. Auch Filme, die formal an Neuerungen des epischen Theaters anknüpften, wo also der Einfluss, den das Kino auf die Theaterarbeit von Brecht und Piscator hatte, sich auch umgekehrt wieder produktiv auf den Film auswirken konnte, waren zu sehen.

Das Verschwinden der Frauen

Obwohl das Moment der Arbeit im Kollektiv, das sowohl Brechts als auch Piscators Arbeitsweise prägte, durchaus angesprochen wird, versagt die Ausstellung bezeichnenderweise dort, wo es um eine ihrer Bedeutung auch nur halbwegs angemessene Repräsentation der Mitarbeiterinnen, der befreundeten Künstlerinnen, Autorinnen, Schauspielerinnen und Theoretikerinnen, die gerade im Fall Brechts eine entscheidende Rolle in der Entwicklung des epischen Theaters spielten, gehen müsste. Kein Wort in der Ausstellung über Elisabeth Hauptmann, die in dem von der Ausstellung dokumentierten Zeitraum eine der engsten und produktivsten MitarbeiterInnen von Brecht war. Sie hat nicht nur durch ihre Übersetzung und die gemeinsame Bearbeitung von John Gays *Beggar's Opera* wesentlichen Anteil an der Entstehung der

Dreigroschenoper gehabt und bei der langjährigen Arbeit an *Mann ist Mann* mitgewirkt, sondern vor allem durch die Übersetzung japanischer und chinesischer Theaterstücke, die geteilte Begeisterung für das Modell eines Theaters, das mit der Tradition des bürgerlichen europäischen Theaters brechen kann und durch die gemeinsame schriftstellerische Arbeit ganz entscheidend an der Konzeption und Entwicklung von den im wesentlichen im Kollektiv produzierten Lehrstücken und ihrer theoretischen Verortung mitgewirkt und Brechts theatertheoretische Überlegungen insgesamt mitgeprägt. Kein Wort auch über Helene Weigel, die bereits zu diesem Zeitpunkt als Schauspielerin gemeinsam mit Brecht und allen an den Produktionen Beteiligten an der Erarbeitung einer „neuen Schauspielkunst“ partizipierte. Auch Namen wie Carola Neher, Marieluise Fleißer oder Margarete Steffin fehlen, die zu dieser Zeit ebenfalls mit Brecht und vielen anderen kollektiv mit neuen Theaterformen experimentierten und zugleich die politischen Perspektiven teilten.

Es liegt eine eigenartige Schizophrenie gerade in der Brecht-Rezeption, die sich zum einen mit allem moralischen Abscheu einer ebenso an der monogamen bürgerlichen Ehe wie am künstlerischen Privateigentum orientierten Perspektive über Brechts Arbeits- und Liebesbeziehungen empören kann und auf der anderen Seite selbst dort, wo Brecht die Namen der Mitarbeiterinnen explizit genannt hat, jenen Künstlerinnen, die mit ihm ein Stück Weg gegangen sind, systematisch die Erinnerung zu verweigern.

Feministische Differenzen

Jutta Sommerbauer hat eine umfassende Positionsbestimmung und Kritik des postmodernen Feminismus veröffentlicht. Dabei gibt sie nicht nur den Stand der feministischen und postfeministischen Debatte wieder, die stark vom postmodernen Diskurs von Theoretikerinnen wie Judith Butler geprägt ist, sondern kritisiert deren Ansatz der Differenzen und Identitäten, die sich letztlich in immer kleinere Identitäten aufspalten ließen und die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen und Interessen von Frauen oft außer Acht lassen. Jutta Sommerbauer geht es dabei nicht darum, zu einem weißen heterosexuellen Mittelstandsfeminismus der Siebzigerjahre zurückzukehren, sondern die problematischen Aspekte postmoderner Identitätspolitik zu kritisieren und dem Beliebigwerden feministischer Theorie etwas entgegenzusetzen. Die Differenzen-Debatte eignet sich für die Autorin in ihrer derzeitigen Form kaum als Anknüpfungspunkt für gesellschaftskritische feministische Belange. Daher wäre für eine Theorie, „die eine Analyse und Kritik von Gesellschaft bezweckt, die Kategorie Geschlecht eine äußerst relevante Kategorie.“

Die Kritik einer universal verstandenen „Schwesterschaft“ durch postmoderne Feministinnen habe dabei zwar eine breitere Thematisierung von Fragen der Sexualität oder Herkunft von Frauen ermöglicht, zugleich jedoch die

Kritik des Geschlechterverhältnisses und der Gesellschaft in den Hintergrund treten lassen. Die durchaus auch zurecht kritisierte „Ehe“ zwischen Marxismus und Feminismus ist damit von einer mit der Postmoderne abgelöst worden. „Doch ähnlich wie in früheren Theorien-„Ehen“ zeichnet sich eine feministische Unterordnung unter die jeweilige Großtheorie ab.“ Dabei reflektiere der postmoderne Feminismus die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nur ungenügend. Die Verwerfung der sogenannten „Großtheorien“ ist dabei insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Transformation des Kapitalismus, der Staatlichkeit und der Geschlechterverhältnisse, der einen gesellschaftstheoretisch begründeten Feminismus umso notwendiger machen würde, paradox.

Mit ihrer Tendenz zur einseitigen Pluralisierung stellt die Differenzen-Debatte keine überzeugende Lösung der Fragen von Gleichheit und Differenz dar, da sie ihr gesellschaftsveränderndes Potential verloren hat. „Abgesehen von der Verharmlosung gesellschaftlicher Zwänge durch die Strapazierung des Differenzen-Gedankens, entfällt auch eine strukturtheoretische Betrachtung, ein Einlassen der Theorie auf die sie umgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse, in diesem Konzept weitgehend.“

Dieser Kritik stellt Sommer-

bauer ihre Forderung nach einem Feminismus „jenseits von Identitätspolitik und Dekonstruktion“ gegenüber. Dass sie hier als positives Beispiel für eine Anbindung an gesamtgesellschaftliche Veränderungspotentiale die *Clean Clothes*-Kampagne oder Verbindungen zur Antiglobalisierungsbewegung anführt scheint zwar auf den ersten Blick schwer nachvollziehbar, allerdings kommt sie auch hier rasch zur Kritik, dass Engagement, solange es sich „auf der Ebene von pseudoradikalen Forderungen, die an den Staat gestellt werden, bewegt oder in moralisierenden Aufrufen zum ethischen Konsum kulminiert“, kaum revolutionäres Potential entfalten könne.

Überhaupt tut es dem Buch gut, dass sich die Autorin im Gegensatz zu „konstruktiven KritikerInnen“ nicht ständig bemüht, sich auf Alternativen zu verweisen oder mit fertigen Konzepten für einen neuen Feminismus aufzuwarten. Ihr Buch ist keine Handlungsanleitung für Feministinnen, sondern Kritik im besten Sinne des Wortes. Eine solche bezieht ihre Berechtigung aus sich selbst und ist damit beste politische Praxis in dünnen Zeiten wie diesen.

Jutta Sommerbauer: *Differenzen zwischen Frauen*. Zur Positionsbestimmung und Kritik des postmodernen Feminismus. Unrast Verlag, Münster 2003, 133 Seiten, EUR 13.-

VON THOMAS SCHMIDINGER





Stephan Grigat (Hg.)

Transformation des Postnazismus

Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus

2003 • 179 Seiten • 14,00 € • ISBN 3-924627-74-6

Es macht die Eigenart der Gesellschaft in den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches aus, daß sie sich auf dem Boden der Resultate bewegt, die der Nationalsozialismus geschaffen hat. Hierzu gehört eine besonders innige Beziehung zum Staat, gestiftet durch das kollektiv beschwiegene Fundament von Massenmord und Vernichtungskrieg. In diesen Verbrechen hat sich die Bevölkerung mit dem Staat zum Volksstaat vereinigt.

Zentrales Moment der demokratischen Volksgemeinschaft ist die Verinnerlichung von Herrschaft, die adäquate faschistische Herrschaftsform die direkte Demokratie. Die Demokratiebegeisterung beispielsweise eines Haider kann nicht als Wiederbelebung alter faschistischer Vorstellungen abgetan werden. Sie sollte Anlaß für eine erneute Diskussion über das Verhältnis von Faschismus und Demokratie vor allem in den postnational-sozialistischen Gesellschaften sein.

Aus dem Inhalt: *Ulrich Enderwitz*: Der postfaschistische Sozialpakt • *Uli Krug*: Mobilisierte Gesellschaft und autoritärer Staat. Der nicht enden wollende Nationalsozialismus oder: Die Aktualität Max Horkheimers • *Clemens Nachtmann*: Krisenbewältigung ohne Ende. Über die negative Aufhebung des Kapitals • *Stephan Grigat/Florian Markl*: Österreichische Normalität. Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider • *Heribert Schiedel*: Gemeinschaftsbildung und Verfolgungswahn. Thesen zur Besonderheit des österreichischen Syndroms. • *Simone Dinah Hartmann/Stephan Grigat*: Anständiger Widerstand. Der patriotisch-politikstüchtige Protest gegen die demokratische Barbarei.

Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken/Andrea Woeldike (Hg.)

Amerika

Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt

2003 • ca. 320 Seiten • 17,50 € • ISBN 3-924627-81-9

Beim aktuellen Antiamerikanismus handelt es sich weniger um falsches Bewußtsein, sondern längst um eine politische Realität, der mit Aufklärung und der gängigen Trennung in Feindbild und »berechtigte Kritik« nicht beizukommen ist. Wie auch der grassierende Antisemitismus in Deutschland, der zum »Antizionismus« wird, wenn man ihn beim Namen nennt, keineswegs Ausdruck einer Ideologie ist, die im Marxschen Sinne als notwendiger Überbau zu fassen wäre, so drückt sich auch im Antiamerikanismus, der sich ganz ähnlicher Floskeln und Stereotype bedient, nicht vorrangig das ökonomische oder geostrategische Interesse Deutschlands oder Europas aus.

Inhalt: *Stefan Ripplinger*: Der Schatz im Silbersee. Mit Karl May und Hegel im Wilden Westen • *Bernd Beier*: Die deutsche Alternative • *Gerhard Scheit*: Monster und Köter, großer und kleiner Teufel • *Christian Knoop*: Vom Isolationismus zum „War on Terror“ • *Stephan Grigat*: Double-bind • *Uli Krug/Bernd Volkert*: Hate Letters to America • *Thomas von der Osten-Sacken*: Antiamerikanismus, Antisemitismus und antiimperialistische Friedenssehnsucht • *Elliot Neaman*: Warum Europäer und Amerikaner die Irakkrise so unterschiedlich betrachten • *Thomas Uwer*: Altes Europa, neuer Orient • *Barry Rubin*: Wem nützt der arabische Antiamerikanismus? • *Stephen Schwartz*: Die Zukunft der amerikanisch-saudischen Beziehungen • *Ayelet Banai-Müller*: Israel und der Krieg gegen den Terror

ca ira-Verlag / Initiative sozialistisches Forum

Postfach 273 • 79002 Freiburg

0049 761 285 95 06 • Fax: 0049 761 379 49

ca-ira@t-online.de • www.ca-ira.net